

FINANZ BERICHT



saar^{LB}
**DIE DEUTSCH-
FRANZÖSISCHE
BANK**

2022

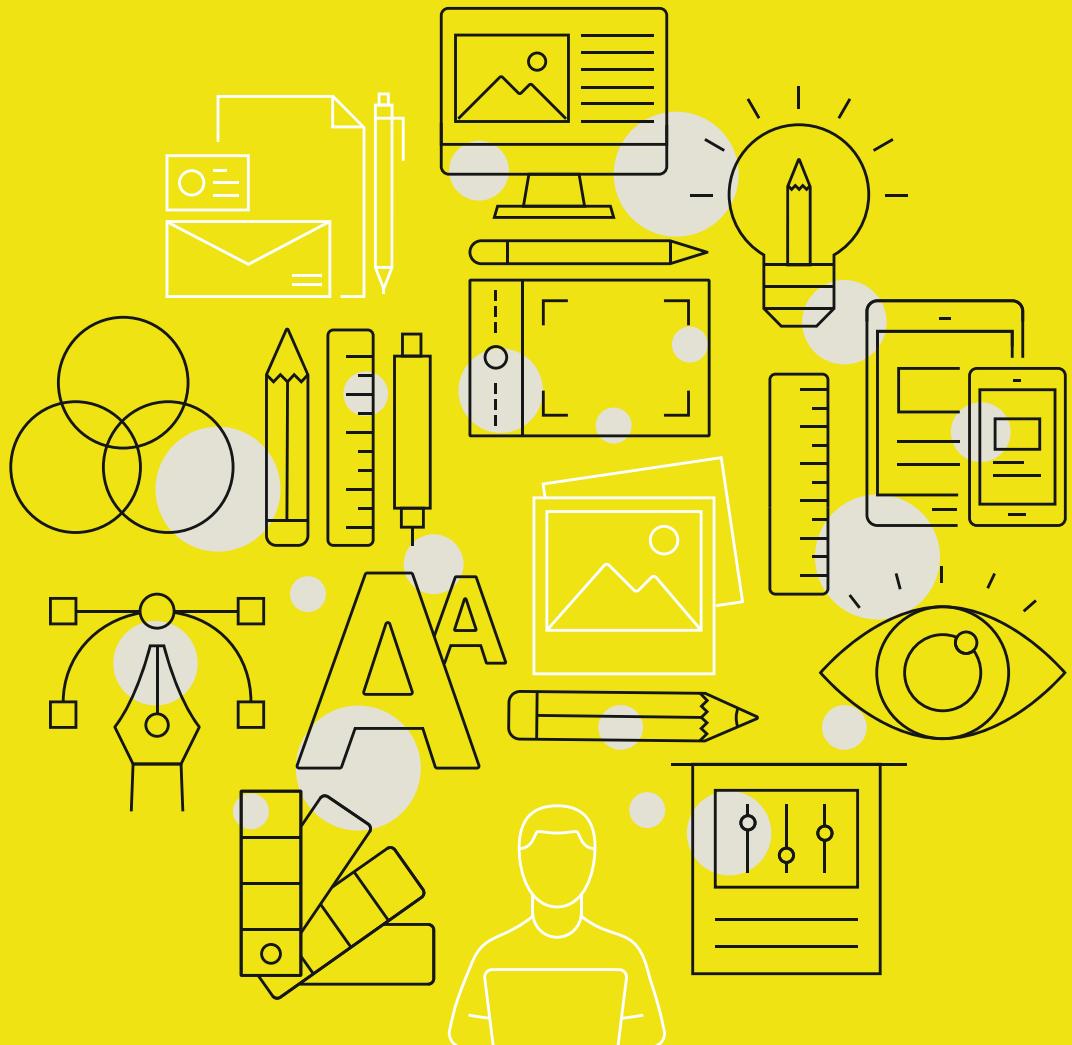
**FINANZBERICHT
JAHRESABSCHLUSS
NACH HGB**

Landesbank Saar (SaarLB)
Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
HRA 8589 Saarbrücken

Inhaltsverzeichnis

LAGEBERICHT DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2022	7
Übersicht	7
Die SaarLB	7
Steuerungssystem der Bank	10
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Finanzsektor	11
Geschäftsverlauf	12
Neugeschäft	12
Ertragslage	13
Finanzlage	17
Vermögenslage	22
Offenlegung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts gemäß § 289b Abs. 3 HGB	22
Zusammenfassende Gesamtaussage	23
Risikobericht	23
Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung	23
Kapitalmanagement	25
Adressenrisiko	29
Marktpreisrisiko	36
Liquiditätsrisiko	39
Operationelles Risiko	43
Zusammenfassung der Risikolage	45
Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	45
Prognose- und Chancenbericht	48
JAHRESABSCHLUSS DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2022	52
Bilanz zum 31.12.2022 der Landesbank Saar	52
Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Saar für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022	58
EIGENKAPITALSPIEGEL	61
KAPITALFLUSSRECHNUNG	62
ANHANG	64
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	64
(1) Grundlagen	64
(2) Währungsumrechnung	64
(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	65
Angaben zur Bilanz	69
(4) Aktiva	69
(5) Passiva	74
(6) Fristengliederung der Bilanzposten nach Restlaufzeiten	75
(7) Latente Steuern	76
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	77

Sonstige Angaben	78
(8) Gewinnverwendung	78
(9) Nachtragsbericht	78
(10) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind	79
(11) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	80
(12) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften	80
(13) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen	82
(14) Zahl der Beschäftigten	82
(15) Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates	83
(16) Honorar für den Abschlussprüfer	83
(17) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen	84
(18) Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte	84
(19) Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft	84
(20) Anteilsbesitz	90
(21) Verwaltungsorgane der SaarLB	91
(22) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	93
(23) Mandate von Vorstandmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien	94
VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	95
ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS	96
ESEF-UNTERLAGEN DER SAARLB ZUM 31. DEZEMBER 2022	97
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	98
GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS	108
BERICHT DES VERWALTUNGSRATES	109



LAGEBERICHT DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2022

ÜBERSICHT

Die SaarLB

Die Landesbank Saar (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich zum 31. Dezember 2022 wie folgt dar:

Saarland: 74,90 %

Sparkassenverband Saar, Saarbrücken: 25,10 %

Gemäß dem Saarländischen Sparkassengesetz und der Satzung der Bank ist die SaarLB Zentralbank der Sparkassen und darüber hinaus Geschäfts-, Außenhandels-, Staats- sowie Kommunalbank. Die Bank kann gemäß ihrer Satzung Bankgeschäfte aller Art sowie sonstige Geschäfte, die ihren Zwecken dienen, im Rahmen ihrer Lizenz betreiben. Die SaarLB ist berechtigt, Pfandbriefe nach dem Pfandbriefgesetz sowie sonstige Schuldverschreibungen auszugeben. Weiterhin unterhält die Landesbank Saar eine öffentlich-rechtliche Bausparkasse als rechtlich unselbstständige Einrichtung der Bank (LBS Saar). Die Geschäfte der Bank sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen, was auch für Geschäfte mit Trägern gilt.

Die SaarLB hat sich als deutsch-französische Regionalbank positioniert. Zur Untermauerung ihres deutsch-französischen Profils und zur Festigung ihres Netzwerkes in beiden Märkten hat die Bank eine digitale Plattform „Pôles Franco-Allemand“ als Intermediär für grenzüberschreitende Investitionen etabliert.

Der Zielmarkt der SaarLB umfasst Deutschland, Frankreich und Teile der Großregion. Für einzelne Geschäftsfelder gelten erweiterte Regelungen, die selektive Geschäfte mit Kunden in den Ländern Belgien, Niederlande und Schweiz ermöglichen. Ihre Regionalmärkte definiert die Bank wie folgt:

Regionalmarkt Deutschland:	Saarland, Rheinland-Pfalz und Teile der Großregion
Erweiterter Regionalmarkt Deutschland:	Regierungsbezirke Darmstadt, Karlsruhe, Freiburg, Köln (inkl. Stadt Bonn) und Düsseldorf
Regionalmarkt Frankreich:	Grand-Est
Erweiterter Regionalmarkt Frankreich:	angrenzende Regionen Hauts-de-France, Ile-de-France und Bourgogne-Franche-Comté sowie Auvergne-Rhône-Alpes

Gemäß ihrem strategischen Anspruch legt die Bank Priorität auf ihre Regionalmärkte. Zur Förderung der Vertriebsaktivitäten unterhält die SaarLB je ein Vertriebsbüro in Mannheim, Trier und Koblenz sowie auf französischer Seite eine Niederlassung in Straßburg (SaarLB La Banque Franco-Allemande) und ein Vertriebsbüro in Paris.

Das Geschäftsmodell der SaarLB konzentriert sich vorrangig auf Produkte und Dienstleistungen des langfristigen Kreditgeschäfts.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Vorgaben hinsichtlich Kernkapitalquote und Liquiditätssteuerung hat die Bank ein Risk Weighted Assets-Management im Rahmen der risiko- und ertragsorientierten Gesamtportfoliosteuerung etabliert. Damit einhergehend werden mit dem Syndizierungsgeschäft bereichsübergreifende Risiken aus Bestands- und/oder Neugeschäft auf Basis kurz- und mittelfristiger Planziele an Kooperationspartner (Kreditinstitute/Sparkassen, Institutionelle Kunden, etc.) ausplatziert.

Die SaarLB ist gemessen an der Bilanzsumme das größte Kreditinstitut mit Sitz im Saarland.

Die SaarLB hat ihr Geschäft in die nachfolgenden Segmente untergliedert:

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das deutsche und französische Mittelstandsgeschäft. In diesem Segment werden neben der klassischen Kreditfinanzierung vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel und Zahlungsverkehr angeboten und die Kunden bei der Unternehmensfinanzierung betriebswirtschaftlich beraten. Mit Blick auf Frankreich ist dem Segment Firmenkunden zudem die Kreditvergabe an die öffentliche Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen) sowie die Begleitung von Public Private Partnership (PPP)-Finanzierungen zugeordnet.

Immobilien

Das Segment Immobilien umfasst die Finanzierung gewerblicher Immobilien. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von „Club Deals“ unter Federführung der Bank. Im Fokus der Marktbearbeitung stehen institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits insbesondere in Büro-, Handels- und großflächige Wohn- und Gewerbeimmobilien investieren. Darüber hinaus begleitet die SaarLB als Dienstleister auch Developer-Maßnahmen sowie PPP-Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen.

Projektfinanzierungen

Das Segment Projektfinanzierungen beinhaltet die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE). Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die insbesondere in Wind- und/oder Solarparks investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut.

Kommunalkunden Deutschland

Innerhalb des Geschäftsbereichs Kommunalkunden Deutschland werden sowohl deutsche Kommunalkunden als auch deutsche kommunalnahe Unternehmen betreut. Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände und kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Bei kommunalnahen Unternehmen liegt der Fokus auf Unternehmen, die eine öffentliche

Trägerschaft von mindestens 50 % besitzen. Der Ansatz umfasst hierbei insbesondere das Bereitstellen von Liquidität, die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Schuldscheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB mit den regional ansässigen Sparkassen zusammen.

LBS Landesbausparkasse Saar (LBS)

Die LBS ist organisatorisch als unselbstständige Einrichtung in die SaarLB eingegliedert. Sie hat einen eigenständigen Marktauftritt. Hauptgeschäftsgebiet sind das Saarland und Frankreich. Die LBS ist gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen und Beteiligungen als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „Rund um die Immobilie“ integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar. In Kooperation mit den saarländischen Sparkassen wird die Zusammenarbeit mit diesen Unternehmen in den Bereichen Bestandsbetreuung und Interessentenbetreuung ausgeweitet. Im Kerngeschäft mit Privatkunden und in einem geringen Umfang mit gewerblichen Kunden stellen das Bausparen und die Finanzierung von Wohnimmobilien (Kauf und Modernisierung/Sanierung) die zentralen Produkte dar. Für Modernisierungen/Sanierungen bietet die LBS Beratung und Vermittlung von KfW-Förderkrediten an.

Treasury & Syndizierung

Neben der Zuständigkeit für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank erfolgen in dem Segment das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung. Weiter ist Treasury & Syndizierung zuständig für die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds) sowie für die Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB. Darüber hinaus sind hier auch das RWA-Management und Syndizierungsaktivitäten gebündelt. Im Fokus der Syndizierungsaktivitäten steht das Ausplatzieren (Syndizieren) von mittel- und langfristigen Krediten oder Kredittranchen im Bestands- und/oder Neugeschäft der Bank mittels „Club Deals“ (mit einem oder mehreren Konsortialpartnern oder durch nachträgliche Syndizierung). Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Ausbau der Geschäftsbeziehungen und Kontakte zu Syndizierungspartnern wie Banken, Sparkassen und institutionellen Kunden.

STEUERUNGSSYSTEM DER BANK

Die strategische Unternehmenszielsetzung wird auf Gesamtbankebene durch die folgenden finanziellen Leistungsindikatoren operationalisiert. Der Umfang und die Berechnungsmethodik der Steuerungskennzahlen hat sich im Geschäftsjahr nicht geändert.

Steuerungsgröße	Berechnungsmethodik
CET1-Quote	Harte Kernkapitalquote: Quotient aus dem aufsichtsrechtlichen harten Kernkapital (CET1) und den Gesamtrisikopositionen
Return on Equity (vor Steuern)	(Annualisiertes) Ergebnis vor Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen aufsichtlichen harten Kernkapital (CET1) des Berichtszeitraums
Operative Erträge	Die operativen Erträge sind definiert als die Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoertrag des Handelsbestands zzgl. der Differenz aus sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen
Cost-Income-Ratio (CIR)	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (inkl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen) im Verhältnis zur Summe der operativen Erträge
Ergebnis vor Steuern	Ergebnis vor Steuern (Summe aus Jahresüberschuss, Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie sonstiger Steuern)

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Deutschland

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Jahr 2022 geprägt von den Folgen des Russland-Ukraine-Kriegs und hohen Energiepreissteigerungen. Hinzu kamen bestehende Material- und Lieferengpässe, steigende Preise (z.B. für Lebensmittel), der Fachkräftemangel sowie die andauernde Corona-Pandemie. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes das Bruttoinlandsprodukt 2022 preisbereinigt um 1,8 % höher als im Vorjahr (2021: 2,6 %). Die privaten Konsumausgaben stiegen um 4,6 % (Vorjahr: 0,4 %) und waren die wichtigste Wachstumsstütze der deutschen Wirtschaft. Grund hierfür waren insbesondere Nachholeffekte durch die Aufhebung von Corona-Schutzmaßnahmen. Die Konsumausgaben des Staates (insb. für Verpflegung und Unterkunft von Schutzsuchenden aus der Ukraine) legten um 1,1 % (Vorjahr: 3,8 %) zu. Die Exporte bzw. Importe sind preisbereinigt um 3,2 % bzw. 6,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen (2021: 9,7 % bzw. 9,0 %). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. Einige Dienstleistungsbereiche profitierten von Nachholeffekten durch den Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen. Hingegen ging die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr zurück (2021: -1,4 %), was auf den Material- und Fachkräftemangel, hohe Baukosten sowie verschlechterte Finanzierungsbedingungen zurückzuführen ist. Gemäß Statistischem Bundesamt stieg die Inflationsrate im Dezember 2022 um 8,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat und liegt im Jahressdurchschnitt 2022 bei 6,9 %. Die Teuerungsraten im Jahresverlauf 2022 waren insb. durch die Preisanstiege für Energie und Nahrungsmittel seit Beginn des Russland-Ukraine-Krieges getrieben.

Laut Dezember-Umfrage 2022 der Industrie- und Handelskammer (IHK) des Saarlandes belasten die Energiekrise und die Inflation weiterhin die Stimmung in der Saarwirtschaft. Der IHK-Lageindikator, der die aktuelle Geschäftslage der Saarwirtschaft darstellt, fiel gegenüber dem Vormonat um 1,1 Punkte auf 22,6 Zähler. Der Rückgang ist insbesondere auf die verschlechterte Lageeinschätzung in der Saarindustrie zurückzuführen, die nicht durch die Verbesserung der Geschäftslage im Dienstleistungsgewerbe kompensiert werden konnte.

Frankreich

Nach einem Anstieg des Bruttoinlandprodukts im Jahr 2021 um 6,8 % verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2022. Nach Angaben von INSEE stieg das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt in Frankreich im Jahr 2022 um 2,6 %. Die französische Wirtschaft hat in der zweiten Jahreshälfte 2021 insbesondere von der wirtschaftlichen Erholung in Folge der Corona-Pandemie profitiert. Dieses Wachstum verlangsamte sich daraufhin von Quartal zu Quartal. Die privaten Konsumausgaben stiegen um 2,7 % (Vorjahr: 5,2 %), die Konsumausgaben des Staates um 2,4 % (Vorjahr: 6,4 %). Die Exporte bzw. Importe erhöhten sich um 6,8 % (Vorjahr: 8,6 %) bzw. 8,6 % (Vorjahr: 7,8 %). Ausgelöst durch den Ukrainekrieg und die damit einhergehende Energiekrise sowie Lieferkettenprobleme stieg im Jahr 2022 die Inflation laut INSEE auf durchschnittlich 5,2 % an (Vorjahr: 1,6 %).

Laut der Germany Trade & Invest – Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH zeigte sich Frankreichs Wirtschaft 2022 trotz diverser geopolitischer Krisen resilient, was sich durch den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,6 % bestätigt. Die Investitionsbereitschaft von Unternehmen und Verbrauchern war aufgrund der angespannten Wirtschaftslage gedämpft. Zwar konnte die französische Regierung durch Maßnahmen wie das Einfrieren der Gas- sowie Deckelung der Elektrizitätspreise die Preissteigerungen für Verbraucher abmildern. Hingegen profitierten französische Unternehmen nur in Ausnahmefällen von den Entlastungen und gaben so die gestiegenen Produktionskosten an die Konsumenten weiter. In einer Befragung der Banque de France unter 8.500 Unternehmen in Frankreich, zeigte sich, dass die Unternehmer gegen Ende des Jahres 2022 eine leichte Zunahme der Wirtschaftsaktivität im Land sahen, bei einer gleichzeitig verbesserten Verfügbarkeit von Rohstoffen und leichten Preisrückgängen. Auch in Sachen Energiekrise scheint sich die Situation wieder stabilisiert zu haben. Dennoch bleibt die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

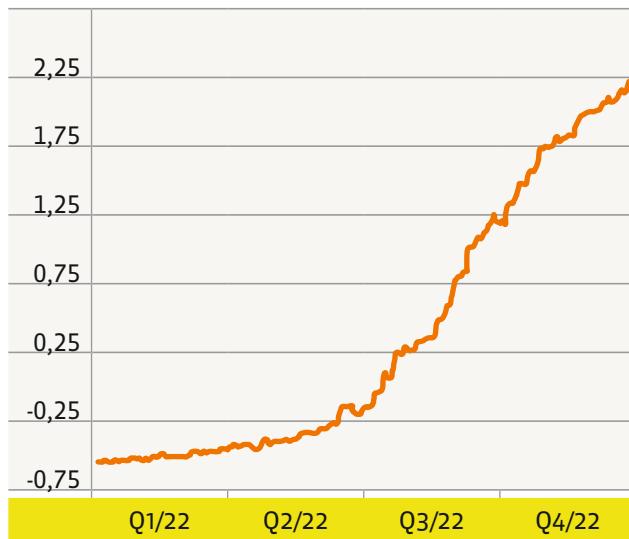
FINANZSEKTOR

Der Geld- und Kapitalmarkt war im Berichtszeitraum weiterhin vom Handeln der Europäischen Zentralbank geprägt, deren Ziel in der Geldpolitik die Sicherstellung der Preisstabilität in der Eurozone ist. Infolge der hohen Inflationsrate hat die Europäische Zentralbank in mehreren Zinsschritten die Leitzinsen ab dem zweiten Halbjahr 2022 angehoben. Zum 31. Dezember 2022 gelten die folgenden von der Europäischen Zentralbank festgesetzten Leitzinsen:

- Einlagesatz: 2,00 %
- Hauptfinanzierungssatz: 2,50 %
- Spitzenrefinanzierungssatz: 2,75 %

Der 3-Monats-Euribor ist im Berichtszeitraum gestiegen und lag am Jahresende 2022 bei 2,132 % (31. Dezember 2021: -0,572 %). Die langfristigen Zinsen sind im Jahresverlauf 2022 ebenfalls gestiegen. Die Schlusskurse des 5-Jahres-Zinssatzes bzw. 10-Jahres-Zinssatzes lagen bei 3,234 % bzw. 3,198 % (31. Dezember 2021: 0,016 % bzw. 0,303 %).

3-Monats-Euribor Q1/22 – Q4/22 in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Swap-Sätze Q1/22 – Q4/22 in %



Quelle: Finanz Informatik

Der Schlusskurs des deutschen Leitindex DAX zum Jahresende 2022 lag bei 13.924 Punkten, was einem Rückgang von 12,4 % gegenüber dem Jahresende 2021 entspricht. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die bestehenden Unsicherheiten in Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Krieg und auf die daraus resultierenden Rezessionsängste zurückzuführen.

GESCHÄFTSVERLAUF

NEUGESCHÄFT

Das Kredit-Neugeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 konnte sich, trotz der anhaltenden globalen Krisen (Corona-Pandemie, Russland-Ukraine-Krieg), positiv entwickeln.

Mit Valutierungen in Höhe von EUR 2.724 Mio. - ohne LBS - konnte das Kredit-Neugeschäft der Bank im Jahr 2022 - im Vergleich zum Vorjahr - um +37,9 % wieder sehr deutlich gesteigert werden und lag somit um EUR 748 Mio. über dem Vorjahresvergleichswert (EUR 1.975 Mio.).

Das Neugeschäftsvolumen verteilte sich im Berichtsjahr 2022 wie folgt:

In Deutschland (EUR 1.809 Mio.) wurde das Neugeschäft - ohne LBS - zu 34,5 % im Segment Immobilien valutiert (Vorjahr: 40,8 %). Weitere 30,7 % des Neugeschäftsvolumens entfielen auf das Segment Kommunen (Vorjahr: 24,3 %) und 23,5 % auf das Segment Firmenkunden (Vorjahr: 33,1 %). Die übrigen 11,3 % wurden im Segment Projektfinanzierungen valutiert (Vorjahr: 1,8 %).

In Frankreich (EUR 915 Mio.) verteilte sich das Neugeschäft – ohne LBS – zu 50,4 % auf das Segment Firmenkunden (Vorjahr: 46,6 %) und zu 32,4 % auf das Segment Projektfinanzierungen (Vorjahr: 44,7 %). Die verbleibenden 17,2 % wurden im Bereich der Immobilienfinanzierung valuiert (Vorjahr: 8,7 %).

Die Bestandsmargen des Kundenkreditportfolios der Bank sind im Vergleich zum Vorjahreswert aufgrund leicht geringerer Margen im Neugeschäft geringfügig gesunken.

Die Kredit-Neuvalutierungen der LBS lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr bei EUR 145 Mio. (Vorjahr EUR 144 Mio.).

Durch das hohe Neugeschäftsvolumen und nach Berücksichtigung von Tilgungen sind die Forderungen an Kunden um EUR 739 Mio. gestiegen.

Die Refinanzierung des Neugeschäfts erfolgte insbesondere durch die Emission von öffentlichen Pfandbriefen (+ EUR 690 Mio.) sowie durch ein um EUR 298 Mio. erhöhtes Volumen an zweckgebundenen Darlehensaufnahmen (sog. Weiterleitungsdarlehen, vgl. Tabelle „Struktur der Verbindlichkeiten“ im Abschnitt Finanzlage).

Die Entwicklung der Refinanzierungskonditionen hängt neben dem Bonitätsaufschlag maßgeblich von der Entwicklung der Swap- bzw. Geldmarktkurve ab (vgl. Abschnitt Finanzsektor). Der Bonitätsaufschlag ist moderat gestiegen und war marktweit zu beobachten (weitere Ausführungen zur Finanzlage vgl. Abschnitt Finanzlage).

ERTRAGSLAGE

Die letztjährige Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bank war durch die Unsicherheit der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Hinzu kam im Berichtsjahr der Russland-Ukraine-Krieg mitten in Europa sowie dessen Auswirkungen auf Energieengpässe/-kosten und in deren Folge die Inflation sowie die deutliche Anhebung der Zinssätze durch die EZB und damit das Ende von Negativzinsen in einem unerwartet kurzen Zeitraum. Gegenüber der damaligen Einschätzung sind daher die wirtschaftlichen Implikationen auf die SaarLB, auch im Hinblick auf die Bewertungen im Kreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr erheblich höher ausgefallen.

Die **operativen Erträge** der SaarLB haben sich von EUR 142,9 Mio. im Vorjahr auf EUR 153,5 Mio. spürbar erhöht und lagen somit, insbesondere aufgrund eines verbesserten Zins- und Provisionsergebnisses, signifikant über unseren Erwartungen.

Der **Verwaltungsaufwand** lag im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 mit EUR -89,2 Mio. um EUR 7,9 Mio. erwartungsgemäß über dem Vorjahr (EUR -81,4 Mio.), von der Höhe jedoch leicht schlechter als erwartet.

Mit EUR 47,1 Mio. lag das **Ergebnis vor Steuern**, insbesondere durch die gestiegenen operativen Erträge, jedoch kompensiert um ein schlechteres Bewertungsergebnis sowie den gestiegenen Verwaltungsaufwendungen geringfügig über dem entsprechenden Vorjahreswert (EUR 45,2 Mio.), jedoch deutlich besser als im Rahmen der letztjährigen Prognose erwartet.

Die **harte Kernkapitalquote** (CET1-Quote) als Verhältnis des harten Kernkapitals zu den Risikopositionen ist mit 13,4 % gegenüber dem Vorjahr (13,2 %) leicht gestiegen und übertrifft damit

deutlich die Erwartung der letztjährigen Prognose, die von einem leichten Rückgang ausgegangen ist.

Die **Cost-Income-Ratio** (CIR) als Verhältnis des Verwaltungsaufwandes zu den operativen Erträgen ist im Berichtszeitraum mit 58,2 % trotz gestiegener Verwaltungsaufwendungen aufgrund verbesserter operativer Erträge minimal besser als die Prognose des Vorjahres, gegenüber dem Vorjahr (57,0 %) unwe sentlich schlechter.

Der **Return on Equity** (RoE) beträgt 6,1 % (Vorjahr: 6,0 %) und liegt aufgrund des verbesserten Vorsteuerergebnisses deutlich über unserer letztjährigen Erwartung für das Geschäftsjahr 2022.

Das Ergebnis zum 31. Dezember 2022 setzte sich wie in folgender Abbildung dargestellt, zusammen:

in Mio. EUR		31.12.2022	31.12.2021	Δ EUR Mio.	Δ in %
Zinsüberschuss	[1]	143,1	136,0	7,0	5,2 %
Provisionsüberschuss	[2]	9,1	7,3	1,8	24,7 %
Ergebnis des Handelsbestandes	[3]	0,3	0,4	-0,1	-25,0 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[4]	1,0	-0,9	1,8	211,1 %
operative Erträge	[5]	153,5	142,9	10,6	7,4 %
Verwaltungsaufwand	[6]	-89,2	-81,4	-7,9	-9,6 %
Bewertungsergebnis*	[7]	-16,8	-16,0	-0,8	-5,0 %
Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit	[8]	47,4	45,5	1,9	4,2 %
Außerordentliches Ergebnis	[9]	-0,3	-0,3	0,0	0,0 %
Ergebnis vor Steuern	[10]	47,1	45,2	1,9	4,2 %
Steuern	[11]	-15,0	-14,3	-0,6	-4,9 %
Jahresüberschuss/fehlbetrag	[12]	32,1	30,8	1,3	4,2 %
Ø hartes Kernkapital	[13]	774,4	757,4	17,0	2,2 %
Risikopositionen (Stichtag)	[14]	5.890,2	5.797,8	92,5	1,6 %
CET1	[15]	786,3	762,5	23,9	3,1 %
in %		31.12.2022	31.12.2021	Δ %-Punkte	
RoE ([10]/[13])	[16]	6,08 %	5,96 %	0,1 %	
CIR ([6]/[5])	[17]	58,15 %	56,95 %	1,2 %	
CET1-Quote ([15]/[14])	[18]	13,35 %	13,15 %	0,2 %	

Hinweis: Rundungsdifferenzen werden vernachlässigt

* betrifft RechKredV-Posten 13, 14, 15, 16

Der **Zinsüberschuss** der SaarLB ist im Geschäftsjahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um EUR 7,0 Mio. (bzw. um 5,2 %) von EUR 136,0 Mio. auf EUR 143,1 Mio. gestiegen.

Aufgrund der im Berichtsjahr eingetretenen Zinswende und dem damit verbundenen Ende der Negativzinsen war sowohl ein Anstieg bei den Zinserträgen von EUR 246,1 Mio. auf EUR 263,9 Mio. als auch bei den Zinsaufwendungen von EUR -115,9 Mio. auf EUR -128,6 Mio. zu verzeichnen. Der Zinsertrag aus Kredit- und Geldmarktgeschäften ist um EUR 17,8 Mio. auf EUR 259,0 Mio. gestiegen. Gleichzeitig haben sich die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit EUR -81,9 Mio. um EUR 3,6 Mio. bzw. um 4,7 %, die verbrieften Verbindlichkeiten mit EUR -34,7 Mio. um EUR 7,9 Mio. bzw. 29,0 % erhöht.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von EUR -5,6 Mio. hat sich aufgrund von Neuaufnahmen gegenüber dem Vorjahr um EUR 0,2 Mio. erhöht.

Zusätzlich konnte die SaarLB durch Teilnahme am längerfristigen Refinanzierungsprogramm der EZB („TLTRO III“) einen Ertrag von EUR 3,3 Mio. (Vorjahr: EUR 3,7 Mio.) im Zinsergebnis berücksichtigen. Aufgrund der im Jahresverlauf gestiegenen Zinsen hat die SaarLB den Kontakt mit der EZB gegen Ende des Jahres gekündigt und die Mittel (EUR 700 Mio.) zurückgezahlt.

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, primär aufgrund von Ausschüttungen aus Spezialfonds sind im Geschäftsjahr 2022 mit EUR 6,2 Mio. um EUR 1,3 Mio. über dem Vergleichswert des Vorjahrs (EUR 4,9 Mio.).

Die Erträge und Aufwendungen aus vorzeitig gekündigten Geschäften (Vorfälligkeitsentschädigungen und Swapauflösungen) erreichten 2022 einen Saldo in Höhe von EUR 1,0 Mio. (Vorjahr: EUR 4,5 Mio.).

Der **Zinsüberschuss** im Jahr 2022 verteilt sich im Wesentlichen auf die Segmente Projektfinanzierungen mit rd. 25 %, Immobilien mit rd. 21 % und Firmenkunden Deutschland mit rd. 16 % bzw. Firmenkunden Frankreich mit rd. 12 %. Die LBS zeichnete sich für 14 % des Zinsüberschusses verantwortlich. Die restlichen Anteile lagen im Bereich der Kommunalkunden (ca. 8 %) bzw. in den Nicht-Kundensegmenten wie Treasury (ca. 4 %) oder dem Overhead.

Der **Provisionsüberschuss** lag mit EUR 9,1 Mio. um EUR 1,8 Mio. über dem Vorjahresniveau (EUR 7,3 Mio.). Die Entwicklung des Provisionsüberschusses ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch das stark gestiegene Neugeschäft und den damit verbundenen Provisionserträgen aus dem Kreditgeschäft (EUR 10,8 Mio. ggü. EUR 9,3 Mio. im Vorjahr) sowie leicht rückläufigen Aufwendungen aus der Wertpapierleihe (EUR -0,7 Mio; Vorjahr: EUR -1,0 Mio.).

In der Segmentsicht konnte ein Großteil des Provisionsüberschusses im Jahr 2022 in den Bereichen Firmenkunden Deutschland sowie Projektfinanzierungen zugerechnet werden. Das Provisionsergebnis der LBS (EUR -2,9 Mio.) ist überwiegend durch Provisionsaufwendungen für Vermittlungsgeschäft (EUR -10,4 Mio.) bzw. durch Abschlussgebühren (EUR 7,5 Mio.) geprägt.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** lag bei EUR 1,0 Mio. und somit um EUR 1,8 Mio. über dem Vorjahr (EUR -0,9 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind dabei im Vergleich zum Vorjahr von EUR 5,4 Mio. auf nunmehr EUR 5,9 Mio. gestiegen. Sie beinhalteten im Wesentlichen Buchgewinne aus Optionen in Höhe von EUR 1,3 Mio. (Vorjahr: EUR 1,9 Mio.), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 1,5 Mio. (Vorjahr: EUR 0,8 Mio.), Erträge aus der Ausbuchung von verjährt

Sparguthaben bei der LBS in Höhe von EUR 1,7 Mio. (Vorjahr: EUR 0,0 Mio.) sowie Erträgen aus Gerichts-, Anwalts- und Notariatskosten in Höhe von insgesamt EUR 1,1 Mio. (Vorjahr: EUR 2,1 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen zeigen sich mit EUR -4,9 Mio. im Vergleich zum Vorjahr (EUR -6,2 Mio.) sehr deutlich verbessert. Darin enthalten waren überwiegend Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen in Höhe von EUR -1,3 Mio. (Vorjahr: EUR -3,4 Mio.), Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit in Höhe von EUR -1,2 Mio. (Vorjahr: EUR -1,8 Mio.), Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen für die kulantzweise Rückerstattung von verjährten Sparguthaben bei der LBS in Höhe von EUR -1,0 Mio. (Vorjahr: EUR 0,0 Mio.) sowie ein zusätzlicher Aufwand aufgrund weiterer Rückstellungsbildungen für potentielle Erstattungsansprüche von Kontenführungsgebühren bei der LBS (EUR -0,4 Mio.).

Der **Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen sowie immaterielle Vermögensgegenstände** erhöhte sich von EUR -81,4 Mio. im Vorjahresvergleichszeitraum auf EUR -89,2 Mio. und liegt geringfügig über den erwarteten Aufwendungen.

Der Anstieg im Personalaufwand auf EUR -47,8 Mio. (Vorjahr: EUR -42,2 Mio.) war dabei im Wesentlichen durch erhöhte Aufwendungen aus der Zuführung von Pensionsrückstellungen und anderen personalbezogene Rückstellungen begründet.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen lagen mit EUR -39,9 Mio. um EUR 2,2 Mio. über dem Vorjahresniveau von EUR -37,8 Mio., was im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für die Bankenabgabe in Höhe von EUR -1,3 Mio. (von EUR -6,1 Mio. im Vorjahr auf EUR -7,5 Mio. im Berichtsjahr) sowie die Sicherungsreserve in Höhe von EUR -0,9 Mio. (von EUR -1,8 Mio. im Vorjahr auf EUR -2,8 Mio. im Berichtsjahr) zurückzuführen war.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände lagen mit EUR -1,5 Mio. in etwa auf Vorjahresniveau (EUR -1,4 Mio.).

Das **Bewertungsergebnis aus dem Kredit-, Beteiligungs- und Wertpapiergeschäft** inklusive der Veränderungen zu den Reserven nach § 340f und § 340g HGB verschlechterte sich von EUR -16,0 Mio. auf EUR -16,8 Mio. leicht.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft inklusive der Veränderungen zu den Reserven nach § 340f und § 340g HGB verschlechterte sich von EUR -16,3 Mio. auf EUR -18,5 Mio. und war im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl geprägt von Zuführungen bei den Einzelwertberichtigungen als auch von Zuführungen in der Pauschalwertberichtigung, letztere insbesondere durch die Umstellung auf den neuen Ansatz nach IDW RS BFA 7.

Das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft lag mit EUR 1,4 Mio. um EUR 1,0 Mio. über Vorjahresniveau. Geprägt wurde es im Wesentlichen durch Kursgewinne eigener Wertpapiere (EUR 4,0 Mio.) kompensiert um einen zinsbedingten Abschreibungsbedarf bei Spezialfonds der LBS (EUR -1,5 Mio.) sowie Abschreibungen auf eigene Schuldverschreibungen (EUR -0,8 Mio.).

Nach Berücksichtigung des Steueraufwands in Höhe von EUR -15,0 Mio. (Vorjahr: EUR -14,3 Mio.) – darin enthalten Netto-Steuererstattungen aus Vorjahren in Höhe von EUR 2,9 Mio. (Vorjahr EUR 3,0 Mio.) sowie ein latenter Steuerertrag von EUR 4,5 Mio. (Vorjahr latenter Steueraufwand EUR 3,0 Mio.) – beläuft sich der **Jahresüberschuss** 2022 auf EUR 32,1 Mio. (Vorjahr: EUR 30,8 Mio.).

FINANZLAGE

Die Finanzlage der SaarLB war im Jahr 2022 unverändert stabil.

Die Hypothekendeckung nach § 28 PfandBG zum 31.12.2022 liegt mit EUR 1.069 Mio. um EUR 248 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR 821 Mio.). Bei einem Anstieg des Pfandbriefumlaufes um EUR 64 Mio. auf EUR 631 Mio. hat die Entwicklung der Deckungsmasse dazu geführt, dass die Überdeckung zum 31.12.2022 mit ca. 69% (31.12.2021 45%) weiterhin deutlich über den regulatorischen Anforderungen liegt.

Die Deckungsmasse für öffentliche Pfandbriefe nach § 28 PfandBG zum 31.12.2022 hat sich um EUR 636 Mio. auf EUR 4.100 Mio. (31.12.2021: EUR 3.464 Mio.), der Umlauf der öffentlichen Pfandbriefe von EUR 2.407 Mio. auf EUR 3.105 Mio. erhöht. Die Überdeckung liegt mit rund 32 % zum 31.12.2022 (31.12.2021 44%) unter der des Vorjahres, entspricht aber weiterhin den regulatorischen Anforderungen.

Das Kapitalmarktfunding erfolgte, wie in den vergangenen Jahren, größtenteils im Rahmen von Private Placements bei Kunden und Finanzpartnern. Im öffentlich gedeckten Bereich hat die SaarLB 2022 zwei öffentliche Emissionen – einer davon als sozialer Pfandbrief – im Sub-Benchmark-Format begeben. Nahezu zwei Drittel der Mittelaufnahmen konnten im Sparkassen- und Landesbankenverbund erfolgen. Die Investorenbindung im Verbund, aber auch außerhalb der Sparkassenfinanzgruppe, ist für die SaarLB daher nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Um die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, können bei der Deutschen Bundesbank besicherte Refinanzierungen aufgenommen werden. Zum 31.12.2022 wurde diese Möglichkeit nicht in Anspruch genommen.

Zur Darstellung der **Liquiditätssteuerung** verweisen wir auf den Abschnitt Risikobericht, Teil Liquiditätsrisiko.

Aufgrund der auf Deutschland und Frankreich fokussierten Geschäftstätigkeit der SaarLB ist der Anteil der Absicherung von Nettopositionen in Fremdwährungen unbedeutend. Sowohl Darlehensneuausreichungen als auch die entsprechenden Refinanzierungen erfolgen primär in EUR.

Die Verbindlichkeiten der SaarLB stellen sich wie folgt dar (Details vgl. Tabelle „Struktur der Verbindlichkeiten“):

in Mio. EUR	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
			Mio. EUR	%
Kreditinstitute	4.183,7	4.136,3	47,4	1,1
Kunden	6.817,2	6.240,5	576,7	9,2
Verbrieftete Verbindlichkeiten	5.245,9	4.621,8	624,1	13,5
Nachrangkapital	186,8	174,8	12,0	6,9
Summe der Verbindlichkeiten	16.433,6	15.173,4	1.260,2	8,3

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind mit einem Anstieg von EUR 47,4 Mio. weitgehend unverändert. Die Rückzahlung der sog. TLTRO III – Geschäfte i.H.v. EUR 700 Mio. im Dezember 2022 steht ein Anstieg von Geldmarktgeschäften sowie Weiterleitungsdarlehen gegenüber. Während das erhöhte Volumen der Mittelaufnahmen am Geldmarkt der Refinanzierung der Rückzahlung der TLTRO III – Geschäfte sowie der erhöhten Leistung von Barsicherheiten bei Börseneinrichtungen (vgl. auch Abschnitt Vermögenslage) dient, werden die gestiegenen Mittel aus Weiterleitungsdarlehen zur Finanzierung entsprechend zweckgebundener Kredite im Neugeschäft verwendet.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** liegen mit EUR 6.817,2 Mio. um EUR 577 Mio. über dem Vorjahreswert. Maßgeblich für die Entwicklung ist ein um EUR 479 Mio. erhöhtes Volumen von Geldmarktgeschäften (zu den Gründen s.o.).

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** sind 2022 um EUR 624,1 Mio. auf EUR 5.246 Mio. gestiegen. Der Anstieg betrifft gedeckte Schuldverschreibungen und dient vor allem der Refinanzierung des Neugeschäfts.

Das **Nachrangkapital** ist um EUR 12 Mio. auf EUR 187 Mio. gestiegen.

Die Struktur der Verbindlichkeiten stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
			Mio. EUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.183,7	4.136,3	47,4	1,1
ungedeckte Schuldscheindarlehen	937,5	924,5	13,0	1,4
gedeckte Namensschuldverschreibungen	328,0	308,0	20,0	6,5
Geldmarktgeschäfte	615,5	186,1	429,4	230,7
Weiterleitungsdarlehen	1.922,2	1.624,2	298,0	18,3
sonstige langfristige Mittelaufnahmen	166,0	163,3	2,7	1,7
Giroeinlagen	76,9	79,1	-2,2	-2,8
sonstige kurzfristige Termineinlagen	15,0	2,5	12,5	500,0
Spareinlagen	23,9	35,3	-11,4	-32,3
Offenmarktgeschäfte	0,0	700,0	-700,0	-100,0
sonstiges	98,7	113,3	-14,6	-12,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.817,2	6.240,5	576,7	9,2
ungedeckte Schuldscheindarlehen	1.136,9	1.052,1	84,8	8,1
von anderen finanziellen Organisationen	726,4	797,9	-71,5	-9,0
von nicht finanziellen Organisationen	409,6	253,5	156,1	61,6
durch das EinSiG privilegierte Schuldscheindarlehen	0,9	0,7	0,2	28,6
gedeckte Namensschuldverschreibungen	1.181,6	1.183,5	-1,9	-0,2
von anderen finanziellen Organisationen	1.081,8	1.058,6	23,2	2,2
von nicht finanziellen Organisationen	99,8	124,8	-25,0	-20,0
Geldmarktgeschäfte	1.068,7	590,0	478,7	81,1
von anderen finanziellen Organisationen	15,0	0,0	15,0	-
von nicht finanziellen Organisationen	1.053,4	589,8	463,6	78,6
durch das EinSiG privilegierte Geldmarktgeschäfte	0,3	0,2	0,1	50,0
sonstige langfristige Mittelaufnahmen	63,0	69,0	-6,0	-8,7
von anderen finanziellen Organisationen	58,0	64,0	-6,0	-9,4
von nicht finanziellen Organisationen	5,0	5,0	0,0	0,0
Giroeinlagen	2.004,8	1.940,4	64,4	3,3
von anderen finanziellen Organisationen	410,3	513,9	-103,6	-20,2
von nicht finanziellen Organisationen	1.499,7	1.321,1	178,6	13,5
durch das EinSiG privilegierte Giroeinlagen	94,9	105,4	-10,5	-10,0
sonstige kurzfristige Termineinlagen	373,5	421,7	-48,2	-11,4
von anderen finanziellen Organisationen	27,6	34,0	-6,4	-18,8
von nicht finanziellen Organisationen	342,8	384,5	-41,7	-10,8
durch das EinSiG privilegierte kurzfristige Termineinlagen	3,1	3,2	-0,1	-3,1
Spareinlagen	953,6	918,0	35,6	3,9
von nicht finanziellen Organisationen	3,7	3,8	-0,1	-2,6
durch das EinSiG privilegierte kurzfristige Spareinlagen	949,9	914,3	35,6	3,9
sonstiges	35,2	65,8	-30,6	-46,5
verbrieftete Verbindlichkeiten	5.245,9	4.621,8	624,1	13,5
ungedeckte Inhaberschuldverschreibungen	2.977,7	3.102,8	-125,1	-4,0
gedeckte Inhaberschuldverschreibungen	2.268,2	1.518,9	749,3	49,3
nachrangige Verbindlichkeiten	186,8	174,8	12,0	6,9
nicht durch Gewährträgerhaftung privilegierte nachrangige Verbindlichkeiten von anderen finanziellen Organisationen	186,8	174,8	12,0	6,9
Summe der Verbindlichkeiten	16.433,6	15.173,4	1.260,2	8,3

Von den unbesicherten bzw. ungedeckten Emissionen der Klasse preferred senior i.H.v. EUR 3.014,0 Mio. per 31.12.2022 entfallen

- EUR 2.088,8 Mio. auf Inhaberschuldverschreibungen,
- EUR 488,5 Mio. auf Schuldscheindarlehen gegenüber Kreditinstituten
- EUR 344,8 Mio. auf Scheindarlehen gegenüber nicht finanziellen Organisationen
- EUR 91,9 Mio. auf Schuldscheindarlehen gegenüber anderen finanziellen Organisationen.

Das **bilanzielle Eigenkapital** hat sich um EUR 22,7 Mio. auf EUR 566,3 Mio. erhöht. Dies ergibt sich aus der Dotierung der Gewinnrücklagen aus der Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2021 (EUR 18,4 Mio.), der Zuführung zu den satzungsmäßigen Rücklagen aus dem Jahresüberschuss i. H. v. EUR 3,2. Des Weiteren liegt der Bilanzgewinn mit EUR 28,9 Mio. um EUR 1,2 Mio. über dem des Vorjahres (EUR 27,7 Mio.).

Zur Darstellung der **aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung** sowie den sich daraus abgeleiteten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Abschnitt Risikobericht, Teil Kapitalmanagement verwiesen.

Die **außerbilanziellen Verpflichtungen** der SaarLB werden durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Mit einem Gesamtvolumen von EUR 1.653 Mio. zum 31.12.2022 sind diese Verpflichtungen im Vergleich zum Vorjahr (EUR 1.722 Mio.) rückläufig. Sie sind im Rahmen des Liquiditätsmanagements berücksichtigt.

Zugesagte Kreditlinien zugunsten der SaarLB bestehen nicht.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Marktrisiken. Das Nominalvolumen ist um EUR 2.131 Mio. auf EUR 13.766 Mio. (Vorjahr: EUR 11.611 Mio.) gestiegen. Mit rund 98 % (Vorjahr 97 %) betrifft dies Zinsderivate zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit gewährleistet.

Rating

Von den Rating-Agenturen Fitch Ratings (Fitch) und Moody's Investor Service (Moody's) hat die SaarLB ein Emittentenrating von A- beziehungsweise A1 erhalten. Das Rating von Fitch wurde im März 2022 bestätigt, das Viability Rating wurde von bb+ auf bbb- angehoben. Das Rating von Moody's wurde letztmals im April 2021 bestätigt.

Das Pfandbriefrating für öffentliche Pfandbriefe wurde von Fitch im Dezember 2022 mit AAA bestätigt.

Die Ratings für kurzfristige Verbindlichkeiten sind unverändert bei F1 bzw. P-1.

Zum 31. Dezember 2022 stellen sich die wesentlichen Ratings der SaarLB wie folgt dar:

Fitch	
Ratingbezeichnung	Rating
Long Term Issuer Default Rating	A-, stabil
Short Term Issuer Default Rating	F1
Viability Rating	bbb-
Derivative Counterparty Rating	A (dcr)
Long-Term Deposit Rating	A
Short-Term Deposit Rating	F1
Public Sector Pfandbriefe	AAA
Moody's	
Ratingbezeichnung	Rating
Long-Term Deposit Rating	A1, stabil
Short-Term Deposit Rating	P-1
Long-Term Issuer Rating	A1, stabil
Short-Term Issuer Rating	P-1
Baseline Credit Assessment	ba1
Adjusted Baseline Credit Assessment	baa2
Counterparty Risk Assessment	A1(cr) / P-1(cr)
Counterparty Risk Rating	A1 / P-1

VERMÖGENSLAGE

Die Aktiva der SaarLB setzen sich zum 31.12.2022 wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2022	2021	Δ Mio.	Δ in %
Barreserve	44,6	1.953,3	-1.908,7	-97,7 %
Forderungen an Kreditinstitute	2.734,5	384,8	2.349,7	610,6 %
Forderungen an Kunden	13.312,8	12.574,0	738,8	5,9 %
Wertpapiere	1.179,8	1.067,7	112,1	10,5 %
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	13,4	13,2	0,2	1,5 %
sonstige Aktiva	181,9	169,6	12,3	7,3 %
Bilanzsumme	17.467,0	16.162,6	1.304,4	8,1 %

Die **Bilanzsumme** hat sich mit EUR 17.467 Mio. zum 31.12.2022 im Vergleich zum 31.12.2021 (EUR 16.163 Mio.) um 8,1% erhöht.

Der Rückgang der **Barreserve** sowie der Anstieg der **Forderungen an Kreditinstitute** ergibt sich aus der Anlage eines Großteils der Barreserve als Einlagefazilität bei der Deutschen Bundesbank i. H. v. EUR 2.100 Mio.; diese ist in den Forderungen an Kreditinstituten und nicht in der Barreserve auszuweisen. Bei den Forderungen an Kreditinstituten wirkte sich des Weiteren der Anstieg aus geleisteten Barsicherheiten bei Börseneinrichtungen um EUR 195 Mio. auf EUR 342 Mio. bestandserhöhend aus.

Die **Forderungen an Kunden**, die primär durch die Kerngeschäftsfelder der Bank determiniert werden, sind um 5,9% auf EUR 13.313 Mio. gestiegen. Zur Entwicklung des Neugeschäfts vgl. Abschnitt Geschäftsverlauf.

Die **Wertpapierbestände** sind im abgelaufenen Geschäftsjahr von EUR 1.068 Mio. auf EUR 1.180 Mio. gestiegen (10,5%). Der Anstieg resultiert vor allem aus Zugängen bei eigenen Schuldverschreibungen und Fondsanteilen.

Zum Bilanzstichtag bestehen bei Wertpapieren des Anlagevermögens stille Lasten in Höhe von EUR 97,9 Mio. (Vorjahr: EUR 3,9 Mio.), denen stille Reserven von EUR 17,7 Mio. (Vorjahr: EUR 15,8 Mio.) gegenüberstehen. Maßgebend für die Entwicklung war der Anstieg der Zinsen.

Zur Zusammensetzung der sonstigen Aktiva vgl. Angaben zu den Aktiva im Anhang.

OFFENLEGUNG DES GESONDERTEN NICHTFINANZIELLEN BERICHTS GEMÄSS § 289B ABS. 3 HGB

Die SaarLB wird am 21. April 2023 (Veröffentlichungsdatum Jahresabschluss) einen gesonderten Bericht zum 31. Dezember 2022 gemäß den Vorgaben des § 289b Abs. 3 HGB auf freiwilliger Basis veröffentlichen. Der Bericht ist im Internetauftritt der SaarLB unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.saarlb.de/Nachhaltigkeitsbericht-2022.pdf>

ZUSAMMENFASENDE GESAMTAUSSAGE

Die Entwicklung der Ertragslage sowie der Finanz- und Vermögenslage der SaarLB war im abgelaufenen Geschäftsjahr getrieben von stark gestiegenen Neugeschäftsvalutierungen. Zusätzlich konnte die SaarLB durch Teilnahme am längerfristigen Refinanzierungsprogramm der EZB („TLTRO III“) Zusatzerträge im Zinsergebnis berücksichtigen.

Das hohe Neugeschäftsvolumen und der damit verbundene Bestandsaufbau, die Entwicklungen der Marktzinsen sowie die zusätzlichen Erträge aus TLTRO III führten in Summe zu einem deutlich verbesserten Zinsergebnis. Das starke Neugeschäft führte zusätzlich zu einem gestiegenen Provisionsergebnis, insbesondere bei Kreditprovisionen.

Das verschlechterte Bewertungsergebnis und der gestiegene Verwaltungsaufwand schmälerten aber das sehr gute operative Ergebnis. Das Ergebnis vor Steuern konnte jedoch mit EUR 47,1 Mio. den Vorjahreswert moderat übersteigen und liegt spürbar über unseren Erwartungen.

Die harte Kernkapitalquote liegt mit 13,35 % ebenfalls leicht über dem Vorjahresniveau und merklich über unseren Erwartungen.

Zusammenfassend ist die SaarLB zufrieden mit der Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr, die trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes zu einer Verbesserung der Ertragsbasis und einer Ausweitung des Kundengeschäftes geführt hat.

RISIKOBERICHT

Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB inkl. LBS erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken, Marktpreisrisiken (in den Risikounterarten Zinsänderungsrisiko, Spread-Risiko und Immobilienrisiko), Liquiditätsrisiken (in den Risikounterarten Zahlungsunfähigkeitsrisiko und Refinanzierungskostenrisiko) und operationelle Risiken. Der Vorstand verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Hierbei gelten folgende risikopolitische Leitlinien:

- Die Entstehung von Ertragskonzentrationen, die nicht durch die geschäftsstrategische Ausrichtung der SaarLB bedingt wird, sollen vermieden werden.
- Die Sicherstellung der Portfolioqualität geht vor Wachstum.
- Die SaarLB geht nur Risiken ein, die sie beurteilen und managen kann.
- Risiken werden nur insoweit eingegangen, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt.
- Die jederzeitige uneingeschränkte Zahlungsfähigkeit der Bank ist als strenge Nebenbedingung der Geschäftstätigkeit sicherzustellen.

Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-)Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie Limits für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden alle Risikopositionen der Bank, der LBS und der Wertpapierspezialfonds in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert.

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktionstrennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Während die Geschäftsbereiche dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend ausgerichtet sind, wurden bei der Organisation von Marktfolge und Handelsabwicklung Kernkompetenzen gebündelt.

Die Einheit Risikocontrolling ist unmittelbar dem Vorstand für Steuerung und Entwicklung (Vorsitzender des Vorstandes) unterstellt. Sie verantwortet das Risikocontrolling aller Risikoarten auf Portfolioebene. Für die Risikosteuerung und Überwachung der Adressenrisiken auf Einzelengagement- und Teilportfolieebene ist der Unternehmensbereich Kredit zuständig. Die integrierte Berichterstattung über alle Risikoarten hinweg erfolgt im Rahmen eines gemeinsamen MaRisk-Risikoberichts.

Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und disziplinarisch dem Vorsitzenden des Vorstands zugeordnet. Sie prüft und beurteilt als unabhängiger unternehmensinterner Bereich grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, das interne Kontrollsyste sowie das Risikomanagement und -controlling auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes. Dies gilt auch für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Die Interne Revision führt ihre Tätigkeiten unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Nach dem Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG) sind grundsätzlich alle Institute verpflichtet, nach Aufforderung durch die BaFin einen Sanierungsplan zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten der Aufsicht einzureichen. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Sanierung bzw. Abwicklung des Instituts notwendig oder wahrscheinlich erscheint. Die BaFin hat den bisherigen Bescheid aus 2018 zur Vorlage eines Sanierungsplans nach nahezu vollständigen Anforderungen im dritten Quartal 2022 aufgehoben und zwischenzeitlich die SaarLB zur Vorlage eines Sanierungsplans nach vereinfachten Anforderungen aufgefordert. Auch unter Berücksichtigung der künftig geltenden vereinfachten Anforderungen überprüft die SaarLB weiterhin in einem regelmäßigen Prozess den potenziellen Anpassungsbedarf des Plans. Bei keinem der festgelegten Sanierungsindikatoren wurde zum Berichtsstichtag oder im gesamten Berichtszeitraum ein Schwellenwert verletzt.

Kapitalmanagement

Neben der Einhaltung der normativen und der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Normative Risikotragfähigkeit

Die SaarLB wendet den auf internen Ratings basierten Ansatz (IRBA) zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR an. Ergänzend verfügt sie über die Erlaubnis der BaFin hinsichtlich der Verwendung von Techniken zur Kreditrisikominderung gemäß Artikel 143 Abs. 3 CRR.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die so genannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (im Wesentlichen Stammkapital, Rücklagen einschließlich des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB sowie stille Einlagen) und Ergänzungskapital (u. a. langfristige nachrangige Verbindlichkeiten) jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamt-Eigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindest-Vorgaben nicht unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinausgehende Vorgaben festgelegt. Die normative Perspektive der Risikotragfähigkeit enthält sowohl die einjährige als auch die mehrjährige Betrachtung der Kenngrößen.

Im Rahmen der einen Zeitraum von drei Jahren umfassenden Mittelfristplanung sind Vorkehrungen getroffen, um die Vorgaben nachhaltig einzuhalten. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist die Einheit Strategie und Stab. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Einheit Controlling und Steuerung auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsbereichsplanungen definiert.

Die SaarLB führt auf Basis der Anforderungen des Leitfadens zur Risikotragfähigkeit¹ der deutschen Aufsicht jährlich eine mehrjährige normative Risikotragfähigkeitsrechnung durch. Hierbei werden (bspw. in Anlehnung an den Stresstest der EBA) die Auswirkungen eines mehrjährigen schweren konjunkturellen Abschwungs simuliert und auf die geplanten Kapitalquoten sowie weitere regulatorische Kennziffer angewendet. Im Rahmen des MaRisk-Risikoberichtes erfolgt laufend eine Überwachung der getroffenen Annahmen wie Angemessenheit der Basisplanung sowie der Ausgestaltung des Szenarios. Das unterstellte Stresszenario über den gesamten Planungshorizont wird als Nachweis der nachhaltigen Ertragslage der SaarLB auch in Krisenzeiten verwendet, da die regulatorischen Anforderungen auch im adversen Szenario im gesamten Planungszeitraum erfüllt werden können.

¹ Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und deren prozessualer Einbindung in die Gesamtbanksteuerung („ICAAP“) – Neuausrichtung

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt:²

Kennzahlen nach CRR (in Mio. EUR bzw. in %)	31.12.2022	31.12.2021
Risikopositionen	5.890	5.800
Eigenmittel	994	957
davon Kernkapital	786	762
davon hartes Kernkapital	786	762
Gesamtkennziffer	16,9 %	16,5 %
Kernkapitalquote	13,4 %	13,1 %
harte Kernkapitalquote	13,4 %	13,1 %

Die harte Kernkapitalquote (ebenso wie die Kernkapitalquote) ist im Berichtszeitraum infolge gestiegener harter Kernkapitalbestandteile trotz erhöhter Risikopositionen leicht gestiegen. Die Gesamtkennziffer steigt darüber hinaus wegen Zugängen im Ergänzungskapital.

Die Erhöhung des harten Kernkapitals ist Folge der Feststellung des Jahresabschlusses 2021: im Wesentlichen wurden die Gewinnrücklagen mit EUR 21,5 Mio. dotiert, des Weiteren wurde die im Jahresabschluss 2021 ausgewiesene Erhöhung der Reserve nach § 340g HGB i.H.v. EUR 2,0 Mio. aufsichtsrechtlich wirksam. Maßgeblich für die Entwicklung im Ergänzungskapital war eine Erhöhung der Nachrangdarlehen.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren auch unter Berücksichtigung institutsspezifischer Kapitalanforderungen der BaFin im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren internen Zielquoten der SaarLB. Die Eigenmittelzielkennziffer ist für die SaarLB redundant zum Kapitalerhaltungspuffer und wurde während des gesamten Berichtszeitraums eingehalten. Die gesetzlichen Mindestanforderungen wurden mit deutlichem Abstand eingehalten. Die insgesamt angemessene Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests.

Insgesamt war die normative Risikotragfähigkeit der SaarLB im gesamten Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Ökonomische Risikotragfähigkeit

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

² Die Risikopositionen des Vorjahrs wurden aufgrund einer für Zwecke dieses Ausweises rückwirkenden Korrektur der KMU-Privilegierung um EUR 2,6 Mio. erhöht, die ausgewiesenen Kapitalquoten ändern sich dadurch nicht.

Die Risikodeckungsmasse wurde im Berichtsjahr grundsätzlich auf Basis der HGB-Rechnungslegung ermittelt und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können³.

(EUR Mio.)	31.12.2022	31.12.2021	Delta
satzungmäßige Rücklagenzuführung (Minimum YtD und HoRe)	1,9	2,9	-1,0
+ Stammkapital	254,6	254,6	0,0
+ Rücklagen	618,4	607,2	11,2
+ Eigenkapitalsurrogate	0,0	0,0	0,0
+ stille Reserven und Lasten	86,0	105,3	-19,4
Risikodeckungsmasse	960,8	970,0	-9,2

Die Risikodeckungsmasse ist im Vergleich zum Vorjahrestichtag um rd. 1 % gesunken. Der sehr deutliche Rückgang in der Position stille Reserven und Lasten geht im Wesentlichen auf Änderungen im BFA 3-Saldo zurück (Effekt rd. EUR 37,7 Mio., weiterhin kein Verpflichtungsüberschuss). Demgegenüber steht (1) eine positive Entwicklung im Ausweis der Pensionsrückstellungen (Effekt rd. EUR 12,1 Mio.) sowie (2) ein Anstieg der stillen Reserven aus Wertpapieren, die nicht im BFA 3-Saldo enthalten sind (Effekt rd. EUR 6,2 Mio.). Bei den Wertpapieren, die nicht im BFA 3-Saldo enthalten sind, handelt sich im Wesentlichen um von der SaarLB gehaltene Immobilienfonds. Der Rückgang in den stillen Reserven wird durch die signifikante Erhöhung in der Gewinnrücklage (Effekt rd. EUR 12,0 Mio.) bei sehr leichtem Rückgang der §340f- und §340g-Reserve (Effekt rd. EUR 0,8 Mio.) teilweise kompensiert.

Im Rahmen der ökonomischen Risikokapitalsteuerung überwacht die SaarLB ihr Risikoprofil. Im Berichtsjahr wurde in einem vierteljährlichen Turnus eine Risikotragfähigkeitsrechnung durchgeführt, in der eine Gegenüberstellung von aus der verfügbaren Deckungsmasse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf erfolgt ist. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99,9 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung werden mindestens jährlich sowie anlassbezogen ad hoc validiert.

³ Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraums werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag, sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2022			31.12.2021		
	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung
Adressenrisiko	222,0	330,0	67 %	171,0	250,0	68 %
Marktpreisrisiko	174,1	250,0	70 %	101,3	200,0	51 %
davon Zinsänderungsrisiko	(116,0)	(160,0)	72 %	(51,6)	(100,0)	52 %
Credit Spread-Risiko	(36,6)	(60,0)	61 %	(49,7)	(100,0)	50 %
Immobilienrisiko	(21,6)	(30,0)	72 %			
Refinanzierungskostenrisiko	41,5	70,0	59 %			
Operationelles Risiko	20,4	30,0	68 %	20,4	35,0	58 %
Summe	457,9	680,0	67 %	292,7	485,0	60 %
Freie ökon. Deckungsmasse	502,9			677,3		

Der sehr deutliche Anstieg in den Adressenrisiken (Effekt: EUR 51,0 Mio.) ergibt sich im Wesentlichen aus einem Model Review im ersten Quartal des Berichtszeitraums, das materielle Risiko hat sich hingegen im Berichtsjahr sogar tendenziell reduziert. Die erheblich gestiegenen Risikokapitalbedarfe des Marktpreisrisikos resultieren insbesondere aus aufgrund volatiler Märkte erhöhten Zinsänderungsrisiken (Effekt: EUR 64,4 Mio.) und der erstmaligen Berücksichtigung von Immobilienrisiken als wesentliche Risikoart (Effekt: EUR 21,6 Mio.), gepuffert durch Rückgänge im Credit Spread-Risiko (Effekt: EUR 13,2 Mio.). Auch das Refinanzierungskostenrisiko wird im Gegensatz zu den Vorjahren wieder als wesentliche Risikoart berücksichtigt (Effekt: EUR 41,5 Mio.). Insgesamt steigt der Risikokapitalbedarf im Vorjahresvergleich um EUR 165,2 Mio. Die erhöhten Limits decken die Risiken weiterhin komfortabel ab, auch wenn die Auslastung um 7 %-Punkte auf nunmehr 67 % steigt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Stressszenarien ermittelt, u.a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten Annahmen modellierten schweren konjunkturellen Abschwung. Bzgl. Adressenrisiken wird bspw. eine branchenspezifische Verschlechterung des Kreditportfolios, im Marktpreisrisiko bspw. eine weitere Ausweitung der Credit Spreads angenommen. Für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärzte Annahmen.

Schwerer konjunktureller Abschwung: zusätzliche Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2022	31.12.2021
Adressenrisiko	229,3	150,5
Marktpreisrisiko	95,5	89,7
davon Zinsänderungsrisiko	(54,0)	(54,3)
Credit Spread-Risiko	(25,3)	(35,4)
Immobilienrisiko	(16,2)	
Refinanzierungskostenrisiko	35,4	
Operationelles Risiko	4,7	14,6
Summe	364,8	254,7
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	138,0	422,7

Die Risikokapitalbedarfe steigen insgesamt analog ICAAP. Die freie ökonomische Deckungsmasse übertrifft aber auch unter Annahme eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs bei gleichzeitiger Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag weiterhin die Kapitalbedarfe deutlich.

Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt.

- Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners folgt.
- Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, da sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert. Das Migrationsrisiko stellt dabei auf Veränderungen der Bonität im Zeitablauf ab, die keinen Ausfall darstellen.

Das Adressenrisiko beinhaltet sowohl als Ausfall- als auch als Migrationsrisiko jeweils Länder- und Beteiligungsrisiken.

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikodeckungsmasse ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich in allen Marktfolgebereichen implementiert. Die Beurteilung der Adressenausfallrisiken erfolgt zunächst auf Ebene einzelner Kreditnehmer und (aufsichtsrechtlicher) Kreditnehmereinheiten (Gruppen verbundener Kunden). Hierbei finden die Ratingverfahren Banken, Corporates (inkl. kommunalnaher Unternehmen), Internationale Gebietskörperschaften, Leasing (Leasinggesellschaften sowie Immobilienleasing), Versicherungen, International Commercial Real Estate, Projektfinanzierungen sowie Länder- und Transferrisiko der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, Anwendung. Ergänzend werden die Module Sparkassen StandardRating (inkl. kommunalnaher Unternehmen) und Sparkassen ImmobiliengeschäftsRating der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, eingesetzt. Alle genannten Ratingverfahren wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Verwendung im Rahmen des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen nach der Verordnung (EU) 575/2013 (CRR) anerkannt. Sie werden seitens der Bank in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern jährlich auf Basis des aktuellen Kreditportfolios validiert.

Wesentliche Eingabeparameter für den quantitativen Teil der innerhalb der Ratingverfahren vorgenommenen Bonitätsanalyse stammen dabei aus einem Bilanzanalysesystem, das die wesentlichen Rechnungslegungsstandards (u.a. HGB, IFRS, US-GAAP) unterstützt und Peergruppen- sowie Branchenvergleiche ermöglicht. Darüber hinaus werden neben dem Bonitätsrating eines Kreditnehmers dort, wo es erforderlich ist, auch Objekt- und Projektrisiken sowie Länder- und Transferrisiken in der Risikobeurteilung berücksichtigt. Im Ergebnis erfolgt auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Zuordnung zu einer Ratingklasse auf einer grundsätzlich 25-stufigen Ratingskala (DSGV-Masterskala).

Neben der Ausfallwahrscheinlichkeit, die über die Ratingverfahren ermittelt wird, findet als weiterer wesentlicher Parameter für die Messung von Adressenrisiken der Loss Given Default (im Folgenden LGD) Verwendung. Dieser fließt neben der Ausfallwahrscheinlichkeit in die Berechnung des erwarteten Verlusts ein. Der bei der SaarLB berücksichtigte LGD spiegelt die ökonomische Sichtweise wider. Basierend auf Verlusterfahrungen im Landesbankenpool auf Ebene der Ratingmodule werden hier erwartete Verluste bei Ausfall quantifiziert, die auch die Höhe der in Zukunft erwarteten Sicherheitenerlöse berücksichtigen.

Zur ökonomischen Risikominderung werden gemäß den Vorgaben der SaarLB bankübliche Sicherheiten, insbesondere Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen hereingenommen. Sicherheitenbearbeitung und -bewertung sind im Sicherheitenhandbuch geregelt. Die Berechnung und Festsetzung der ermittelten Sicherheitenwerte wird dokumentiert. Im Handelsgeschäft mit Derivaten werden Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close-Out-Netting) geschlossen. Mit bestimmten Geschäftspartnern bestehen Sicherheitenvereinbarungen, die das jeweilige Ausfallrisiko auf einen vereinbarten Höchstbetrag begrenzen.

Anhand des eingerichteten Frühwarnsystems – u. a. monatlich erstellte, auf festen Frühwarnsignalen basierende Frühwarnlisten – erfolgen eine Identifikation gefährdeter Engagements und Überführung in die dafür vorgesehene Betreuungsform. Die Intensivbetreuung ist im Markt, die Bearbeitung von Problemkrediten in der Marktfolge angesiedelt.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden täglich durch die Handelsabwicklung überwacht. Diese Überwachung umfasst insbesondere das gesamte Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten (Kontrahentenrisiko). Systemunterstützt und bankweit einheitlich werden alle mit einem Kunden getätigten Handelsgeschäfte in Anlehnung an die Vorschriften zur Marktbewertungsmethode nach CRR auf die eingeräumten Kontrahentenlimits, die ggf. auch ein Settlement-Limit umfassen, angerechnet.

Bei der Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankenbene ist das interne Rating von zentraler Bedeutung. Über die Risikostrategie sind die Engagementgrenzen für Gruppen verbundener Kunden in Abhängigkeit von Ratingklassen, aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Märkten und Segmenten klar definiert. Strenge Nebenbedingung ist schließlich eine am Risiko orientierte Preisgestaltung im Neugeschäft, die durch ein entsprechendes Kalkulationsinstrument unterstützt wird.

Eine einzelfallbezogene Prüfung der Einhaltung der Risikostrategie durch die zuständigen Markt- und Marktfolgebereiche ist im Rahmen jeder wesentlichen Kreditentscheidung vorgesehen.

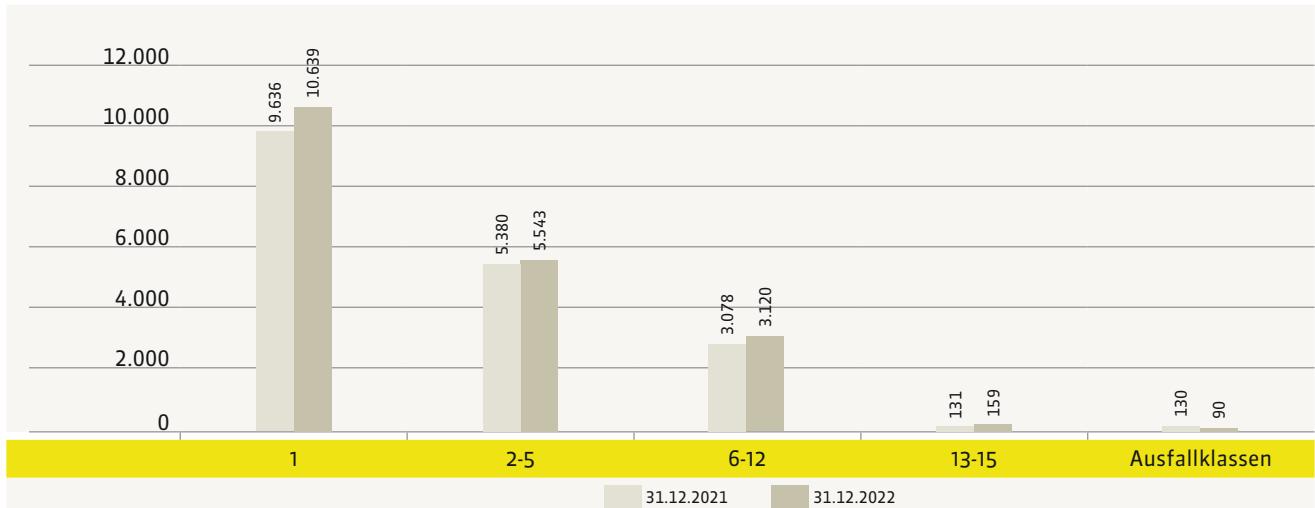
Der vierteljährlich erstellte MaRisk-Risikobericht an den Vorstand und den Risikoausschuss des Verwaltungsrats der SaarLB beinhaltet eine Analyse des Kreditportfolios, vor allem unter den Gesichtspunkten Ratingklassen-, Branchen- und Ländergliederung, sowie einen zusammenfassenden Soll-Ist-Abgleich mit der Risikostrategie.

Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit-Value-at-Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust sind im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu decken.

Portfolioanalyse (ökonomisch)

Die Darstellungen in dem nachfolgenden Kapitel „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ basieren auf der internen Risikosteuerung, nach der zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 19.551 Mio. bestand (zum 31.12.2021: EUR 18.356 Mio.). Das maximale Kreditrisiko stellt das Bruttoexposure nach Berücksichtigung von CRM-fähigen Sicherheiten und abzüglich Wertberichtigungen (insb. Einzelwertberichtigungen und Direktabschreibungen) dar. Somit wurden signifikante Kreditrisiken in Höhe von EUR 1.196 Mio. aufgebaut, die sich vor allem in der Ratingklasse 1 i. H. v. EUR 1.003 Mio. (relativ 10,4 %) sowie in den Ratingklassen 2–5 i. H. v. EUR 163 Mio. (relativ 3,0 %) zeigen.

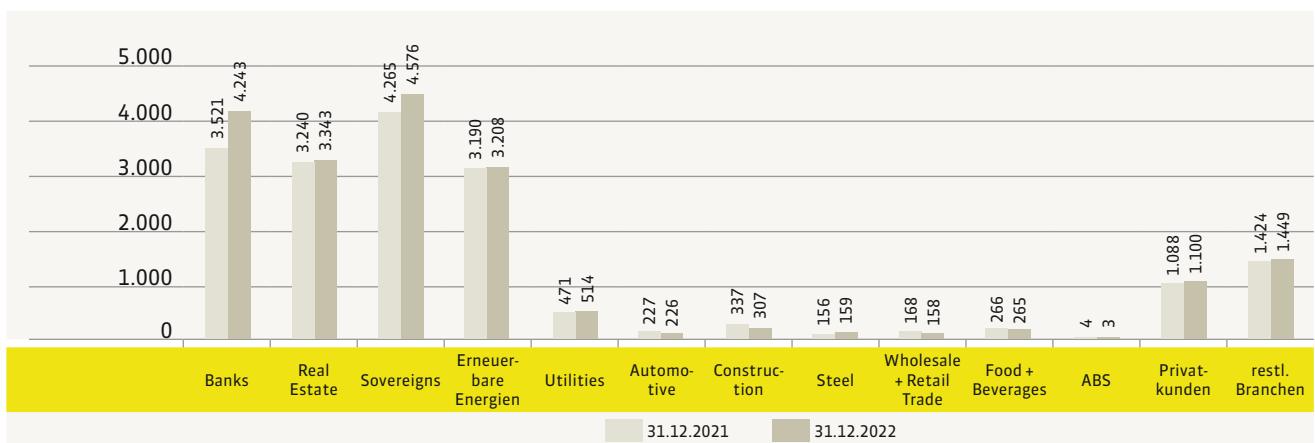
maximales Kreditrisiko nach Ratingklassen (in Mio. EUR)



Zum Berichtsstichtag liegen rund 83 % (Vorjahr 82 %) des Kreditrisikos im Investment Grade-Bereich (Ratingklassen 1 und 2 bis 5 nach DSGV-Skala). Im Vergleich zum 31.12.2021 hat sich der Anteil im Investment Grade sehr leicht erhöht.

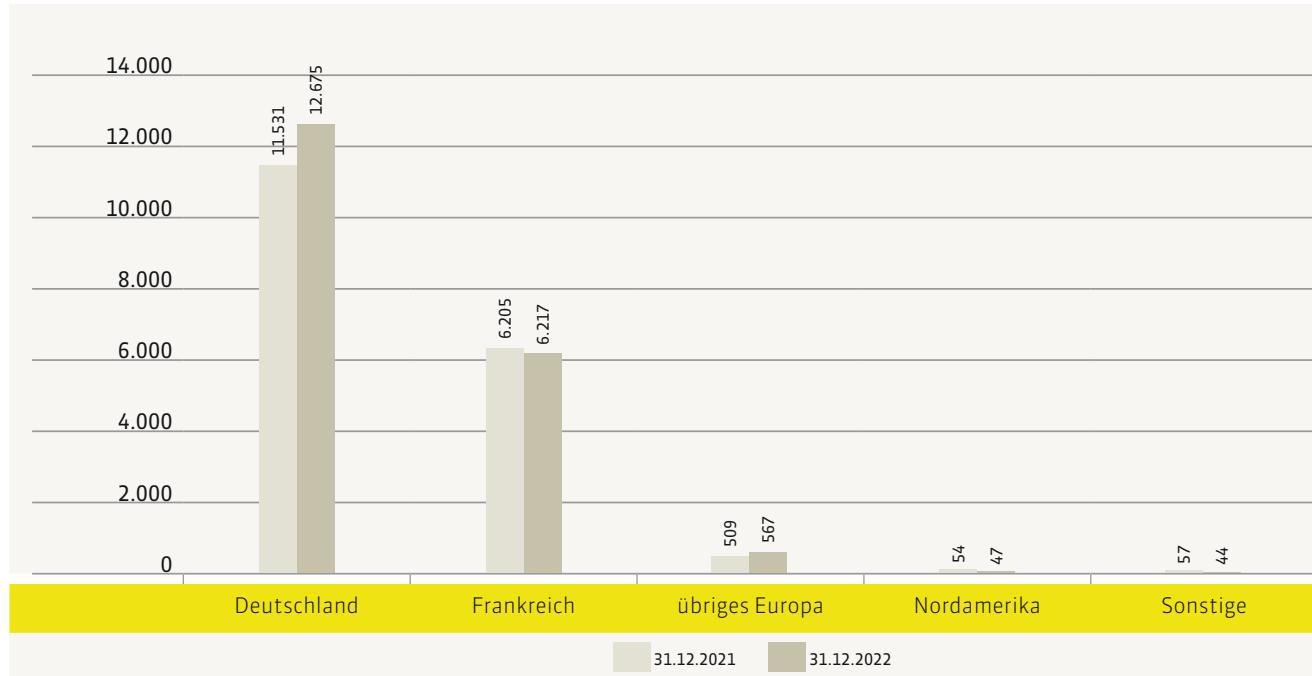
Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerekenebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 35 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen verteilt sich wie folgt:

maximales Kreditrisiko nach Branchen (in Mio. EUR)



Der größte Anteil des Portfolios (etwa 23 %) entfällt zum Berichtsstichtag auf die Branche Sovereigns gefolgt von den Branchen Banks (etwa 22 %), Real Estate (etwa 17 %) und Erneuerbare Energien (etwa 16 %). Im Berichtszeitraum wurde das Kreditrisiko der Branche Banks um rund EUR 722 Mio. bzw. 20,5 % sehr stark erhöht (größter absoluter und relativer Anstieg). Ursache hierfür ist die Erhöhung des Forderungsbestandes gegenüber Instituten der Sparkassenfinanzgruppe (EUR 432 Mio.) sowie gegenüber der deutschen Bundesbank (EUR 210 Mio.). Ein weiterer Anstieg ist in der Branche Sovereigns zu verzeichnen (Erhöhung um rund EUR 311 Mio. bzw. 7,3 %). Die größte Reduktion zeigt sich in der Branche Construction mit rund EUR 30 Mio. bzw. 8,9 %.

Maximales Kreditrisiko nach Regionen (in Mio. EUR)



Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Ländern standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderrisiko zugeschlüsselt, das bspw. bei unselbstständigen Niederlassungen nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 97 % (zum 31.12.2021: 97 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 3 % (zum 31.12.2021: 3 %) betreffen Engagements im übrigen Europa. Im Berichtszeitraum wurde in Deutschland deutlich Volumen i. H. v. EUR 1.144 Mio. aufgebaut (entspricht 9,9 %). Das Volumen in Frankreich bleibt mit EUR 6.217 Mio. (zum 31.12.2021: EUR 6.205 Mio.) nahezu unverändert. Im übrigen Europa hat sich das Volumen um rd. EUR 58 Mio. (entspricht 11,4 %) wesentlich erhöht (hauptsächlich in den Niederlanden um EUR 54 Mio.), die sonstigen Regionen zeigen einen Rückgang um EUR 13 Mio. (entspricht 22,8 %).

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	31.12.2022	31.12.2021
Deutschland	4.052	3.371
Frankreich	79	20
übriges Europa	22	23
Nordamerika	47	51
Sonstige	43	56
Gesamt	4.243	3.521

Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des Bestands an kreditersetzen Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort überwiegend gegenüber deutschen Kreditinstituten. Über alle Regionen hinweg ist das Kreditrisiko gegenüber Banken im Berichtszeitraum um insgesamt EUR 722 Mio. gestiegen. Ein sehr deutlicher Volumenanstieg zeigt sich in Deutschland mit EUR 681 Mio. bzw. relativ mit 20,2 % und in Frankreich mit EUR 59 Mio. (295,0%). Wesentliche Reduktionen zeigen sich in den sonstigen Regionen (EUR 13 Mio. bzw. relativ 23,2%).

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	31.12.2022	31.12.2021
Deutschland	8.623	8.160
Frankreich	6.138	6.186
übriges Europa	546	487
Nordamerika	0	3
Sonstige	1	1
Gesamt	15.308	14.836

Forderungen an Kunden einschließlich des Bestandes an kreditersetzen Wertpapieren bestehen mit fast 100 % (31.12.2021: rund 100 %) überwiegend gegen Kunden mit (Wohn-)Sitz in Europa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen Kunden mit rund 96 % (31.12.2021: rund 97 %) den größten Anteil. Größter Treiber für den Anstieg in Deutschland ist vor allem die Branche Sovereigns mit einer deutlichen Erhöhung um EUR 228 Mio. In Frankreich ist das Volumen rückläufig, ursächlich sind die Branchen Erneuerbare Energien und Construction mit einer Verringerung um rund EUR 76 Mio. bzw. EUR 68 Mio.

Banken: maximales Kreditrisiko (in EUR Mio.) Größenklassen	31.12.2022	31.12.2021
bis 1 Mio. EUR	18	15
> 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	67	69
> 5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	55	66
> 10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	213	173
> 20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	375	242
> 50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	231	401
> 100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	188	666
> 250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	388	0
> 500 Mio. EUR bis 1 Mrd. EUR	607	0
> 1 Mrd. EUR bis 2,5 Mrd. EUR	2.100	1.888
Gesamt	4.243	3.521

Das Geschäft mit Kreditinstituten erfolgt überwiegend in größeren Abschnitten. In der Größenklasse bis EUR 2,5 Mrd. sind ausschließlich Kreditrisiken in Deutschland in Ratingklasse 1 enthalten (Forderungen ggü. der deutschen Bundesbank).

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung wie folgt diversifiziert:

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklassen	31.12.2022	31.12.2021
bis 1 Mio. EUR	930	906
> 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	1.500	1.459
> 5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	2.243	2.197
> 10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	3.580	3.566
> 20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	5.331	5.142
> 50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	1.127	883
> 100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	322	407
> 250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	275	275
Gesamt	15.308	14.836

Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Die SaarLB hat zum Berichtsstichtag kein Exposure in Russland oder der Ukraine. Engagements in Italien und im Vereinigten Königreich bestehen nur in sehr geringem Umfang (in Summe rd. EUR 13 Mio.).

Darüber hinaus stehen aufgrund der Corona-Pandemie weiterhin das Firmenkunden- sowie das Immobilienportfolio unter Beobachtung. In diesem Kontext werden insbesondere relevante Ratingmigrationen in kurzem Turnus überwacht.

Risikovorsorge

Alle Engagements mit Adressenausfallrisiken unterliegen im Rahmen der Risikoüberwachung einem fest definierten Frühwarn-, Intensivbetreuungs- und Problemkreditbehandlungsprozess mit entsprechenden Anweisungen. Im Rahmen dieses Prozesses werden Engagements mit eingetretenen Risikosignalen in eine dem Risikogehalt adäquate Betreuungsform überführt und klassifiziert. Basis dafür sind fest definierte weiche und harte Kriterien, die regelmäßig überprüft bzw. validiert werden und die gegebenenfalls zu einer Aufnahme in die monatliche Frühwarnliste bzw. direkt zu einer Zuordnung in die entsprechende Betreuungsform führen.

Im Weiteren erfolgt u.a. eine Prüfung auf eine Wertminderung quartalsweise sowie anlassbezogen bei jedem Engagement der Listen „Intensivbetreuung“ und „Problemkredite“, bei dem objektive substanzielle Hinweise auf eine Wertminderung festgestellt wurden und noch keine Risikovorsorge gebildet ist.

Wenn die Risikoanalyse des Kredits zeigt, dass die vertragskonforme Rückführung bzw. Vereinnahmung aller kreditvertraglichen Entgelte unwahrscheinlich ist, wird die Notwendigkeit der Bildung einer Risikovorsorge überprüft. Die Berechnung der Risikovorsorge wird pro Geschäft vorgenommen und berücksichtigt alle Adressenausfallrisiken. Die Festlegung der Höhe der Wertberichtigung erfolgt dabei unter Berücksichtigung der bestehenden Besicherung grundsätzlich durch Gegenüberstellung des Buchwerts der Forderung (fortgeführte Anschaffungskosten) mit den künftig zu erwartenden (abgezinsten) Cashflows. Die Abzinsung erfolgt mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz, der aus der OIS-Zinskurve abgeleitet wird. Einzelwertberichtigungen werden auch für die Engagements gebildet, bei denen die vollständige Rückführung der Kredite ausschließlich aufgrund von Länderrisiken unwahrscheinlich ist (politische bzw. soziale Unruhen, Nichtanerkennung von Auslandsschulden von staatlicher Seite, Devisenkontrollmaßnahmen, Devisenzwangswirtschaft, deutliche Abwertung der Landeswährung, Beschränkung des Außenwirtschaftsverkehrs, Kapitalflucht mit spürbaren Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz, Verstaatlichung, Enteignung von Vermögen); zum 31.12.2022 sind unverändert keine Kredite mit transfeirisikobedingten Wertberichtigungen im Bestand.

Bei der Einzelrisikovorsorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche Finanzinstrumente werden ausgebucht.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren bzw. erwarteten Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge für Einzelrisiken hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken in Mio. EUR	01.01.2022- 31.12.2022	01.01.2021- 31.12.2021
Anfangsbestand	43,4	54,2
Auflösung	-6,3	-6,0
Verbrauch	-	-19,7
Zuführung	36,2	14,9
Endbestand	73,3	43,4

Für latente Risiken bestehen Pauschalwertberichtigungen in Höhe von EUR 26,3 Mio. (zum 31.12.2021: EUR 13,7 Mio.) inklusive Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen i.H.v. EUR 3,6 Mio. (zum 31.12.2021 EUR 2,3 Mio.).

Die Direktabschreibungen betragen einschließlich der unmittelbar bonitätsbedingten Wertkorrekturen und Veräußerungsverluste in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds EUR 0,1 Mio. (2021: EUR 0,1 Mio.). Dem standen Eingänge auf abgeschriebenen Forderungen und unmittelbar bonitätsbedingte Veräußerungsgewinne in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds in Höhe von EUR 0,7 Mio. (2021: EUR 0,2 Mio.) gegenüber.

Marktpreisrisiko

Das **Marktpreisrisiko** wird definiert als Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von

Risikofaktoren ergibt. Als Risikofaktoren gelten hier Zinsen (risikolose Zinskurve), Spreads, Währungen und Aktien. Optionen werden innerhalb der betroffenen Risikokategorien abgebildet.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie definiert. Die Aufbauorganisation des Handelsgeschäfts orientiert sich an den Anforderungen der MaRisk. Die Einheit Treasury und Syndizierung umfasst das Handelsgeschäft in Zinsprodukten und Devisen sowie das Aktiv-Passiv-Management, das die Zinsrisiken aus dem Bankbuch aktiv steuert; die Einheit Portfolio- und RWA-Management verantworten das Sales-Geschäft in Zinsprodukten und Devisen. Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt in der Einheit Handelsmanagement. Für die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken sowie für die methodische Entwicklung des hierzu erforderlichen Instrumentariums ist das Risikocontrolling verantwortlich. Die SaarLB limitiert sowohl Marktpreisrisiken des Handelsbuchs als auch Marktpreisrisiken des Anlagebuchs, insbesondere Zinsänderungs- und Spread Risiken, nach einem einheitlichen Value-at-Risk (VaR)-Ansatz: Das Risikocontrolling überwacht die Zinsänderungsrisiken in mehreren Sparten und berücksichtigt dabei nicht nur die Risiken aus dem Handel im engeren Sinne, sondern auch aus den Positionen des Aktiv-Passiv-Managements, welche wesentliche Zinsänderungsrisiken der Bank beinhalten können.

Die Risiken aller Sparten fließen in die Risikotagesmeldung mit einer Haltedauerannahme von 10 Handelstagen und einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,9 % ein. Bei der Zusammenfassung der Risiken werden Korrelationen außer Acht gelassen, die eine risikoreduzierende Darstellung ermöglichen würden. Die Risikokennzahlen werden grundsätzlich mittels einer historischen Simulation berechnet, wobei die verwendeten Zeitreihen regelmäßig aktualisiert werden. In der Sparte Devisen-Bankbuch und -Sales erfolgt die Risikoberechnung mit Hilfe von Risikoparametern, die auf weit in die Vergangenheit reichenden Zeitreihen basieren. Die Risikoparameter werden ebenfalls regelmäßig aktualisiert.

Abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse legt der Vorstand je Sparte eine Verlustpotenzialobergrenze (VaR-Limit) und je Handelsbuchsparte ein Verlustlimit fest. Zu keinem Zeitpunkt darf der in einer Sparte täglich errechnete Value at Risk das zugeordnete VaR-Limit überschreiten. Für die als davon-Positionen ausgewiesenen Teilportfolien der Sparte Zinsbuch gesamt ist kein VaR-Limit, sondern lediglich eine Warnschwelle implementiert. Der Grad der Limitauslastung berücksichtigt zusätzlich den Ist- Ergebnisbeitrag der nicht barwertig gesteuerten Handelsparten: Verluste kürzen das Risikolimit (bzw. erhöhen den Netto-VaR). Die VaR-Limits können durch vom Handelsvorstand festgelegte Richtwerte für Bestandsobergrenzen und sonstige restriktive Vereinbarungen fallweise ergänzt werden.

Der Verlust einer Handelsbuchsparte darf das Verlustlimit nicht übersteigen. Strategiesparten werden zwar durch ein VaR-Limit begrenzt, Verlustlimits werden aufgrund der Dauerhalteabsicht aber nicht gesetzt.

Beim VaR werden Brutto- und Netto-VaR unterschieden. Während der Brutto-VaR ausschließlich das Risiko aus bestehenden offenen Positionen angibt, werden bei Handelsbuchparten in den Netto-VaR negative operative Ergebnisse einbezogen (selbstverzehrendes Limit).

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der im Berichtszeitraum eingegangenen Risiken aus offenen Positionen pro Sparte (Brutto-VaR und Limitauslastung). Dabei lassen sich die Zinsänderungsrisiken den Sparten Zinsbuch gesamt und Renten-Sales zuordnen, die Aktienkursrisiken der Sparte Spezialfonds (Aktien) und die Währungsrisiken der Sparte Devisen Bankbuch und Sales:

Brutto-VaR (in Mio. EUR) und Limitauslastung (in %)	31.12.2022	12-Monats-Zeitraum (31.12.2022 – 31.12.2021)				31.12.2021	
		Maximum		Durchschnitt			
		Brutto-VaR	Auslastung	Brutto-VaR	Auslastung		
Zinsbuch gesamt	-29,2	-31,3	78,2 %	-18,7	57,1 %	-10,8	
davon Benchmark	-26,2	-26,7	82,2 %	-18,3	67,6 %	-10	
davon Abw. zur Benchmark	-2,8	-7,7	102,5 %	-3,2	55,4 %	-2	
Spezialfonds (Aktien)	-	-	-	-	-	-	
Renten - Sales	-	-	-	-	-	-	
Devisen Bankbuch und Sales	-1,7	-2,1	82,7 %	-1,4	54,1 %	-0,8	
Gesamt	-30,8	-33	77,1 %	-20,1	55,7 %	-11,6	

Die Berichterstattung an alle am Risikoüberwachungs- und -steuerungsprozess beteiligten Bereiche einschließlich Vorstand erfolgt jeweils zu Beginn eines Handelstages. Die Darstellung umfasst operative Ergebnisse und ihre Veränderung zum Vortag sowie VaR und VaR-Limitauslastung des vorangegangenen Handelstages.

Für den unter Berücksichtigung der negativen operativen Ergebnisse ermittelten (Netto-) VaR wurden aus der Risikodeckungsmasse der SaarLB zum Berichtsstichtag Limits in Höhe von insgesamt EUR-43,25 Mio. (zum 31.12.2021: EUR-23,25 Mio.) auf die einzelnen Sparten allokiert. Die Anpassung der Kapitalallokation und der Limits wurde aufgrund der Risikoerhöhung infolge des deutlichen und schnellen Zinsanstiegs v.a. im zweiten Quartal 2022 erforderlich. Das beschriebene Instrumentarium wird laufend den sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Insbesondere werden die verwendeten Risikoquantifizierungsmethoden im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens regelmäßig validiert und entsprechend fortentwickelt. Die Risikoparameter werden jährlich aktualisiert.

Im Berichtsjahr konnte ein sehr deutlicher Anstieg der Zinsen über alle Stützstellen beobachtet werden. Es handelte sich dabei um einen Anstieg der risikolosen Zinsstrukturkurve (SWAP €STR) im 10-Jahres Bereich von 0,09 % am 31.12.2021 auf 2,98 % am 31.12.2022, der die Barwertentwicklung negativ beeinflusst hat. Die Zinsentwicklung wird täglich vom Marktbereich beobachtet, welcher in geringem Umfang bewusst Positionen im Rahmen der Benchmarksteuerung eingeht und so das Zinsänderungsrisiko im vorgegebenen Limitsystem steuert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden die Verlustpotenziale des 1-Jahres VaR auf Basis von 1-Jahres Zinsveränderungen mittels historischer Simulation ermittelt. Über die Quantifizierung des ICAAP-Risikokapitalbedarfs hinaus erfolgen hier auch zukunftsorientierte Analysen unter Annahme außergewöhnlicher Marktpreisänderungen (Stressszenarien).

Für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch werden zum Berichtsstichtag die Barwertänderungen aus den sechs Zinsschockszenarien gemäß den Vorgaben des BaFin Rundschreibens 06/2019 – Zinsänderungsrisiken quantifiziert. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Szenarien, die neben Parallelverschiebungen, einer Versteilung und Verflachung auch kurzfristige An- und Abstiege des Zinsniveaus abbilden. Die Barwertänderungen aus den Parallelverschiebungen werden zur Ermittlung des Supervisory Outlier Test Gesamtkapital (GK) ins Verhältnis zum haftenden Eigenkapital gesetzt. Der aufsichtliche Frühwarninkator (Supervisory

Outlier Test T1) errechnet sich als Quotient aus dem maximalen Barwertverlust aus den sechs beschriebenen Szenarien und dem Kernkapital. Im Berichtszeitraum lagen die geltenden Outlier-Kennzahlen jeweils unter den aufsichtsrechtlichen Schwellenwerten.

Das Credit Spread-Risiko wird quartalsweise im Rahmen der RTF-Rechnung quantifiziert und überwacht. Dabei wird mit Hilfe der sog. Prognosewertsimulation der (barwertige) Wert eines Papiers am Ende des Prognosezeitraums (dieser liegt aktuell bei einem Jahr) unter Berücksichtigung von szenariospezifischen Spread-Ausweitungen sowie unter Annahme einer gleichbleibenden Zinskurve ermittelt. Das Risiko errechnet sich, indem der Erwartungswert dem gestressten Prognosewert gegenübergestellt wird. Die der Berechnung zugrundeliegenden Spread-Zuschläge werden dabei aus einer Historie, die bis in das Jahr 2003 zurückreicht, abgeleitet. Die Zeitreihe wird regelmäßig fortgeschrieben. Die Steuerung erfolgt in der Einheit Portfoliomanagement, die Überwachung durch Risikocontrolling, die Limitierung im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung.

Liquiditätsrisiko

Definition

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen. Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko umfasst darüber hinaus auch das Marktliquiditätsrisiko.

- Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko bezeichnet das Risiko, fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllen zu können. Unter Marktliquiditätsrisiko versteht die SaarLB das Risiko, aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen am Markt liquidieren zu können.
- Das Refinanzierungsrisiko ist definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten bzw. des Refinanzierungsvermögens. Damit beschreibt es das Risiko negativer Konsequenzen aus Änderungen der Refinanzierungskonditionen bzw. durch Abweichungen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur.

Risikomessung und -limitierung

Die ökonomische Messung von Liquiditätsrisiken untergliedert sich in zwei Teilbereiche: die Zahlungsunfähigkeitssicht und die wertorientierte Sicht.

Die Messung des **Zahlungsunfähigkeitsrisikos** erfolgt im Wesentlichen anhand der Gegenüberstellung von kumulierter Liquiditätsablaufbilanz und kumuliertem Liquiditätsdeckungspotenzial. Dabei werden u.a. Wochensicht (Betrachtungszeitraum zehn Handelstage) und Steuerungssicht (Betrachtungszeitraum 90 Tage) unterschieden. Die Liquiditätsablaufbilanz stellt alle Zahlungsein- und -ausgänge in saldierter Form kumulativ gegenüber. Sie umfasst alle Liquiditätsabläufe (Zahlungsein- und -ausgänge) der Bank, die sich aus deterministischen Zahlungsströmen sowie aus auf Basis von Annahmen modellierten, relevanten nichtdeterministischen Zahlungsströmen (z.B. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder Sichteinlagen) zusammensetzen. Das dem gegenüberstehende Liquiditätsdeckungspotenzial zeigt die Möglichkeiten der Bank auf, durch den Verkauf oder die Beleihung von Vermögensgegenständen sowie durch ergänzende Maßnahmen, wie z.B. Pfandbriefemissionen, Liquidität zu generieren.

Als Kennziffern des Zahlungsunfähigkeitsrisikos werden insbesondere die Time-to-Illiquidity sowie die Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials im Basis-Szenario sowie in verschiedenen Stress-Szenarien gemessen und limitiert. Die Time-to-Illiquidity gibt an, zu welchem Zeitpunkt kumulierte Liquiditätsunterdeckungen erstmals nicht mehr durch das zur Verfügung stehende kumulierte Liquiditätsdeckungspotenzial gedeckt werden können. Nach den Anforderungen der MaRisk darf die Time-to-Illiquidity in der Wochensicht fünf Handelstage (gem. BTR 3.2 MaRisk) und in der Steuerungssicht einen Monat (gem. BTR 3.1 MaRisk) nicht unterschreiten.

Time-to-Illiquidity	31.12.2022	31.12.2021	Delta
Wochensicht	2 bis 3 Monate	2 bis 3 Monate	0
Monatssicht (Szenario Kombination)	4 bis 5 Monate	3 bis 4 Monate	+1 Laufzeitband

Die Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials beschreibt das Verhältnis zwischen Liquiditätsbedarf aus der Liquiditätsablaufbilanz und dem zur Verfügung stehenden Liquiditätsdeckungspotenzial für den Zeitraum der jeweils kommenden 90 Tage.

Max. Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials innerhalb von 90 Tagen (in %)	31.12.2022	31.12.2021	Delta %-Punkte
Szenario Bankstress	67,8 %	63,7 %	4,1 %
Szenario Marktstress	66,3 %	59,6 %	6,7 %
Szenario Kombination	85,1 %	85,4 %	-0,3 %

In der **wertorientierten Liquiditätssteuerung** werden für Steuerungszwecke die Kennzahlen Liquiditätsbarwert und Liquiditäts-Value at Risk (LVaR) betrachtet. Der Liquiditätsbarwert entspricht der Differenz aus Liquiditätsnutzenbarwert und Liquiditätskostenbarwert. Der LVaR zeigt das wertorientierte Refinanzierungskostenrisiko in Form einer negativen Veränderung des Liquiditätsbarwerts unter einer unerwarteten Veränderung der ungedeckten Refinanzierungskonditionen zu gegebenen Konfidenzniveaus in einem Jahr. Für beide Kennzahlen liegen interne Steuerungslimits vor, die regelmäßig überwacht werden. Gemäß Risikoinventur für das Jahr 2022 wurde das Refinanzierungsrisiko wieder als wesentlich eingestuft und ist daher seit dem 01.01.2022 Teil der regelmäßigen Berichterstattung.

Darüber hinaus werden Konzentrationen im Liquiditätsrisiko hinsichtlich ausreichender Diversifikation der Refinanzierungsquellen (inkl. der Einlegerstruktur) und des Liquiditätsdeckungspotenzials überwacht. Dies erfolgt durch die Überwachung und Analyse der unterschiedlichen Produkte der Passivseite, insb. aber der variablen Einlagen der größten Kunden sowie des Liquiditätsdeckungspotenzials hinsichtlich der relevanten Emittentenbranchen und -länder.

Die Refinanzierung der Bank erfolgt zum Berichtsstichtag vorwiegend über gedeckte und ungedeckte Emissionen (69 %) Der Refinanzierungsanteil aus variablen Kundeneinlagen (inkl. Kündigungsgelder) beläuft sich insgesamt auf 19 % und zeigt sich gut diversifiziert: Der größte Einleger (auf Kundenebene) nimmt einen Anteil von 7 % (31.12.2021: 5 %) ein.

Die Diversifikation des Liquiditätsdeckungspotenzials (Aktivseite) wird auf der Ebene der Emittentenbranchen und -länder betrachtet:

Top 5 Länder (in Mio. EUR und %)	31.12.2022		31.12.2021	
	Volumen	Prozent	Volumen	Prozent
Deutschland	517	68 %	430	61 %
Frankreich	70	9 %	53	7 %
Niederlande	38	5 %	66	9 %
Kanada	31	4 %	10	1 %
Portugal	30	4 %	36	5 %
sonstige Länder	79	10 %	115	17 %
Gesamtsumme	765	100 %	710	100 %

Neben der Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit stellt die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine strenge Nebenbedingung für das Liquiditätsrisikomanagement der SaarLB dar.

Im Rahmen der Ermittlung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) werden die liquiden Aktiva den kurzfristigen Nettoabflüssen der nächsten 30 Tage gegenübergestellt (gem. Delegierter Verordnung (EU) 2015/61). Die aufsichtsrechtliche Mindestquote liegt zum Berichtsstichtag bei 100 %. Für Zwecke der internen Steuerung werden Limits definiert, die über den aufsichtsrechtlichen Mindestvorgaben liegen.

Liquidity Coverage Ratio (in Mio. EUR) gem. delVO	31.12.2022	31.12.2021	Delta
LCR	191 %	200 %	-9 %
HQLA	2.742	2.537	205
Outflows	1.707	1.549	158
Inflows angerechnet	272	279	-7

Die Reduktion der LCR trotz gestiegener High Quality Liquid Assets (HQLA) ist auf einen Anstieg der Outflows sowie gesunkenen anrechenbarer Inflows zurückzuführen.

Bei der Net Stable Funding Ratio (NSFR) liegt der Fokus auf der Sicherstellung einer stabilen Refinanzierung über einen Zeitraum von einem Jahr. Sie stellt die verfügbaren stabilen Refinanzierungen den benötigten stabilen Refinanzierungen gegenüber. Die aufsichtsrechtliche Mindestquote liegt zum Berichtsstichtag bei 100 %. Für Zwecke der internen Steuerung werden Limits definiert, die über den aufsichtsrechtlichen Mindestvorgaben liegen. Per 31.12.2022 beträgt die NSFR 115 %, womit diese (ebenso wie die LCR) sowohl über den aufsichtsrechtlichen als auch internen Limits liegt.

Alle dargestellten Instrumentarien sind Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand und sind in den MaRisk-Risikobericht integriert.

Risikoabsicherung und -limitierung

Insbesondere die dargestellten ökonomischen Kenngrößen Time-to-Illiquidity (Wochen- und Monatssicht) und Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials werden entsprechend den Vorgaben der MaRisk limitiert. Gemäß diesen Anforderungen darf die Time-to-Illiquidity in der Wochensicht fünf Handelstage und in der Steuerungssicht einen Monat nicht unterschreiten. Für die interne Steuerung werden in beiden Fällen Kennziffern gefordert, die über den aufsichtsrechtlichen Vorgaben liegen.

Für die aufsichtsrechtlichen Kennziffern werden ergänzend zu den externen Vorgaben interne, strengere Schwellenwerte definiert.

Im Berichtszeitraum konnten die Limits der ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Risikomessung stets eingehalten werden.

Die SaarLB verfügt über ein Liquiditätsdeckungspotenzial, das sich unter anderem aus Wertpapieren, bei der Deutschen Bundesbank eingereichten Kreditforderungen und dem Deckungsregisterpotenzial zusammensetzt. Das Liquiditätsdeckungspotenzial dient dazu, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen taggleich abgedeckt werden können. Die SaarLB steuert den kurzfristigen Liquiditätsbedarf in der Art, dass passive Überhänge im Overnight-Bereich jederzeit durch den frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld gedeckt sind. Ergänzend hierzu enthält das Liquiditätsdeckungspotenzial einen Puffer, den sogenannten Intraday Cash-Bedarf, der zur Absicherung des Intraday-Liquiditätsrisikos dient.

Des Weiteren wird mittels Funding-Instrumenten auf eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur hingewirkt, um die Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der Bank auch mittel- und langfristig sicherzustellen.

Der Vorstand betrachtet die aktuelle Liquiditätsausstattung der SaarLB als angemessen hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen und internen (ökonomischen) Liquiditätsanforderungen sowie des zugrunde liegenden Risikoprofils der Bank.

Die Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten (ohne Bauspareinlagen, außerbilanzielle Verbindlichkeiten) stellen sich wie folgt dar:

31.12.2022 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	432	536	768	2.424
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.843	782	602	1.641
Verbrieftete Verbindlichkeiten	290	231	2.416	2.309
Nachrangkapital	0	0	13	174
Insgesamt	3.565	1.549	3.799	6.548

31.12.2021 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	423	275	1.890	1.514
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.045	628	1.026	1.628
Verbrieftete Verbindlichkeiten	105	475	2.184	1.845
Nachrangkapital	0	0	16	159
Insgesamt	2.572	1.377	5.115	5.147

Im Berichtszeitraum war der SaarLB der Zugang zu Refinanzierungsmitteln über den Geld- und Kapitalmarkt jederzeit möglich. Die Bank konnte ihre mittel- und langfristige Refinanzierung über die Emission von börsennotierten Pfandbriefen und ungedeckten Schuldtiteln sicherstellen. Im Berichtszeitraum hat die Bank Mittel bei der EZB lediglich in Form von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO III) aufgenommen, welche im Dezember 2022 vollständig i.H.v. EUR 700 Mio. zurückgezahlt wurden.

Operationelles Risiko

Allgemeines

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder von externen Einflüssen eintreten.

Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere die Risikounterarten Rechts-, Modell-, Personal- und Informationssicherheits-Risiken. Strategische Risiken und Reputationsrisiken sind in der Definition nicht enthalten.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind in der Leitlinie „OpRisk-Management und -Controlling“ der SaarLB dokumentiert. Messung und Limitierung operationeller Risiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie.

Die Steuerung operationeller Risiken erfolgt dezentral in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei jeder Bereich eigenverantwortlich für den Umgang mit den in seine Zuständigkeit fallenden operationellen Risiken ist. Dies umfasst insbesondere die Vorbeugung gegen Risiken aus möglicherweise unvollkommenen Geschäftsprozessen sowie menschlichem Fehlverhalten. Durch Notfallpläne und den Einsatz paralleler Systeme sollen Beeinträchtigungen aus

unvorhergesehenen Ereignissen – insbesondere auch im technischen Bereich – vermieden oder zumindest gemildert werden. Die Notfallpläne werden regelmäßig den sich ändernden aufbau- und ablauforganisatorischen Gegebenheiten angepasst und die Systeme fortlaufend modernisiert.

Zu den Aufgaben der Rechtsabteilung der SaarLB gehört die Minimierung rechtlicher Risiken aus Vertragsgestaltungen, Normen des nationalen und internationalen Rechts sowie Prozessen und Gerichtsentscheidungen. Risiken aus schwelenden Rechtsstreitigkeiten werden im Jahresabschluss berücksichtigt.

Für alle o. g. Risikounterarten wurden überdies Risikounterartenverantwortliche bestimmt, die für die Steuerung der jeweiligen Risikounterart zuständig sind.

Die Überwachung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Risikocontrolling. Das verwendete Instrumentarium umfasst derzeit drei Komponenten: Zum einen erfolgt die systematische Sammlung der in der SaarLB aufgetretenen operationellen Schadenfälle in einer Schadendatenbank. Zum anderen wird die vorausschauende Beurteilung des OpRisk-Profils durch turnusmäßige Self-Assessments aller Organisationseinheiten der SaarLB sowie die hierzu jeweils erforderliche Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Hauses abgefragt. Zudem werden Szenarioanalysen als Verfahren zur zukunftsgerichteten Identifikation und Beurteilung operationeller Risiken eingesetzt. Auf den Ergebnissen der Szenarioanalysen basiert die interne Quantifizierung des operationellen Risikos. Die SaarLB wendet zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen aus operationellen Risiken den Standardansatz nach CRR an.

In einem turnusmäßigen, in den MaRisk-Risikobericht integrierten Berichtswesen werden die aufgetretenen Schadenfälle sowie die Ergebnisse der Self-Assessments und der Szenarioanalysen aufbereitet.

Im Berichtsjahr wurden 24 Schadenfälle (2021: 31) in Gesamthöhe von rd. EUR 1,4 Mio. (2021: EUR 1,4 Mio.) netto, d.h. unter Berücksichtigung von Schadenteilung, Schadenminderung, Versicherungsleistungen und indirekten Kosten, beobachtet. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals in Höhe von EUR 21,2 Mio. (2021: EUR 20,7 Mio.).

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bezeichnen die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Rechtsrisiken fallen unter die Definition der operationellen Risiken gemäß CRR.

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten sowie in Rückstellungen, die sich aufgrund von Klagen Dritter gegen die SaarLB ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB gegen Dritte erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles Risiko, sondern ein Kreditrisiko, sodass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

In der SaarLB obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung.

Die SaarLB ist in eine insgesamt geringe Anzahl von Gerichts- und Streitschlichtungsverfahren involviert, die der Höhe nach unwesentlich sind. Diese Verfahren umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Ansprüchen aus Sicherheiten. Sofern diesen Klagen stattgegeben würde, könnten daraus für die SaarLB Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen in einer insgesamt überschaubaren Höhe folgen.

Die SaarLB bildet Rückstellungen für die Gerichtsverfahren entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften. Für Prozessrisiken wurden zum 31.12.2022 Rückstellungen von insgesamt EUR 0,46 Mio. (zum 31.12.2021: EUR 0,49 Mio.) gebildet.

Zusammenfassung der Risikolage

Sowohl in der einjährigen als auch in der mehrjährigen normativen Sicht überstiegen sämtliche Kennziffern im Berichtszeitraum die laut Risikostrategie geltenden Schwellenwerte, sodass die normative Risikotragfähigkeit uneingeschränkt gegeben war.

Die SaarLB verfügt über eine Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Die Liquiditätslage hat im Berichtszeitraum jederzeit die aufsichtsrechtlichen und internen (ökonomischen) Liquiditätsanforderungen erfüllt.

RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 289 Absatz 4 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat die Landesbank Saar ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsyste (rIKS) als Teil des bankweiten IKS eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das rIKS auch dazu, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsysteins ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Organisation

Der Vorstand der SaarLB trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche insbesondere adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen rechnungslegungsbezogenen Risiken umfasst. Hierbei wird der Vorstand insbesondere durch den Unternehmensbereich Finanzen und Controlling mit der Abteilung Finanzen, durch die Abteilungen Anwendungsmanagement und IT-Controlling sowie dem Unternehmensbereich Strategie und Stab mit der Abteilung Projekt- und Prozessmanagement und durch die Interne Revision unterstützt.

Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

Finanzen

Die Abteilung Finanzen ist bei der Landesbank Saar für die Erstellung des Jahresabschlusses, die Entwicklung von Bilanzierungsrichtlinien, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Abschlusses sind weitere Fachabteilungen eingebunden.

Zu den Aufgaben der Abteilung Finanzen gehören in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung. Dies beinhaltet insbesondere die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für die SaarLB relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Rechnungslegung, die in Bilanzierungsvorgaben innerhalb des Anweisungswesens, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche in Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rIKS.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und führt auch Prüfungshandlungen für die LBS, LBS Immobilien GmbH und LBS Vertriebs GmbH durch. Sie ist dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse, auch, soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

In der SaarLB unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risikosteuerung und -überwachung.

Das interne Kontrollsyste basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rIKS sind

- die im Rahmen von sogenannten Neue-Produkte-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Prozess- und Anweisungsportal der SaarLB dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Geschäftsvorfällen/Verträgen sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Darüber hinaus erstellt die Abteilung Finanzen zu jedem Stichtag eine sogenannte Jahres- bzw. Halbjahresabschlussanweisung, die neben gesetzlichen Neuerungen, vor allem die von den jeweiligen Fachbereichen vorzunehmenden wesentlichen Erstellungsarbeiten (einschließlich erforderlicher Nachweisungen) und einen Terminplan enthält.

Weitere Regelungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle von Geschäftsdaten liegen in der jeweiligen Abteilung vor; diese Anweisungen werden dezentral erstellt und bei Bedarf aktualisiert. Sie werden von der Abteilung Finanzen auf Angemessenheit kontrolliert.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken der SaarLB.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, werden in der SaarLB eine Vielzahl von internen Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu gewährleisten. Innerhalb des Abschlusserstellungsprozesses werden von der Abteilung Finanzen über das Vier-Augen-Prinzip hinaus die fachlich richtige Abbildung der Abschlussbuchungen in Stichproben kontrolliert und Plausibilisierungen hinsichtlich der in den Abschluss einbezogenen Daten durchgeführt.

Die SaarLB hat einen Teil ihrer Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche werden dabei in das interne Kontrollsyste im Rahmen des Auslagerungscontrollings einbezogen. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

Bei einem Auslagerungsunternehmen, der Finanz Informatik (FI) als zentrales IT-Dienstleistungsunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 2022 Prüfungen nach § 44 Abs. 1 (2) KWG durchgeführt. Über das Prüfungsergebnis und die weitere Vorgehensweise hinsichtlich Berichterstattung wurde der Vorstand der SaarLB informiert. Nach dem Ergebnis der Prüfung wurden wesentliche Defizite in bestimmten IT-Prozessen und damit im internen Kontrollsysteem des ausgelagerten Bereichs festgestellt. Maßnahmen zur Mängelbeseitigung und ein Maßnahmenarbeitsplan wurden mit Vertretern der BaFin sowie der Deutschen Bundesbank besprochen. Die Maßnahmenarbeit erfolgt risikoorientiert, wichtige Maßnahmen sind bereits gestartet. Die regelmäßige Nachverfolgung der Prüfungsfeststellungen einschließlich der Kommunikation der abgestimmten Maßnahmen durch die SaarLB wird über die vertraglich vereinbarte Berichterstattung der FI sichergestellt. Über den Stand der Abarbeitung der Feststellungen und der Umsetzung der Maßnahmen wird die SaarLB quartalsweise informiert, ebenfalls wird das Ergebnis der Prüfungshandlungen der Prüfungsstellen quartalsweise zur Verfügung gestellt. Um sicherzustellen, dass die festgestellten Kontrolldefizite keine Auswirkungen auf die Rechnungslegung des Jahres 2022 haben, wurden zusätzliche Plausibilitätsbeurteilungen, Analysen und manuelle beleghafte Kontrollmaßnahmen im Rahmen des Prozesses der Jahresabschlusserstellung durchgeführt. Dabei ergaben sich keine Feststellungen und Hinweise auf potenzielle Fehler in der Rechnungslegung.

PRONOSE- UND CHANCENBERICHT

Die Geschäftsplanung und erwartete Ergebnisentwicklung der SaarLB beruht auf Annahmen hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, die im Abschnitt „Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ dargestellt sind, insbesondere in Bezug auf die für die SaarLB relevanten Märkte. Diese Annahmen sind jedoch mit Unsicherheiten behaftet. Eine Abweichung der tatsächlichen Marktentwicklung kann zu negativen, wie auch positiven Abweichungen in der künftigen Ertragslage der Bank führen.

Eine Änderung der Geschäftsstruktur bzw. des Geschäftsmodells der Bank als deutsch-französische Bank ist nicht geplant. Die SaarLB wird im kommenden Geschäftsjahr ihre Aktivitäten in Frankreich durch die kürzlich erfolgte Eröffnung eines Vertriebsstandorts in Lyon intensivieren. Zudem wird über die Beteiligung an der neu gegründeten Gesellschaft S-International Saar Pfalz GmbH & Co. KG die SaarLB ihre Aktivitäten im Bereich des dokumentären Auslandsgeschäfts, des Zins- Währungs- und Rohstoffmanagements, des Auslandszahlungsverkehrs und der Außenhandelsfinanzierungen für ihre Kunden bündeln und gemeinsam mit den beteiligten Partnern aus dem Finanzverbund ausbauen.

Die Rentenreform (insb. Erhöhung des Mindestalters für den Renteneintritt) in Frankreich wurde nach langen Verhandlungen im März 2023 eingeführt, um eine drohende Lücke in der Rentenkasse zu schließen. Die Opposition ist in diesem Zusammenhang mit zwei Misstrauensanträgen gegen die französische Regierung gescheitert. Nach dem sehr knappen Ergebnis beim Misstrauensvotum ist das politische Ansehen der französischen Regierung beschädigt. Zudem ist von weiteren landesweiten Protesten und Streiks auszugehen.

Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die SaarLB die nachfolgend dargestellte Geschäftsentwicklung:

ERWARTETE WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts, der die konjunkturelle Lage und die Erwartung der deutschen Unternehmen widerspiegelt, lag im Dezember 2022 bei 88,6 Punkten. Nachdem der Lageindikator sechsmal in Folge gefallen war, ist er im Dezember 2022 erstmals wieder gestiegen. Die Unternehmen bewerten die aktuelle Geschäftslage wieder besser. Auch die Erwartungen für das erste Halbjahr 2023 sind gestiegen. Somit hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft verbessert. In der im Dezember 2022 veröffentlichten ifo-Konjunkturprognose erwartet das ifo Institut für 2023 einen Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um -0,1 % gegenüber dem Vorjahr und eine Inflationsrate (harmonisiert) von 6,4 %. Gemäß Monatsbericht Dezember 2022 der Deutschen Bundesbank wird für 2023 ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (preisbereinigt) um -0,5 % gegenüber dem Vorjahr und eine Inflationsrate (harmonisiert) von 7,2 % prognostiziert.

Das zum Jahresende 2022 veröffentlichte Konjunkturbarometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) erreicht 82,8 Punkte und liegt somit unter der 100-Punkte-Marke, die für ein durchschnittliches Wachstum steht. Dieses Niveau berücksichtigt die stabile Gasversorgung trotz der kalten Temperaturen im Winterhalbjahr und dass eine schwere Rezession zunehmend unwahrscheinlicher wird. Impulse für den privaten Konsum und somit auch für den Dienstleistungssektor werden durch die Entlastungspakete der Bundesregierung erwartet. Dennoch sind weiterhin globale Risiken vorhanden. Die deutsche Wirtschaft wird zunehmend durch die abgekühlte Weltwirtschaft belastet. Des Weiteren könnte die Abkehr Chinas von den strikten Corona-Eindämmungsmaßnahmen dort zu einer Infektions- und Krankheitswelle führen, die die Lieferkettenprobleme womöglich wieder verstärkt.

Gemäß der IHK des Saarlandes verharrt der IHK-Erwartungsindikator im Dezember 2022 mit -28,9 Zählern im negativen Bereich. Trotz der absehbaren Entlastungen durch die staatlichen Maßnahmenpakete im Energiebereich ist die Investitions- und Konsumbereitschaft weiterhin gering und die Gesamtbelastung der Unternehmen und Verbraucher dagegen weiterhin hoch. Daher sind weder von den Investitionen noch vom Konsum Wachstumseffekte absehbar. Aufgrund der Eintrübung des weltwirtschaftlichen Umfeldes sind auch keine spürbaren Wachstumsimpulse vom Außenhandel zu erwarten. Das gesamtwirtschaftliche Umfeld bleibt unter diesen Umständen schwierig.

Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Frankreich

Projektionen für das Wirtschaftswachstum in Frankreich sind abhängig von verschiedenen Faktoren. Während die Auswirkungen der Corona-Pandemie weitestgehend unter Kontrolle scheinen, können der Verlauf des Ukraine-Krieges, die Entwicklung der Energiekrise sowie der Inflation erheblichen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum in Frankreich nehmen. Laut der Konjunkturprognose des ifo Instituts von Dezember 2022 wird für das französische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 ein Anstieg um 0,6 % erwartet. Gemäß Prognosen der Banque de France soll das Bruttoinlandsprodukt in Frankreich im Jahr 2023 um 0,3 % zulegen und das Niveau der Inflation bei 6 % liegen, wobei für die erste Jahreshälfte von einem Spitzenwert von über 6 % ausgegangen wird. Für die zweite Jahreshälfte wird eine Inflation von ca. 4 % prognostiziert. Laut Germany Trade & Invest (GTAI) werden durch die Inflation sowie die steigenden Energie- und Finanzierungskosten die Investitionen der öffentlichen Hand 2023 geringer

ausfallen als ursprünglich angesetzt. GTAI verweist dabei auf eine Umfrage der Association des Maires de France, der Vertretung der Bürgermeister Frankreichs, laut der 71 % der Kommunen Frankreichs ihre Investitionen für 2023 zurückstellen. Auch die privaten Haushalte werden sich voraussichtlich beim Konsum zurückhalten. Die erhöhten Kosten für Benzin, Energie Lebensmittel sowie die auslaufenden Preisdeckelungen sorgen für Unsicherheit. Die im Jahr 2023 erwarteten durchschnittlichen Lohnerhöhungen von 3,7 % werden nicht ausreichen, um die Preissteigerungen vollständig zu kompensieren.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ist darauf ausgerichtet, die Gefahr einer dauerhaften Erhöhung der Inflationserwartung entgegenzuwirken. Die Straffung der Geldpolitik durch entsprechende Zinsanpassungen sowie Anpassungen der Ankaufprogramme dürfte im Prognosezeitraum somit fortgesetzt bzw. beibehalten werden.

PROGNOSA ZUR ENTWICKLUNG DER BANK UND DER WESENTLICHEN FINANZIELLEN LEISTUNGSDIKAOTOREN

Die Corona-Pandemie hat sich im Vergleich der Vorjahre soweit verbessert, dass zum Jahresende 2022 fast alle Maßnahmen seitens der Regierung zurückgenommen wurden. Es ist auch zu erwarten, dass die Corona-Pandemie in Deutschland – wie bereits in anderen Ländern geschehen – im Jahr 2023 offiziell als beendet deklariert wird. Somit sieht die SaarLB aus der Corona-Pandemie für 2023 keine wesentlichen Auswirkungen mehr. Belastend wirken hingegen der Russland-Ukraine-Krieg, die nach wie vor noch labilen Lieferketten, die Energieknappheit, die hohe Inflation sowie die deutlichen Zinsschritterhöhungen der EZB zur Inflationsbekämpfung, welche eine Reduzierung der Investitionsbereitschaft erwarten lassen.

Durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen rechnet die SaarLB mit einem gegenüber 2022 geringeren Neugeschäft, das sich sowohl im Zinsergebnis, als auch bei den Kreditprovisionen niederschlägt. Daher unterstellt die SaarLB für das kommende Geschäftsjahr keine nennenswerte Steigerung der Zins- und Provisionserträge. Das sonstige betriebliche Ergebnis war im abgelaufenen Geschäftsjahr u.a. durch Auflösungen von Rückstellungen und von einmaligen Effekten in der LBS beeinflusst, die sich im Geschäftsjahr 2023 voraussichtlich nicht wiederholen werden. Daher rechnen wir für das sonstige betriebliche Ergebnis mit einem Nettoergebnis, das unter dem aktuellen Niveau liegen wird. In Summe erwartet die SaarLB für das Geschäftsjahr 2023 **operative Erträge**, etwas oberhalb des Niveaus von 2022 (EUR 153,5 Mio.).

Für den **Verwaltungsaufwand** geht die Bank gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr von sehr leichten Verbesserungen aus, da sich die Kostensteigerungen im Jahr 2022 aufgrund eines Einmaleffektes durch erhöhte Aufwendungen aus der Zuführung von Pensionsrückstellungen und anderen personalbezogenen Rückstellungen nicht wiederholen werden. Dem gegenüber stehen insbesondere regulatorisch verursachte Kostensteigerungen (z.B. Bankenabgabe und Sicherungsreserve) und Auswirkungen durch die Inflationsentwicklung.

Der Wegfall von zusätzlichen Aufwendungen für Pauschalwertberichtigungen durch Erstanwendung des neuen IDW RS BFA 7 im Geschäftsjahr 2022, sowie einer planerisch angesetzten konservativen Kreditrisikovorsorge entsprechend eines Expected Loss-Ansatzes und unter Berücksichtigung möglicher zusätzlicher Auswirkungen aufgrund des gesamtwirtschaftlichen und geopolitischen Umfeldes, führt zu einer Einschätzung von einem nahezu gleichbleibendem

Bewertungsergebnis aus dem Kredit-, Beteiligungs- und Wertpapiergeschäft inklusive der Veränderungen zu den Reserven nach §§ 340f und 340g HGB im Geschäftsjahr 2023.

Nach Berücksichtigung der oben genannten Ergebniseffekte in den operativen Erträgen, im Verwaltungsaufwand sowie im Bewertungsergebnis, erwartet die SaarLB für 2023 ein **Ergebnis vor Steuern**, vergleichbar dem Niveau des Vorjahres (EUR 47,1 Mio.).

Die Eigenkapitalausstattung der Bank wird durch die Gewinnthesaurierung aus dem Jahresergebnis 2022 und die Wandlung von § 340f- in § 340g HGB-Reserven gestärkt werden.

Bei den aufsichtsrechtlichen Risikopositionen geht die SaarLB im kommenden Jahr durch die bereits beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Umstände von einer spürbaren Steigerung aus.

Insgesamt folgt daraus eine **CET1-Quote**, die geringfügig unter dem aktuellen Wert von 13,35 %, aber nach wie vor sehr deutlich über den aktuellen regulatorischen Anforderungen liegen wird.

Der **Return on Equity** wird insbesondere aufgrund der gestiegenen Eigenkapitalbasis bei einem erwarteten gleichbleibenden Ergebnis vor Steuern voraussichtlich auf dem aktuellen Niveau von 6,1 % liegen.

Durch die nahezu stabilen operativen Erträge und die leichten Verbesserungen im Verwaltungsaufwand rechnet die SaarLB bei der **Cost-Income-Ratio** ebenfalls mit einer sehr leichten Verbesserung der Quote gegenüber dem Vorjahreswert (58,2 %).

Weitere Unsicherheitsfaktoren können sich aus der bestehenden Energiekrise, der Inflations- bzw. Zinsentwicklung, wie auch aus einer Zuspitzung der geopolitischen Lage ergeben; dies insbesondere vor dem weiter andauernden Russland-Ukraine-Krieg sowie den festgesetzten Wirtschaftssanktionen.

Zwar unterhält die SaarLB keine direkten Kundenbeziehungen bzw. hat keine Korrespondenzbanken in den derzeit betroffenen Staaten Ukraine und Russland, dennoch könnten sich indirekt Auswirkungen zu Kunden ergeben, die ihrerseits Kundenbeziehungen bzw. Engagements und Absatzmärkte in den betroffenen Staaten unterhalten bzw. unterhalten haben. Auch können Lieferketten wieder unterbrochen bzw. weiterverarbeitende Produktionen durch ausfallende Zulieferungen behindert werden, welche unmittelbare Auswirkungen auf die Unternehmen und deren Finanzlage haben könnten. Insgesamt geht die SaarLB jedoch weiterhin von einem für sie beherrschbaren Risiko aus.

Saarbrücken, 28. März 2023

Landesbank Saar
Der Vorstand

JAHRESABSCHLUSS DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2022

BILANZ ZUM 31.12.2022 DER LANDESBANK SAAR

Aktivseite

		31.12.2022		31.12.2021
		EUR	EUR	EUR
				TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			0,00	0
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			44.589.114,01	1.953.312
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	EUR	44.589.114,01		(1.953.312)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	44.589.114,01
				0
				1.953.312
2. Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen			0,00	0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	EUR	0,00		(0)
b) Wechsel			0,00	0,00
				0
				0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			2.573.427.959,48	302.724
b) andere Forderungen			161.039.078,72	2.734.467.038,20
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR	0,00		(0)
Kommunalkredite	EUR	158.169,29		(257)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	0,00		(0)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	0,00		(0)
sonstige Baudarlehen	EUR	0,00		(0)
4. Forderungen an Kunden			13.312.808.021,98	12.573.975
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR	1.601.530.746,47		(1.472.427)
Kommunalkredite	EUR	4.370.353.075,16		(4.050.792)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	41.125.998,14		(30.517)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	579.314.304,98		(578.810)
sonstige Baudarlehen	EUR	512.445.538,50		(528.209)
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	EUR	972.215.093,90		(980.009)
			Übertrag*:	16.091.864.174,19
				14.912.123

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

					Passivseite
			31.12.2022	31.12.2021	
		EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			211.409.892,03		172.180
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			3.948.383.612,68		3.928.790
darunter:					
begebene Hypotheken-Namens-pfandbriefe	EUR	70.251.855,08			(65.207)
begebene öffentliche Namens-pfandbriefe	EUR	259.084.245,09			(243.874)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00			(0)
und öffentliche Namenspfand-briefe	EUR	0,00			(0)
c) Bauspareinlagen			23.889.564,89	4.183.683.069,60	35.284
darunter:					4.136.254
auf gekündigte Verträge	EUR	0,00			(0)
auf zugeteilte Verträge	EUR	0,00			(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungs-frist von drei Monaten		112.877,42			115
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		4.015.409,55			4.068
ac) Bauspareinlagen		949.445.436,79	953.573.723,76		913.903
darunter:					918.086
auf gekündigte Verträge	EUR	3.416.851,41			(5.292)
auf zugeteilte Verträge	EUR	26.032.167,08			(22.547)
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.048.015.366,15			1.984.272
bb) mit vereinbarter Laufzeit					
oder Kündigungsfrist		3.815.568.878,26	5.863.584.244,41	6.817.157.968,17	3.338.144
					5.322.416
darunter:					6.240.502
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	90.030.909,32			(85.025)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	1.101.832.774,82			(1.108.752)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00			(0)
und öffentliche Namenspfand-briefe	EUR	0,00			(0)
			Übertrag*:	11.000.841.037,77	10.376.756

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Aktivseite

			31.12.2022	31.12.2021
		EUR	EUR	EUR
			Übertrag*:	TEUR
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	0,00		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		214.315.626,24		255.019
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	214.315.626,24		(255.019)
bb) von anderen Emittenten		650.402.906,74	864.718.532,98	591.259
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	600.677.435,76		(545.317)
c) eigene Schuldverschreibungen			74.750.769,82	939.469.302,80
Nennbetrag	EUR	81.500.000,00		(13.700)
				860.035
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			240.257.162,45	207.655
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			13.073.411,33	12.881
darunter:				
an Kreditinstituten	EUR	1.359.913,77		(1.360)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR	0,00		(0)
an Wertpapierinstituten	EUR	0,00		
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			325.000,00	325
darunter:				
an Kreditinstituten	EUR	0,00		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR	0,00		(0)
an Wertpapierinstituten	EUR	0,00		
9. Treuhandvermögen			56.899,96	57
darunter:				
Treuhandkredite	EUR	0,00		(57)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
		Übertrag*:	17.285.045.950,73	15.189.405

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

				Passivseite	
		EUR	EUR	EUR	TEUR
			Übertrag*:	11.000.841.037,77	10.376.756
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			5.245.930.053,11		4.621.774
darunter:					
Hypothekenpfandbriefe	EUR	472.722.771,12			(417.250)
öffentliche Pfandbriefe	EUR	1.795.458.201,75			(1.102.700)
sonstige Schuldverschreibungen	EUR	2.977.749.080,24			(3.102.824)
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			0,00	5.245.930.053,11	0
darunter:					4.621.774
Geldmarktpapiere	EUR	0,00			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	EUR	0,00			(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				56.899,96	57
darunter:					
Treuhandkredite	EUR	0,00			(57)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				35.194.726,47	32.424
6. Rechnungsabgrenzungsposten				104.677.381,27	90.871
darunter:					
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	14.115.866,69			(19.549)
andere	EUR	0,00			(71.322)
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			45.980.859,59		41.437
b) Steuerrückstellungen			3.577.830,31		5.844
c) andere Rückstellungen			21.331.912,62	70.890.602,52	20.221
					67.502
7a. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung				21.000,00	21
			Übertrag*:	16.457.611.701,10	15.189.405

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	17.285.045.950,73	15.189.405
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		0,00	2.045.089,00	2.521
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00	2.045.089,00	0
				2.521
12. Sachanlagen			2.623.442,41	2.543
13. Sonstige Vermögensgegenstände			39.898.785,39	32.761
14. Rechnungsabgrenzungsposten			99.427.821,53	98.060
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	42.065.076,89		(39.821)
andere	EUR	57.362.744,64		(58.239)
15. Aktive latente Steuern			37.923.801,83	33.647
	Summe der Aktiva		17.466.964.890,89	16.162.608

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	16.457.611.701,10	15.189.405
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			186.800.000,00	174.800
9. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	EUR	0,00		(0)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken			256.253.856,84	254.833
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	636.000,00		(600)
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Stammkapital		254.619.407,03		254.619
ab) stille Einlagen		0,00	254.619.407,03	0
				254.619
b) Kapitalrücklage		69.084.905,58		69.085
c) Gewinnrücklagen				
ca) Satzungsmäßige Rücklagen		77.551.842,69		74.344
cb) andere Gewinnrücklagen		136.171.784,16	213.723.626,85	117.779
				192.123
d) Bilanzgewinn		28.871.393,49	566.299.332,95	27.743
				543.570
Summe der Passiva			17.466.964.890,89	16.162.608

1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00	0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	367.178.881,83	367.193
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	367.178.881,83
		367.193

2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00	0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.285.523.583,89	1.285.523.583,89
		1.354.997
		1.354.997

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER LANDES BANK SAAR FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2022

		2022		2021
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	262.752.496,60			252.146
darunter:				
Zinserträge der Bausparkasse				
aus Bauspardarlehen	EUR 1.005.011,40			(904)
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR 12.516.800,81			(12.978)
aus sonstigen Baudarlehen	EUR 10.001.141,02			(10.814)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	4.850.720,98	267.603.217,58		4.874
				257.020
2. Negative Zinsen aus Geldanlagen				
a) Negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	-3.730.672,50			-10.937
b) Negative Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	0,00	-3.730.672,50	263.872.545,08	0
				-10.937
3. Zinsaufwendungen				246.083
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft		133.992.762,66		124.258
darunter:				
für Bauspareinlagen	EUR 7.067.311,69			(8.146)
4. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen				
Positive Zinsen aus dem Bankgeschäft (Geldaufnahmen)		5.423.782,50	128.568.980,16	8.389
			135.303.564,92	115.869
				130.214
5. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		6.214.034,83		4.915
b) Beteiligungen		1.514.285,76		622
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	7.728.320,59	0
				5.537
6. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			58.743,47	297
		Übertrag*:	143.090.628,98	136.048

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

	EUR	2022	EUR	2021
		EUR	EUR	TEUR
		Übertrag*:	143.090.628,98	136.048
7. Provisionserträge		24.760.813,68		22.241
darunter:				
Provisionserträge der Bausparkasse				
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	EUR 6.193.040,34			(5.399)
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	EUR 0,00			(0)
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR 0,00			(0)
8. Provisionsaufwendungen		15.690.776,56	9.070.037,12	14.959
darunter:				7.282
für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	EUR 8.887.207,47			(8.295)
9. Nettoertrag des Handelsbestandes			323.234,00	397
darunter:				
Zuführung zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR 0,00			(45)
10. Sonstige betriebliche Erträge			5.912.954,01	5.408
darunter:				
Ergebnis aus der Währungs-umrechnung	EUR 0,00			(143)
11. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		34.145.704,99		33.510
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		13.682.123,88	47.827.828,87	8.696
darunter:				42.206
für Altersversorgung	EUR -66.650,80			(2.720)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		39.942.420,97	87.770.249,84	37.752
				79.958
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagegüter und Sachanlagen			1.479.490,19	1.409
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen			4.885.800,19	6.223
darunter:				
Ergebnis aus der Währungs-umrechnung	EUR 127.150,99			(0)
14. Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie aus der Bildung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			13.933.208,60	13.968
		Übertrag*:	50.328.105,29	47.577

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

	EUR	2022	EUR	2021
				TEUR
		Übertrag*:	50.328.105,29	47.577
15. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		1.385.000,00		1.985
16. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken		0,00	-1.385.000,00	
				-1.985
17. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		1.877.401,76		278
18. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		380.874,04	-1.496.527,72	241
				-37
19. Aufwendungen aus Verlustübernahme			39.798,41	42
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			47.406.779,16	45.512
21. Außerordentliche Erträge		0,00		0
22. Außerordentliche Aufwendungen		344.858,80		345
23. Außerordentliches Ergebnis			-344.858,80	-345
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		14.961.433,66		14.380
darunter:				
Latente Steuern	EUR	-4.532.742,70		(3.020)
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen		21.160,60	14.982.594,26	-38
				14.342
26. Jahresüberschuss			32.079.326,10	30.825
27. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in satzungsmäßige Rücklagen		-3.207.932,61		3.083
b) in andere Gewinnrücklagen		0,00	-3.207.932,61	0
				3.083
28. Bilanzgewinn			28.871.393,49	27.742

* Diese Übertragszeilen sind nicht geprüft.

EIGENKAPITALSPIEGEL

Die Darstellung des Eigenkapitalspiegels erfolgte auf Grundlage des Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 22 in der Fassung vom 22. September 2017. Der Eigenkapitalspiegel gibt Auskunft über die Entwicklung des Eigenkapitals der SaarLB.

in TEUR	Gezeichnetes Kapital		Kapital- rücklage	Gewinnrücklagen		Bilanzgewinn	Eigenkapital
	Stammkapital	Stille Einlagen		Satzungs- mäßige Rücklagen	Andere Gewinn- rücklagen		
Stand 01.01.2022	254.619	-	69.085	74.344	117.779	27.742	543.570
Einstellungen/Entnahmen stille Einlagen	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Kapitalrücklage	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	-	-	-	3.208	18.392	-21.600	-
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-9.350	-9.350
Sonstige Veränderungen	-	-	-	-	-	-	-
Jahresüberschuss	-	-	-	-	-	32.079	32.079
Stand 31.12.2022	254.619	-	69.085	77.552	136.172	28.871	566.299

Ausschüttungssperren bestehen im Zusammenhang mit aktiven latenten Steuern und Pensionsrückstellungen i.H.v. TEUR 40.213 (31.12.2021: TEUR 36.733). Zu weiteren Einzelheiten vgl. Anhang Nr. (14).

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahrs, aufgeteilt in die Bereiche „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“.

Der ausgewiesene Finanzmittelfonds entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Der Finanzmittelfonds unterliegt keinen Verfügungsbeschränkungen.

Als Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wertpapieren (soweit nicht Finanzanlagevermögen) und Derivaten sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Die Zahlungsvorgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur laufenden Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge des Finanzanlagevermögens, der Sachanlagen und des immateriellen Vermögens.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungen an stille Gesellschafter sowie Veränderungen aus Nachrangkapital.

in TEUR	2022	2021
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	32.079	30.825
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	20.316	9.129
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	5.655	4.989
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-5.052	-417
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-331	54
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-271	-558
Zwischensumme	20.317	13.197
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	-2.348.784	49.744
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-749.087	-465.975
Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht	-55.767	35.685
Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-4.772	-41.242
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.429	362.956
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	576.655	159.358
Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	617.000	475.000
Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	16.577	33.418
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-143.091	-247.298
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	345	332
Ertragsteueraufwand/-ertrag	14.961	14.680
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	265.378	278.255
Gezahlte Zinsen	-121.413	-23.878
Außerordentliche Einzahlungen	0	0
Außerordentliche Auszahlungen	-36	-45
Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-25.537	-21.559
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.857.746	653.453
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	-995	95.252
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-53.034	-168.055
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	-863	3
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-80	-1.288
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	-76	0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	-321
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-55.048	-74.409
Einzahlungen/Auszahlungen aus Eigenkapitalzuführungen/Eigenkapitalherabsetzungen	1.421	-32.970
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-9.350	-9.350
Sonstige Auszahlungen	0	-
Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	12.000	2.000
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	4.071	-40.320
Finanzmittelfonds zum Ende der Vorperiode	1.953.312	1.414.590
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.857.746	653.453
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-55.048	-74.409
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	4.071	-40.320
Finanzmittelfonds zum Ende der Periode	44.589	1.953.314

Der Rückgang des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergibt sich aus der Anlage eines Großteils der Barreserve als Einlagefazilität bei der Deutschen Bundesbank i. H. v. TEUR 2.100.000; diese ist in den Forderungen an Kreditinstituten und nicht in der Barreserve auszuweisen. Ein entsprechender Mittelabfluss liegt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht vor, die Liquiditätslage ist demnach hiervon unberührt.

ANHANG

Die SaarLB hat ihren Sitz in Saarbrücken und ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Saarbrücken (HRA 8589) eingetragen.

ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

(1) GRUNDLAGEN

Der Jahresabschluss der SaarLB für das Geschäftsjahr 2022 (Geschäftsjahr) wurde nach den Vorschriften des HGB, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach dem allgemeinen Formblatt der RechKredV gegliedert. Die für Pfandbriefbanken sowie für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten wurden in Form von Darunterangaben ergänzt, da sie nicht den Geschäftsschwerpunkt der Bank darstellen. Die Anhangangaben zum Bausparkassengeschäft sind in einem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Saar (LBS) enthalten.

Eine Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 290 Abs. 5 HGB besteht nicht, da nur Tochterunternehmen vorhanden sind, die nach § 296 Abs. 2 HGB nicht in einen Konzernabschluss einbezogen werden brauchen.

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die SaarLB nach § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung und einen Eigenkapitalspiegel erweitert.

(2) WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Fremdwährungsaktiva und -passiva sind nach § 256a HGB zu den zum 31. Dezember 2022 gültigen EZB-Referenzkursen umgerechnet worden. Die Kassageschäfte werden zum Stichtagskassakurs umgerechnet, für die schwebenden Termingeschäfte wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil aufgespalten.

Da die Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte pro Währung durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Berücksichtigung von Aufwendungen und Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 340h HGB) saldiert in den sonstigen betrieblichen Erträgen (Vorjahr in den sonstigen betrieblichen Erträgen).

Insgesamt beläuft sich der Betrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden auf TEUR 113.222 bzw. TEUR 88.978.

(3) BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Ansatz von Vermögensgegenständen, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträgen wird nach den Vorschriften der §§ 246 ff. HGB, die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden nach den Bewertungsvorschriften in den §§ 252 ff. HGB vorgenommen – soweit nicht in §§ 340a ff. HGB Sonderregelungen für Kreditinstitute kodifiziert sind.

Die Barreserve ist mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Forderungen werden mit dem Nennbetrag angesetzt. Agien und Disagien werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen für Forderungen sowie Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen Rechnung getragen. Die Höhe der notwendigen Einzelwertberichtigungen wird durch Gegenüberstellung der Kreditinanspruchnahme und des Barwerts der zukünftig erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Des Weiteren wird für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen, bei denen keine objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen, eine Pauschalwertberichtigung ermittelt. Hierbei ergab sich eine Anpassung der Bewertungsmethode aufgrund der erstmaligen Ermittlung der Pauschalwertberichtigung auf Basis der Regelungen des IDW RS BFA 7 (Bewertungsänderung gem. § 284 Abs 2 Nr. 2 HGB). Im Rahmen einer Bewertungsvereinfachung werden für diejenigen Kreditausreichungen, die im Hinblick auf das Ausfallrisiko und der diesem gegenüberstehenden Bonitätsprämie als ein Teil des vereinbarten Zinssatzes ausgeglichen sind, die Pauschalwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten geschätzt. Hat sich das Adressenausfallrisiko für einzelne Kreditausreichungen im Zeitablauf deutlich erhöht, erfolgt die Ermittlung der erwarteten Verluste über die vereinbarte Restlaufzeit der betroffenen Kreditausreichungen. Der erwartete Verlust ergibt sich aus dem Produkt der geschätzten Ausfallwahrscheinlichkeit mit dem geschätzten Verlust bei Ausfall. Durch den Wechsel dieser Bewertungsmethode wurden nahezu ausschließlich die Forderungen an Kunden aufwandswirksam i. H. v. EUR 10,8 Mio. gemindert.

Außerdem bestehen eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB sowie ein "Fonds für allgemeine Bankrisiken" gemäß § 340g HGB. Die Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB werden aktivisch von den zugrundeliegenden Vermögensgegenständen abgesetzt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden wie Anlagevermögen behandelt, wenn Durchhalteabsicht besteht. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert; vorübergehende Wertminderungen werden gem. §§ 253 Abs. 3 i. V. m. 340e HGB nicht aufwandswirksam erfasst. Eine vorübergehende Wertminderung liegt dann vor, wenn keine objektiven Hinweise auf eine bonitätsbedingte Wertminderung vorliegen und somit die SaarLB davon ausgehen kann, dass die betreffenden Wertpapiere zum Nominalwert zurückgezahlt werden.

Zur präziseren Darstellung der Ertragslage wird der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Die Bewertung der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert, unabhängig von der Dauer einer Wertminderung.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind mit Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Wertpapierleihegeschäfte werden wie echte Pensionsgeschäfte i.S.d. § 340b Abs. 2 HGB bilanziert: Die Erfassung eines Zugangs (Entleihe) bzw. eines Abgangs (Verleihe) wird nicht vorgenommen. Verliehene Wertpapiere werden nach den Regelungen der §§ 253 Abs. 3 bzw. Abs. 4 i. V. m. 340 e Abs. 1 HGB bewertet, bei entliehenen Wertpapieren erfolgt keine Bewertung des Wertpapiers. Bonitätsmängeln des Entleihers wird durch die Bildung einer Risikovorsorge Rechnung getragen.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Das Treuhandvermögen wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Gegenstände des Sachanlagevermögens sowie immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer bewertet.

Die Nutzungsdauer bemisst sich nach den erwarteten Verläufen des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens und berücksichtigt daher den physischen Verschleiß; technische oder gewerbliche Veralterungen werden hierbei unabhängig von dem erwarteten physischen Verschleiß berücksichtigt.

Bei dauerhafter Wertminderung wird eine außerplanmäßige Abschreibung erfasst. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennbetrag oder dem niedrigeren Wert gem. § 253 Abs. 4 HGB angesetzt.

Die SaarLB ermittelt aktive und passive latente Steuern unter Anwendung des § 274 Abs. 1 HGB und weist diese saldiert in der Bilanz aus. Bei der Ermittlung der latenten Steuern zum 31. Dezember 2022 wurde ein Steuersatz von 32,94% (31.12.2021: 32,94%) zugrunde gelegt.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien werden gem. § 250 Abs. 3 HGB in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß den Vorschriften des § 253 Abs. 2 S. 2 HGB gebildet. Der Berechnung liegen ein Rechnungszinsatz von 1,79 % p.a., ein Anwartschaftstrend von 2,5 % p.a. sowie ein Rententrend von 2 % p.a. zu Grunde.

Grundlage des Rechnungszinssatzes bildete der von der Deutschen Bundesbank Ende September 2022 veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei der gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Zinssatz wurde gemäß IDW RS HFA 30 n. F. Tz. 65 auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Pensionsrückstellungen werden gemäß den Sterbewahrscheinlichkeiten der Heubeck-Richttafeln 2018 G unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens dotiert. Von der Übergangsvorschrift gemäß Art 67 Abs. 1 EGHGB wird Gebrauch gemacht, d. h. der sich durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BILMoG) bei den Pensionsrückstellungen zum 31.12.2009 ergebende Unterschiedsbetrag wird über einen Zeitraum von 15 Jahren verteilt (siehe dazu auch „Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung“). Die aus diesem Grund nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen belaufen sich zum 31.12.2022 auf einen Betrag von TEUR 690 (31.12.2021: TEUR 1.035). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf TEUR 2.289 (31.12.2021: TEUR 3.342). Für ihn besteht eine Ausschüttungssperre.

Vermögensgegenstände i.H.v. TEUR 715 (31.12.2021: TEUR 691), die ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen und wurden daher mit den Schulden gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB verrechnet. Bei diesen Vermögensgegenständen handelt es sich um Ansprüche (Rückkaufswerte) aus Rückdeckungsversicherungen, deren Anschaffungskosten TEUR 715 (31.12.2021: TEUR 691) betragen. Die Anschaffungskosten entsprechen den beizulegenden Zeitwerten. Der Erfüllungsbetrag der Schulden weist eine Höhe von TEUR 715 (31.12.2021: TEUR 691) auf. Zinsaufwendungen i. H. v. von TEUR -1,3 (31.12.2021: TEUR -0,8) wurden mit Zinserträgen in entsprechender Höhe verrechnet.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen gemäß § 253 Abs. 1 S. 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank nach § 253 Abs. 2 S. 4 HGB veröffentlichten, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Rückstellungen für Jubiläums- und Altersteilzeitverpflichtungen wurden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2018 G ermittelt. Die Jubiläumsrückstellungen wurden unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens, einer Fluktuationsrate von 2,5 % und eines Rechnungszinses von 1,45 % gebildet. Dabei wurde der Rechnungszins für eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren (§ 253 Abs. 2 S. 2 HGB) zugrunde gelegt. Bei den Altersteilzeitrückstellungen wurde ein Rechnungszins von 0,41 % und ein Gehaltstrend von 2,5 % zugrunde gelegt. Die Abzinsung der Verpflichtungen erfolgte unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen mittleren Restlaufzeit von zwei Jahren. Basis für die Rechnungzinssätze bildeten die von der Deutschen Bundesbank Ende September 2022 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätze gemäß § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB, die auf das Jahresende hochgerechnet wurden.

Die Bildung einer Rückstellung für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten im Bankbuch wird entsprechend den Vorgaben des § 340a i. V. m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB sowie der IDW Stellungnahme IDW RS BFA 3 n. F. geprüft (verlustfreie Bewertung). In die Ermittlung eines eventuellen Verpflichtungsüberschuss im Rahmen der verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuchs sind neben der

Bewertung der Zinsposition des gesamten Bankbuchs auch die zugehörigen Risiko- und Verwaltungskosten miteinzubeziehen. Zur Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuchs wird der barwertige Ansatz verwendet. Zum 31.12.2022 bestand kein Verpflichtungsüberschuss, so dass keine Rückstellung gebildet wurde.

Bei den unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten ist eine Inanspruchnahme nicht überwiegend wahrscheinlich. Diese Einschätzung beruht auf Bonitätsanalysen der jeweiligen Kreditnehmer. Die Inanspruchnahme der unwiderruflichen Kreditzusagen erfolgt auf Basis der vertraglichen Regelungen. Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten keine Einzelposten, die von wesentlicher Bedeutung sind.

Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos bildet die SaarLB Mikro-Bewertungseinheiten. Die Bewertungseinheiten in Form von durchgehandelten Geschäften werden auch handelsrechtlich gemäß § 254 HGB als Mikro-Bewertungseinheit abgebildet. Grund- und Sicherungsinstrument sind dabei Derivate (Nominalvolumen zum 31.12.2022: EUR 3.269 Mio., 31.12.2021: EUR 3.660 Mio.), deren maßgebliche Risikoparameter so aufeinander abgestimmt sind, dass sich die Wertänderungen der Grundgeschäfte und die Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte über die Gesamtlaufzeit der Geschäfte ausgleichen. Da es sich somit um perfekte Sicherungsbeziehungen handelt, erfolgt weder eine Bilanzierung des Grundgeschäfts noch eine Bilanzierung des Sicherungsgeschäfts jeweils im Hinblick auf das abgesicherte Risiko (Einfrierungsmethode). Der Nachweis der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt mittels der critical terms match-Methode. Die Höhe des abgesicherten Risikos beträgt zum 31. Dezember 2022 TEUR 159.827 (31.12.2021: TEUR 126.156).

Derivate des Anlagebuchs werden nicht bilanziert. Im Rahmen der Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuchs werden diese Derivate berücksichtigt.

Anteilige Zinsen aus Zins- und Währungsswaps werden periodengerecht abgegrenzt und unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden bzw. den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen der sichernden Swapgeschäfte werden (netto) in den Zinserträgen oder -aufwendungen ausgewiesen.

ANGABEN ZUR BILANZ

(4) AKTIVA

Nr. in TEUR	Bilanzposten	31.12.2022	31.12.2021
Pos. 3	Forderungen an Kreditinstitute		
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	158	257
	Forderungen an angeschlossene Sparkassen	14.240	8.724
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	435.866	307.182
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	84	-
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23.704	16.235
	nachrangige Forderungen	69.000	56.000
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	5.094.446	4.203.633
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
	ba) von öffentlichen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	214.316	255.019
	bb) von anderen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	640.849	586.259
	börsenfähig, nicht börsennotiert	9.554	5.000
	Nachrangige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	10.000
	c) Eigene Schuldverschreibungen		
	börsenfähig und börsennotiert	74.751	13.757

Nr. in TEUR	Bilanzpositionen	31.12.2022	31.12.2021
Pos. 9	Treuhandvermögen		
	Forderungen an Kunden	57	58
Pos. 12	Sachanlagen		
	vgl. Anlagespiegel		
Pos. 13	Sonstige Vermögensgegenstände		
	Im Wesentlichen sind hier ausgewiesen		
	Ansprüche aus Gewinnabführung	59	298
	Steuererstattungsansprüche	20.055	16.555
	Sicherheitsleistungen	15.054	12.191
	Kunstgegenstände (nicht abnutzbar)	1.542	1.522
	Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsumrechnung	16	0
	Prämien für Optionsgeschäfte	1.327	1.194
Pos. 14	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Disagioabgrenzung von Verbindlichkeiten	2.723	2.617
	Disagioabgrenzung von begebenen Anleihen	10.765	4.474
	Agioabgrenzung aus Forderungen	28.577	32.729
	sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		
	darunter: im voraus bezahlte Zinsen aus Zinsswaps	56.129	57.309

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Anteile.

Anlagespiegel

in TEUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	01.01.2022	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2022
Sachanlagen ¹⁾	21.585	1.008		-	22.593
Immaterielle Anlagewerte	12.417	76		-	12.493
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	12.417	76			12.493
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	855.937	139.849	121.678	-	874.108
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	162.794	34.554	579	-	196.769
Beteiligungen	16.183	338	145	-	16.375
Anteile an verbundenen Unternehmen	325	-	-	-	325
Summe	1.069.242	175.825	122.403	-	1.122.664

in TEUR	Abschreibungen						31.12.2022
	01.01.2022	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen		
Sachanlagen ¹⁾	19.042	928		-	-	-	19.970
Immaterielle Anlagewerte	9.896	551		-	-	-	10.447
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.896	551		-	-	-	10.447
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	12.569	1.366	1.476	-	661	661	11.798
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.391	1.563	-	-	84	84	3.869
Beteiligungen	3.302			-	-	-	3.302
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	-	-	-	-	-	0
Summe	47.200	4.408	1.476	-	745	745	49.386

¹⁾ Davon für eigene Tätigkeit genutzte

- Grundstücke und Gebäude TEUR 0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 2.623

²⁾ Bei den Ab- und Zuschreibungen handelt es sich nahezu ausschließlich um den Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeiträgen, die zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst werden. Die Darstellung der Entwicklung enthält keine anteiligen Zinsen (TEUR 2.771).

Angaben zu Buch- und beizulegenden Zeitwerten

in TEUR	Buchwert		beizulegender Zeitwert	
	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2021
Sachanlagen	2.623	2.543	-	-
Immaterielle Anlagewerte	2.046	2.521	-	-
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizizenzen an solchen Rechten und Werten	2.046	2.521	-	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Wertpapiere mit stillen Lasten	831.503	339.536	733.651	335.668
Wertpapiere ohne stille Reserven und Lasten	29.983	61.400	29.983	61.400
Wertpapiere mit stillen Reserven	824	442.432	844	448.074
Summe	862.310	843.368	764.478	845.142
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
Wertpapiere mit stillen Reserven	192.900	160.403	208.542	170.546
Summe	192.900	160.403	208.542	170.546
Beteiligungen	13.073	12.881	13.073	12.881
Anteile an verbundenen Unternehmen	325	325	325	325
Summe	13.398	13.206	13.398	13.206
Gesamt	1.073.277	1.022.041	986.418	1.028.894

Zu der Bewertung der Wertpapiere vgl. (3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

In den Schuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen behandelt werden, bestehen stillen Lasten von TEUR 97.852 (Vorjahr TEUR 3.868); diese Entwicklung ergibt sich aus dem Anstieg der Zinsen im Jahr 2022. Die Position Schuldverschreibungen mit stillen Reserven enthält Wertpapiere im Buchwert von TEUR 29.983, die weder stille Reserve noch stillen Lasten aufweisen.

Da bei den Schuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen behandelt werden, nach dem Ergebnis unserer Untersuchung keine objektiven Hinweise auf eine bonitätsbedingte Wertminderung vorliegen, werden die Rückgänge der Marktwerte als zinsinduziert angesehen. Die SaarLB kann und will die betreffenden Wertpapiere bis zur Endfälligkeit halten und geht daher von einer Rückzahlung zum Nominalwert aus. Niederstwertabschreibungen wurden daher nicht vorgenommen.

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, enthalten keine stillen Lasten.

Investmentfonds

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

	Buchwert (BW) 31.12.2022 TEUR	Marktwert (MW) 31.12.2022 TEUR	Differenz (MW-BW) TEUR	Ausschüttung 2022 TEUR	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibung 2022 TEUR
Anleihenfonds						
SBLB 2-Fonds	62.193	62.193	0	800	Ja	-
Immobilienfonds						
PATRIZIA IMMO INVEST SAAR	47.251	49.644	2.393	0	Nein	-
Lip Real Estate Investment Fund - Logistics Germany IV	25.000	25.178	178	187	Nein	-
Wagniskapitalfonds						
AIRFI	0	0	-	-	-	-

Bei den Anleihen- und Immobilienfonds handelt es sich um Spezialfonds, bei denen die SaarLB der alleinige Anteilsinhaber ist.

Die tägliche Rückgabemöglichkeit der Anteile des Immobilienfonds LBIImmobilInvest ist am Abschlussstichtag dahingehend beschränkt, dass bei Rückgabe der Anteile ein Rücknahmeabschlag erhoben wird, bei Rückgabe aller Anteile eine Liquidation des Sondervermögens erfolgt und/oder die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile aus Liquiditätsgründen zum Schutze der Anleger befristet verweigern kann.

Die Rückgabe von Anteilen am Lip Real Estate Investment Fund ist nur nach Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten möglich. Des Weiteren kann der Fonds die Rücknahme aus Liquiditätsgründen zunächst für 12 Monate aussetzen mit dem Ziel, Objekte zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Ist dies nicht möglich, folgt eine weitere Frist von 12 Monaten mit dem Ziel, Objekte maximal bis zu 10 % unter dem Verkehrswert zu verkaufen. Danach kann sich eine letzte weitere Frist von 12 Monaten anschließen; hierbei soll der Verkauf von Objekten bis zu 20 % unter Verkehrswert realisiert werden. Ist auch das nicht möglich, käme es zur Abwicklung des Fonds.

Bei dem Alsace Inter Régio Fonds d'Investissement (AIRFI) handelt es sich um einen Wagniskapitalfonds nach französischem Recht. Vom Investitionsvolumen stammen nach den gesetzlichen Bestimmungen jeweils 50 % aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich. Der Fonds hat vor allem im Elsass und im Osten Frankreichs investiert, darüber hinaus sind Engagements in den angrenzenden deutschen und schweizer Regionen möglich. Zielgesellschaften sind kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern und weniger als EUR 75,0 Mio. Bilanzsumme mit Wachstumspotenzial.

(5) PASSIVA

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2022 TEUR	31.12.2021 TEUR
Pos. 1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	228.926	246.269
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	174.877	101.602
Pos. 2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	57	84
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.753	5.796
Pos. 3	Verbriepte Verbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 4	Treuhandverbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	57	58
Pos. 5	Sonstige Verbindlichkeiten		
	In dieser Position sind im Wesentlichen enthalten:		
	Zinsen für stille Einlagen		-
	Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	2.746	2.547
	Erhaltene Optionsprämien	28.042	22.231
	Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	2.171	3.713
	Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	-	2.321
	Geleistete Anzahlungen und andere Verbindlichkeiten	1.550	1.612
Pos. 6	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Agioabgrenzung von Verbindlichkeiten	1.250	1.372
	Agioabgrenzung von begebenen Schuldverschreibungen	14.116	17.390
	Disagioabgrenzung aus Forderungen	14.644	786
	sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		
	darunter: im voraus bezahlte Zinsen aus Zinsswaps	74.667	71.322
Pos. 8	Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Namensschuldverschreibungen	186.800	174.800

Zu nachrangigen Verbindlichkeiten:

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahmen nicht entstehen.

Keine Namensschuldverschreibung übersteigt 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten haben TEUR 178.800 eine Restlaufzeit von mehr als zwei Jahren (31.12.2021 TEUR 174.800).

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten betragen TEUR 5.602 (Vorjahr TEUR 5.384).

Im Falle eines Insolvenzverfahrens oder einer Liquidation erhalten die Gläubiger der nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger Rückzahlungen. Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist nach den Vertrags- bzw. Anleihebedingungen nicht vorgesehen.

(6) FRISTENGLIEDERUNG DER BILANZPOSTEN NACH RESTLAUFZEITEN

Aktiva

Nr.	Bilanzposition	31.12.2022 TEUR	31.12.2021 TEUR
Pos. 3b)	Andere Forderungen an Kreditinstitute		
	bis 3 Monate	100.756	74.346
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	59.199	6.510
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.084	1.256
	mehr als 5 Jahre	-	-
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	bis 3 Monate	786.066	1.059.515
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.193.858	1.027.390
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.769.834	4.825.630
	mehr als 5 Jahre	6.520.936	5.620.224
	Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	42.114	40.440
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	142.999	126.031

Passiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2022 TEUR	31.12.2021 TEUR
Pos. 1b)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	bis 3 Monate	220.849	250.328
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	535.696	274.709
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	767.742	1.889.613
	mehr als 5 Jahre	2.424.096	1.514.140
Pos. 2ab)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – Spareinlagen		
	bis 3 Monate	113	115
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.014	4.067
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1	1
	mehr als 5 Jahre	-	-
Pos. 2bb)	Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	bis 3 Monate	794.825	60.279
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	778.171	623.641
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	601.657	1.025.881
	mehr als 5 Jahre	1.640.916	1.628.343
Pos. 3a)	Begebene Schuldverschreibungen		
	Im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	520.515	581.498

(7) LATENTE STEUERN

Die aktiven und passiven latenten Steuern verteilen sich auf folgende Posten:

in TEUR	2022		2021	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Forderungen	32.583		28.492	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		4.003		4.046
Beteiligungen	75		372	
Anteile an verbundenen Unternehmen	-		-	
Sachanlagen	-		-	
Sonstige Vermögensgegenstände	1.326		1.382	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-		-	
Sonstige Verbindlichkeiten	90		90	
Rückstellungen	7.853		7.100	
Verlustvorträge Körperschaft- und Gewerbesteuer	-		-	
Gesamtsumme latente Steuern (saldiert)	41.927	4.003	37.436	4.046

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die negativen Zinserträge aus dem Geldmarktgeschäft resultieren vor allem aus den über das Mindestreservesoll des Instituts hinausgehende Reserveguthaben bei der EZB. Die positiven Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft resultieren aus Termingeldanlagen sowie längerfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Die negativen Zinserträge und die positiven Zinsaufwendungen werden als eigene Position in der GuV aufgeführt.

Im GuV-Posten 10 „Sonstige betriebliche Erträge“ sind u. a. Erträge aus der Ausbuchung von verjährten Sparguthaben i. H. v. TEUR 1.672, Erträge aus Buchgewinnen auf Optionen bei Fälligkeit mit TEUR 1.167, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. TEUR 1.487, Rückerstattungen von Gerichts-, Anwalts- und Notariatskosten i. H. v. TEUR 454 sowie eine Beitragsrückerstattung des Sparkassenverbands Saar i. H. v. TEUR 330 enthalten.

Im GuV-Posten 11 „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ im Unterposten ab) „Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung“ ist ein aperiodischer Aufwand von TEUR 1.431 ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um eine Fehlerkorrektur in laufender Rechnung, die sich daraus ergibt, dass bei einem Berechtigten bisher anrechenbare vorvertragliche Dienstjahre nicht in der Pensionsrückstellung enthalten waren.

Im GuV-Posten 13 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind vor allem Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit i. H. v. TEUR 1.040, Zinsen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen im Personalbereich i. H. v. TEUR 1.292 sowie aus der Bildung von Rückstellungen für die kulantzweise Rückerstattung von verjährten Sparguthaben i. H. v. TEUR 952 sowie für eine Ausgleichsverpflichtung im Zusammenhang mit der Kooperation mit der Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG i. H. v. TEUR 658 enthalten.

Die GuV-Position 22 „Außerordentliche Aufwendungen“ enthält den sich nach Art 67 Abs. 1 EGHGB ergebenden Jahresbetrag aus der Zuführung von bisher nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen (TEUR 344, vgl. Angabe 3).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen mit TEUR 17.848 auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Erstattungen von Steuern vom Einkommen und vom Ertrag i. H. v. TEUR 2.886 entfallen auf Vorjahre.

Weitere Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung werden im Lagebericht Abschnitt Ertragslage vorgenommen.

SONSTIGE ANGABEN

(8) GEWINNVERWENDUNG

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 32.079.326,10.

Von dem Jahresüberschuss sind vorab gem. § 18 Abs. 1 der Satzung (mindestens) 10% den satzungsmäßigen Gewinnrücklagen zuzuführen. Für das Geschäftsjahr 2022 ergibt sich ein Zuführungsbetrag i. H. v. EUR 3.207.932,61.

Es verbleibt ein Bilanzgewinn i. H. v. EUR 28.871.393,49.

Gem. § 18 Abs. 2 der Satzung wird dem Verwaltungsrat folgende Gewinnverwendung vorschlagen:

	EUR
Zuführung zu den anderen Gewinnrücklagen der SaarLB	19.521.393,49
Ausschüttung auf das Stammkapital	9.350.000,00
	28.871.393,49

(9) NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ergeben.

(10) ANGABEN ZU SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN, DIE NICHT IN DER BILANZ ENTHALTEN SIND

Mietverhältnisse

in TEUR	2022	2021
Künftige Mindestzahlungen aus Mietvereinbarungen (Restlaufzeiten)	6.681	8.276
bis 1 Jahr	2.090	1.978
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.857	5.490
mehr als 5 Jahre	734	809

Die Mietvereinbarungen betreffen Mieten für Immobilien sowie die Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Verträge zur Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung haben eine feste Laufzeit von 4 bzw. 5 Jahren; die Mietverträge für Immobilien haben eine unbestimmte Laufzeit, die Mietzahlungen für ein Jahr sind im Laufzeitband bis 1 Jahr enthalten. Optionen sowie bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betreffen:

in TEUR	2022	2021
Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter	-	-
Nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen	-	-
Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen	15.666	29.386
Zahlungsverpflichtung gegenüber des Sicherungssystems der Sparkassenfinanzgruppe	7.680	5.076
Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	7.374	6.060

Die Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen bestehen gegenüber Kapitalanlagegesellschaften und betreffen den Erwerb von weiteren Fondsanteilen; des Weiteren besteht eine Verpflichtung gegenüber der S-International Saar Pfalz GmbH & Co. KG, Saarbrücken.

Die Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Sicherungssystem der Sparkassenfinanzgruppe und der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung ergeben sich aus dem Sachverhalt, dass ein Teil der festgesetzten Jahresbeiträge in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsverpflichtungen erbracht werden können.

(11) SICHERHEITENÜBERTRAGUNG FÜR EIGENE VERBINDLICHKEITEN

Es wurden Vermögensgegenstände als Sicherheiten i.H.v. TEUR 543.003 übertragen. Diese betreffen zum einen die nachfolgend genannten Verbindlichkeiten:

in TEUR	31.12.2022	31.12.2021
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	166.783	867.287
Insgesamt	166.783	867.287

Der deutliche Rückgang ergibt sich aus der Rückzahlung des sog. TLTRO III – Geschäfts mit der EZB i.H.v. EUR 700 Mio.

Der Gesamtbetrag der Buchwerte der übertragenen Sicherheiten, die zur Teilnahme an Clearingeinrichtungen und standardisierten Börseneinrichtungen hinterlegt werden müssen, beträgt EUR 382,1 Mio. (Vorjahr EUR 41 Mio.). Der Anstieg ergibt sich aus der Entwicklung der Marktwerte von Zinsderivaten, für die Barsicherheiten zu hinterlegen sind.

Für Zwecke der sog. Bankenabgabe sowie des Sicherungssystems der Sparkassenfinanzgruppe sind EUR 15,1 Mio. als Sicherheit übertragen.

(12) ANGABEN ZU NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERTEN DERIVATIVEN FINANZGESCHÄFTEN

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ist die Bank vor allem

- Zinsrisiken
- Währungsrisiken
- Aktien- und sonstigen Preisrisiken sowie
- Adressrisiken

ausgesetzt.

Diesen Risiken wird u.a. durch den Abschluss von Sicherungsgeschäften Rechnung getragen.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die hierbei verwendeten derivativen Finanzinstrumente, deren Nominalbeträge, die Marktwerte sowie die Fristen- und Kontrahentenstruktur zum 31. Dezember 2022.

Dabei wurden als Marktwerte bei

- Börsenkontrakten die Marktpreise
- Optionsgeschäften anerkannte Optionspreismodelle mit aktuellen Parametern sowie
- bei sonstigen derivativen Geschäften Barwertmodelle einschließlich aktueller Zinsstrukturkurven

zugrunde gelegt.

Darstellung der Volumina

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	2022	2021	2022	2022
Zinsrisiken				
Zinsswaps	12.765.389	10.453.968	467.205	-780.583
Swaptions	263.700	227.500	-	-9.293
Caps, Floors	524.090	602.205	5.646	-5.621
Futures	-	-	-	-
Optionen auf Futures	-	-	-	-
Zinsrisiken insgesamt	13.553.179	11.283.673	472.851	-795.497
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	212.734	327.044	4.646	-4.384
Währungsswaps/Zins-Währungsswaps	-	-	-	-
Devisenoptionen	-	-	-	-
- Käufe	-	-	-	-
- Verkäufe	-	-	-	-
Futures*	-	-	-	-
Währungsrisiken insgesamt	212.734	327.044	4.646	-4.384
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Indexoptionen	-	-	-	-
- Käufe	-	-	-	-
- Verkäufe	-	-	-	-
Aktienoptionen	-	-	-	-
- Käufe	-	-	-	-
- Verkäufe	-	-	-	-
Futures	-	-	-	-
Aktien- und sonstige Preisrisiken insgesamt	-	-	-	-
Risiken aus Kreditderivaten				
Sicherungsnehmer	-	-	-	-
Sicherungsgeber	-	-	-	-
Risiken aus Kreditderivaten insgesamt	-	-	-	-
Insgesamt	13.765.913	11.610.717	477.497	-799.881

Fristengliederung

in TEUR	Nominalwerte							
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Risiken aus Kreditderivaten	
2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	324.568	100.000	125.122	172.121	-	-	-	-
bis 1 Jahr	1.140.358	980.000	87.222	154.923	-	-	-	-
bis 5 Jahre	4.297.856	4.106.818	390	-	-	-	-	-
über 5 Jahre	7.790.397	6.096.856	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	13.553.179	11.283.674	212.734	327.044	-	-	-	-

Kontrahentengliederung

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Banken in der OECD	11.361.387	9.462.712	438.186	183.049	-671.760	-295.671
Öffentliche Stellen in der OECD	370.840	357.639	14.958	39.026	-4.983	-
Sonstige Kontrahenten ¹⁾	2.033.686	1.706.236	24.355	88.800	-123.137	-13.354
Insgesamt	13.765.913	11.526.587	477.499	310.875	-799.880	-309.025

¹⁾ Einschließlich Börsenkontrakte

Buchwerte bestehen im Hinblick auf gezahlte und erhaltene Optionsprämien in den Positionen „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“. Diese betreffen mit TEUR 1.327 gezahlte und mit TEUR 28.042 erhaltene Optionsprämien.

(13) ANGABEN ZU AUSSCHÜTTUNGSGESPERRTEN BETRÄGEN

in TEUR	31.12.2022	31.12.2021
Ausschüttungsgesperrte Beträge insgesamt	40.213	36.733
Aktive latente Steuern	37.924	33.391
Unterschiedsbetrag Pensionsrückstellungen	2.289	3.342

Nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB besteht für den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes eine Ausschüttungssperre.

(14) ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

Im Jahresdurchschnitt 2022 waren bei der Bank 493 Mitarbeiter beschäftigt, davon 85 bei der Landesbausparkasse sowie 13 bei der SaarLB France.

Durchschnittlicher Personalstand während des Berichtsjahrs

Jahresdurchschnitt	2022	2021
Beschäftigte insgesamt	493	511
darunter:		
Landesbausparkasse	85	86
davon männlich	34	34
davon weiblich	51	52
SaarLB France	13	11
davon männlich	7	9
davon weiblich	6	2
Männlich	249	253
Weiblich	244	258
Vollzeitbeschäftigte	273	285
Teilzeitbeschäftigte	220	226
Auszubildende	6	4

(15) BEZÜGE DES VORSTANDES UND DES VERWALTUNGSRATES

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betrugen im Geschäftsjahr 2022 TEUR 2.092 (Vorjahr TEUR 2.013), die des Verwaltungsrates TEUR 225 (Vorjahr TEUR 192).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen zum 31. Dezember 2022 TEUR 25.695. Aufgrund der Übergangsregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes sind hiervon TEUR 25.695 zurückgestellt. Die laufenden Versorgungsleistungen betrugen TEUR 1.771.

(16) HONORAR FÜR DEN ABSCHLUSSPRÜFER

in TEUR	2022
Abschlussprüfungsleistungen	813
davon für das Vorjahr	-164
Andere Bestätigungsleistungen	175
davon für das Vorjahr	-61
Sonstige Leistungen	159
davon für das Vorjahr	-1
Insgesamt	1.147

Bei den Angaben für Vorjahre handelt es sich um Auflösungen von Rückstellungen aus dem Vorjahr.

Die anderen Bestätigungsleistungen entfallen im Wesentlichen auf:

- die Prüfung nach § 89 Abs. 1 S. 1 WpHG (Depot-/WpHG-Prüfung)
- betriebswirtschaftliche Prüfungen im Zusammenhang mit dem durch das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe durchgeföhrten Risikomonitoring und mit der erweiterten Zusammenfassungsrechnung nach Artikel 49 Abs. 3 Buchstabe a Ziffer i.V.m. CRR
- Leistungen im Zusammenhang mit der Verfahrensprüfung der Deutschen Bundesbank
- Leistungen bezüglich der Verbandsumlage
- Leistungen bezüglich IPS Finrep

Unter den sonstigen Leistungen sind aufgeführt:

- Leistungen im Zusammenhang mit dem Projekt IT-ReDesign
- Leistungen im Zusammenhang mit einer digitalen Reifegradanalyse

(17) DRITTEN GEGENÜBER ERBRACHTE DIENSTLEISTUNGEN

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

(18) PENSIONS- UND WERTPAPIERLEIHEGESCHÄFTE

Zum 31.12.2022 sind Wertpapierpensionsgeschäfte durchgeführt. Im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften wurden zum 31.12.2022 Wertpapiere i.H.v. TEUR 436.500 nominal (Vorjahr TEUR 504.300) entliehen.

(19) DECKUNGSRECHNUNG FÜR DAS HYPOTHEKEN- UND DAS KOMMUNALKREDITGESCHÄFT

Weitergeführter Alt-Bestand nach § 51 PfandBG

in TEUR	2022	2021
Kommunalkreditgeschäft		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Öffentliche Pfandbriefe	35.000	35.000
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen		
Namensschuldverschreibungen	35.000	35.000
Deckungswerte	40.309	48.529
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten		
Forderungen an Kreditinstitute	3.000	3.000
Forderungen an Kunden	37.309	45.529
Deckungsüberschuss	5.309	13.529

Neubestand**Nominal- und Barwertdeckung**

§ 28 (1) Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress*	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	631,30	566,30	584,45	576,70	543,56	525,75
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	1.069,57	820,85	1.024,45	868,74	950,96	809,56
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Überdeckung in %	69,42 %	44,95 %	75,28 %	50,64 %	74,95 %	53,98 %
Gesetzliche Überdeckung	26,16	*	11,69	*		
Vertragliche Überdeckung	0,00	*	0,00	*		
Freiwillige Überdeckung	412,11	*	428,31	*		

§ 28 (1) Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress*	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	3.104,70	2.406,52	2.734,35	2.603,99	2.323,18	2.132,10
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	4.099,64	3.463,64	3.823,89	3.863,14	3.335,49	3.292,79
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Überdeckung in %	32,05 %	43,93 %	39,85 %	48,35 %	43,57 %	54,44 %
Gesetzliche Überdeckung	124,71	*	54,69	*		
Vertragliche Überdeckung	0,00	*	0,00	*		
Freiwillige Überdeckung	870,23	*	1.034,86	*		

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

Zum 31.12.2022 ergibt sich hinsichtlich der Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie der Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse Folgendes:

§ 28 (1) Nr. 4 und 5 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (in Mio. EUR)	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021

bis zu 6 Monate	60,00	30,00	63,68	33,15	0,00	*
mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	40,00	0,00	151,34	79,92	0,00	*
mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	38,00	60,00	48,78	71,71	60,00	*
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	80,00	40,00	97,64	131,38	40,00	*
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	130,00	78,00	145,79	118,12	118,00	*
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	92,00	130,00	84,56	93,10	130,00	*
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	96,50	92,00	60,38	60,49	92,00	*
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	78,00	119,50	393,84	208,75	159,50	*
über 10 Jahre	16,80	16,80	23,57	24,22	31,80	*

§ 28 (1) Nr. 4 und 5 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (in Mio. EUR)	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021
bis zu 6 Monate	111,00	90,00	163,04	183,18	0,00	*
mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	65,00	20,50	132,48	154,95	0,00	*
mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	130,00	111,00	179,63	109,54	111,00	*
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	193,00	65,00	166,54	105,75	65,00	*
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	255,50	148,00	300,64	301,39	323,00	*
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	159,00	190,00	256,63	256,78	255,50	*
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	92,50	159,00	263,64	212,11	159,00	*
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	1.474,00	978,50	1.084,06	938,47	1.228,50	*
über 10 Jahre	624,70	644,52	1.552,99	1.201,47	962,70	*

Aufschlüsselung Hypothekenregister

„Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen (in Mio. EUR)“	2022		2021	
bis zu 300 TEUR	0,48		0,87	
mehr als 300 TEUR bis zu 1 Mio. EUR	22,52		15,81	
mehr als 1 Mio. EUR bis zu 10 Mio. EUR	407,72		333,33	
mehr als 10 Mio. EUR	598,35		437,34	

„Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I) (§ 28 (2) Nr. 1b und 1c PfandBG) (in Mio. EUR)“	2022		2021	
wohnwirtschaftlich	19,24		19,68	
gewerblich	1.009,84		767,66	

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II) (§ 28 (2) Nr. 1b und 1c PfandBG) (in Mio. EUR) Staat	Stichtag	Eigen-tumwoh-nungen	Ein- und Zwei-familien-häuser	Mehr-familien-häuser	Büro-gebäude	Handels-gebäude	Industrie-gebäude	Sonstige gewerb-lich genutzte Gebäude	Unfertige und noch nicht ertrags-fähige Neubaute	Bauplätze	Summe
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2022	12,63	0,00	6,61		251,59	0,00	262,11	0,00	0,00	672,01
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2021	13,06	0,00	6,62	60,01	228,08	0,00	205,39	0,00	0,00	513,16
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2022	0,00	0,00	0,00		57,45	0,00	34,74	0,00	0,00	357,06
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2021	0,00	0,00	0,00	191,10	57,45	0,00	25,65	0,00	0,00	274,19
Summe	31.12.2022	12,63	0,00	6,61	0,00	309,04	0,00	296,85	0,00	0,00	1.029,07
Summe	31.12.2022	13,06	0,00	6,62	251,11	285,53	0,00	231,04	0,00	0,00	787,35

§ 28 (2) Nr. 2 PfandBG (in Mio. EUR)	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5% der Forderung beträgt	
	2022	2021	2022	2021
keine	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00

Aufschlüsselung Deckungsregister für öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (3) Nr. 1 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Größenklassen (in Mio. EUR)	2022	2021
bis zu 10 Mio. EUR	1.119,16	885,39
mehr als 10 Mio. EUR bis zu 100 Mio. EUR	2.584,39	2.177,25
mehr als 100 Mio. EUR	396,08	401,00

§ 28 (3) Nr. 2 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Staaten und Schuldnerklassen (in Mio. EUR)	Stichtag	Staat	geschul-det von	gewähr-leistet von	Summe	darin enthaltene Gewährleis-tungen aus Gründen der Export-förderung						
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2022	0,00	0,00	153,51	118,60	1.865,12	165,69	178,25	6,38	2.487,56	0,00	
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2021	10,00	0,00	137,59	136,73	1.729,19	127,13	101,78	0,00	2.242,43	0,00	
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2022	92,08	0,00	0,00		1.299,67	28,28	192,05	0,00	1.612,08	0,00	
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2021	44,49	0,00	0,00	0,00	1.056,51	6,78	113,44	0,00	1.221,22	0,00	
Summe	31.12.2022	92,08	0,00	153,51	118,60	3.164,79	193,97	370,30	6,38	4.099,64	0,00	
Summe	31.12.2021	54,49	0,00	137,59	136,73	2.785,70	133,91	215,22	0,00	3.463,65	0,00	

§ 28 (3) Nr. 3 PfandBG Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (in Mio. EUR)	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

§ 28 (3) Nr. 3 PfandBG Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5% der Forderung beträgt (in Mio. EUR)	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Verteilung der Deckungswerte Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs (nominal)	2022		2021	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
Gesamte Deckungsmasse	4.099,64	132,05%	3.463,64	143,93%
davon Ordentliche Deckung nach § 20 (1) PfandBG	4.099,64	132,05%	3.463,64	143,93%
davon Sichernde Überdeckung nach § 4 (1) PfandBG	108,40	3,49%	100,40	4,17%
davon Weitere Deckung nach § 20 (2) PfandBG	0,00	0,00%	0,00	0,00%
davon Sichernde Überdeckung nach § 20 (2) Nr. 3 PfandBG	0,00	0,00%	0,00	0,00%

Weitere Deckungswerte Hypothekenpfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen Staat (in Mio. EUR)	Ausgleichsforderungen i.S.d. § 19 (1) Satz 1 Nr. 2a) und b) PfandBG				Forderungen i.S.d. § 19 (1) Satz 1 Nr. 3a) bis c) PfandBG				Forderungen i.S.d. § 19 (1) Nr. 4 PfandBG		Summe		
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		2022		2021		
	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	
Bundesrepublik Deutschland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	*	40,50	33,50	40,50	33,50
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	*	40,50	33,50	40,50	33,50

Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen Staat (in Mio. EUR)	Ausgleichsforderungen i.S.d. § 20 (2) Satz 1 Nr. 2 PfandBG				Forderungen i.S.d. § 20 (2) Satz 1 Nr. 3a) bis c) PfandBG				Forderungen i.S.d. § 20 (2) Satz 1 Nr. 4 PfandBG				Summe			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		2022		2021	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	*	0,00	0,00	0,00	*	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	*	0,00	0,00	0,00	*	0,00	0,00	0,00

Kennzeichen der begebenen Pfandbriefe**Hypothekenpfandbriefe**

§ 28 (1) Nr. 12 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten (in Mio. EUR)	2022	2021
§19 (1) Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00
§19 (1) Nr. 3 PfandBG	0,00	0,00
§19 (1) Nr. 4 PfandBG	0,00	*

§ 28 (1) Nr. 13 PfandBG Kennzahlen	2022	2021
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	80,67 %	77,26 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	98,42 %	100,00 %

§ 28 (1) Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief- Barwertverordnung) Fremdwährung	Zinsstress-Barwert der Deckungs- massen		Zinsstress-Barwert des Pfandbrief- umlaufs		Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Mio. EUR	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Weitere Kennzahlen	2022	2021
§28 (1) Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen n. § 12 (1), die die Grenzen nach § 13 (1) Satz 2 2. Halbsatz PfandBG überschreiten	Mio. EUR	0,00
§ 28 (1) Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Werte nach § 19 (1), die die Grenzen nach § 19 (1) Satz 7 überschreiten	Mio. EUR	0,00
§ 28 (2) Nr. 4 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	Jahre	5,06
§28 (2) Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	%	52,15%
Ordentliche Deckung (nominal)	Mio. EUR	1029,07%
Anteil am Gesamtumlauf	%	163,01%
		139,03%

Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 12 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten (in Mio. EUR)	2022	2021
§20 (2) Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00

§ 28 (1) Nr. 13 PfandBG Kennzahlen	2022	2021
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	75,87 %	76,50 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	98,39 %	97,51 %

§ 28 (1) Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief- Barwertverordnung) Fremdwährung	Zinsstress-Barwert der Deckungsmas- sen		Zinsstress-Barwert des Pfandbriefum- laufs		Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Mio. EUR	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anteil Derivate

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Derivate.

Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen sowie Zahl der Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Zwangsversteigerungen und keine Zwangsverwaltungen sowie keine Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten.

Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Hypotheken	Betrag in TEUR			
	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	2022	2021	2022	2021
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-	-	-	-

(20) ANTEILSBESITZ

Den Anteilsbesitz der SaarLB gemäß § 285 Ziffer 11 HGB – soweit nicht von untergeordneter Bedeutung (§ 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB) – zum 31. Dezember 2022 zeigt folgende Aufstellung:

Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Eigen- kapital in TEUR	Anteil am Kapital in %	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres in TEUR
1.	LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken	25	100,00	111
2.	LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken	300	100,00	187
3.	S-International Saar Pfalz GmbH & Co. KG, Saarbrücken	880	38,16	n.a., Gründung in 2022
4.	Gekoba-Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten mbH, Saarbrücken	13.898	38,00	626
5.	Saarländerische Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7.864	33,33	73
6.	Saarländerische Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	8.609	30,43	342
7.	GSW-Saarländerische Wohnungsbaugesellschaft mbH, Saarbrücken	13.140	28,57	1.140
8.	NBV Beteiligungs GmbH, Hannover	11.996	21,33	735
9.	Deutsche Crowdinvest GmbH, Saarbrücken	132	20,00	-155
10.	Saarländerische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken	67.382	19,34	1.744
11.	Artelis S.A., Luxemburg	38.151	10,00	2.956

Bei der folgenden großen Kapitalgesellschaft besteht eine Stimmrechtsquote von mehr als 5 %:

- Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Mit den Unternehmen unter Nr. 1 und 2 bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Bei folgendem Unternehmen ist die SaarLB unbeschränkt haftende Gesellschafterin:

- GLB GmbH & Co. OHG, An der Welle 4, 60422 Frankfurt/Main

(21) VERWALTUNGSORGANE DER SAARLB

Verwaltungsrat

Jan-Christian Dreesen

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands
FC Bayern München AG
Vorsitzender

Cornelia Hoffmann-Bethscheider

Präsidentin
Sparkassenverband Saar
Stellvertretende Vorsitzende

Jürgen Barke

Minister
Ministerium für Wirtschaft, Innovation
Digitales und Energie, Saarland

Sarah Benoit

Bankangestellte
Landesbank Saar

Stefan Crohn

Ministerium der Finanzen des Landes
Rheinland-Pfalz

Stefan Götz

Bankangestellter
Landesbank Saar
(ab 09.09.2022)

Frank Humburg

Bankangestellter
Landesbank Saar

Fred Metzken

Geschäftsführer
SHS Struktur-Holding-Stahl
Beteiligungsgesellschaft mbH
(bis 08.09.2022)

Daniela Schlegel-Friedrich

Landrätin
Landkreis Merzig-Wadern

Jan Schneider

Bankangestellter
Landesbank Saar
(bis 08.09.2022)

Thomas Schuh

Bankangestellter
Landesbank Saar

Peter Strobel

Geschäftsführer
Saarland-Sporttoto GmbH
(bis 08.09.2022)

Prof. Dr. Wolfgang Wegener

Co-Chief Executive Officer
Becker Mining Systems AG

Jakob von Weizsäcker

Minister
Minister der Finanzen und
für Wissenschaft, Saarland
(ab 09.09.2022)

Stephan Wilcke

unabhängiger Berufsaufsichtsrat
(ab 09.09.2022)

Beauftragter der Aufsichtsbehörde:

Dominik Becker

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitales und Energie, Saarland
(bis 05.12.2022)

Viviane Kerger

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitales und Energie, Saarland
(ab 06.12.2022)

Vorstand

Dr. Thomas Bretzger
Vorsitzender des Vorstands

Gunar Feth
Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstands

Frank Eloy
Mitglied des Vorstands

Dr. Matthias Böcker
Mitglied des Vorstands
(bis 31.01.2023)

(22) BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Unternehmen und Personen gelten als nahe stehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen der SaarLB gehören zum 31.12.2022:

- das Saarland sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- alle Tochterunternehmen der Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen der Tochterunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen der SaarLB,
- alle Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der Tochterunternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- alle Tochterunternehmen der assoziierten Unternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- der Sparkassenverband Saar sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen
- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält; Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der SaarLB direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Hierzu zählen die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der SaarLB sowie deren nahen Familienangehörigen.
- das Trägerunternehmen für Pensionspläne für SaarLB-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Die SaarLB unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen. Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigten vergleichbaren Geschäften mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Eine Auflistung der wesentlichen Beteiligungsunternehmen der SaarLB befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes, vgl. (18).

Der Gesamtbetrag der den Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern der SaarLB gewährten Kredite sowie erhaltenen Einlagen stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	2022	2021
Forderungen	1	55
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	1	9
Personen in Schlüsselpositionen	-	46
Mitglieder des Verwaltungsrates SaarLB	-	-
Verbindlichkeiten	338	345
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	46	46
Personen in Schlüsselpositionen	139	115
Mitglieder des Verwaltungsrates SaarLB	153	184

Von nahen Familienangehörigen hat die SaarLB Einlagen i. H. v. TEUR 240 (im Vorjahr TEUR 213) erhalten, Forderungen bestanden wie im Vorjahr keine.

(23) MANDATE VON VORSTANDSMITGLIEDERN UND MITARBEITERN IN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSGREMIEN

Während des Berichtsjahres bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (einschl. aller Kreditinstitute, unabhängig von deren Rechtsform):

Frank Eloy

Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

mediserv Bank GmbH, Saarbrücken

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Saar so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Saar beschrieben sind.

Saarbrücken, 28. März 2023

Landesbank Saar

Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger Gunar Feth Frank Eloy

ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS

Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

Die SaarLB betreibt eine Niederlassung in Frankreich mit Sitz in Straßburg, der mehrere „Centre d‘Affaires“ zugeordnet sind.

Folgende Angaben sind vorzunehmen:

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2021
Firmenbezeichnung	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar
Art der Tätigkeit	Betreiben von Bankgeschäften	Betreiben von Bankgeschäften	Vermittlung von Kreditgeschäft	Vermittlung von Kreditgeschäft
geografische Lage	Deutschland	Deutschland	Frankreich	Frankreich
Umsatz ¹	294.572	273.089	4.555	4.389
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten	430,3	451,3	14,1	11,5
Gewinn vor Steuern ¹	46.627	45.077	435	422
Steuern auf Gewinn ¹	14.849	14.254	113	126
erhaltene öffentliche Beihilfen	-	-	-	-

¹ in TEUR

Der Umsatz ergibt sich als Summe aus den Zins- und Provisionserträgen sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen. Die LBS ist in der Landesbank Saar Deutschland enthalten.

Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG

Die Kapitalrendite in der Definition nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettovermögen und Bilanzsumme) beträgt 0,18 % (31.12.2021: 0,19 %).

ESEF-UNTERLAGEN DER SAARLB ZUM 31. DEZEMBER 2022

Die für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts („ESEF-Unterlagen“) mit dem Dateinamen „27-03-2023-17-20_xbrl_file.zip“ (SHA256-Hashwert: 06ea87e92645a2162da5fbf270546e434c9d787fc4e8bb35a44755a0e1cfa426) stehen im geschützten Mandanten Portal für den Emittenten zum Download bereit.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Landesbank Saar, Saarbrücken

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbank Saar, Saarbrücken – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Eigenkapitalspiegel und der Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbank Saar für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der SaarLB zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der SaarLB. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EUAPrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks

weitergehend beschrieben. Wir sind von der SaarLB unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EUAPrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßem Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

■ Angemessenheit der Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Landesbank Saar für Einzelwertberichtigungen verweisen wir auf den Abschnitt „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ in Absatz (3) des Anhangs der SaarLB. Bezüglich der Erläuterung des Risikomanagementsystems verweisen wir auf den Abschnitt „Risikobericht“ des Lageberichts.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Bank weist im Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ zum Abschlussstichtag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Risikovorsorge in Höhe von EUR 13.313 Mio aus. Das entspricht ca. 76,2 % der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr 2022 hat die Bank der Risikovorsorge für Einzelrisiken einen Betrag in Höhe von insgesamt EUR 36,2 Mio zugeführt.

Die Ermittlung der Wertberichtigungen für bonitätsbeeinträchtigte Forderungen an Kunden ist ermessensbehaftet. Sie erfordert Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme aus Zins- und Tilgungsleistungen des Kreditnehmers sowie aus der Verwertung von gestellten Kreditsicherheiten. Zu den wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parametern zählen insbesondere die Engagementstrategie (Fortführungs- oder Verwertungs-szenarien), sowie, in Abhängigkeit von den Verhältnissen des Einzelfalls, die Entwicklung der für die jeweiligen Kreditkunden relevanten Beschaffungs- und Absatzmärkte oder ggf. die Erfolgsaussichten von Reorganisations- oder Sanierungskonzepten der Kunden bzw. im Verwertungsszenario die voraussichtlich erzielbaren Zuflüsse aus der Sicherheitenverwertung.

Für unsere Prüfung war es daher von Bedeutung, dass angemessene Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Bonitätsbeeinträchtigung festgelegt werden und eine Identifizierung solcher Engagements prozessual sichergestellt ist. Darüber hinaus war es für unsere Prüfung von Bedeutung, dass bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigung sachgerechte Annahmen, insbesondere hinsichtlich der Engagementstrategie und der Höhe der erwarteten

Zahlungsströme getroffen werden. Fehlerhafte Annahmen hierüber können dazu führen, dass den akuten Adressenausfallrisiken nicht in angemessener Höhe Rechnung getragen wird und die Forderungen somit unzutreffend bewertet sind.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unter Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt.

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsysteem in Bezug auf die Überwachung und Bewertung der Adressausfallrisiken im Kreditportfolio verschafft. Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsysteins in Bezug auf die Festlegung von Engagementstrategien und die Bestimmung der weiteren wertbestimmenden Annahmen haben wir Befragungen durchgeführt und Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen, um die in dieser Hinsicht relevanten Kontrollen zu identifizieren.

Anschließend haben wir uns von der Ausgestaltung und anhand von Stichproben von der Wirksamkeit dieser Kontrollen überzeugt. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Wirksamkeit der System- und Anwendungssteuerung unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft. Sofern wir Feststellungen zur Angemessenheit oder Wirksamkeit einzelner Kontrollen getroffen haben, haben wir Art und Umfang aussagebezogener Prüfungshandlungen erweitert.

Anhand einer unter Wesentlichkeits- und Risikogesichtspunkten bestimmten bewussten Auswahl von Einzelengagements haben wir untersucht, ob bei den ausgewählten Engagements Kriterien vorliegen, die auf einen Einzelwertberichtigungsbedarf hindeuten. Darauf aufbauend haben wir insbesondere die Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten überprüft. Dabei haben wir, soweit dies auf den Sachverhalt zutraf und zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Bedeutung war, die von der Landesbank Saar herangezogenen Wertgutachten externer Gutachter genutzt und anhand öffentlich verfügbarer Informationen beurteilt, ob deren Annahmen in sachgerechter Weise aus geeigneten internen und externen Quellen abgeleitet wurden. Abschließend haben wir nachvollzogen, ob erforderliche Einzelwertberichtigungen rechnerisch richtig ermittelt wurden.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf sowie die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter bezüglich der Höhe der noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die Höhe der zu erwartenden Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten wurden sachgerecht ausgewählt und im Einklang mit den für die Bemessung von Einzelwertberichtigungen anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet.

■ Angemessenheit der Pauschalwertberichtigung nach IDW RS BFA 7

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Landesbank Saar für die Pauschalwertberichtigung verweisen wir auf den Abschnitt „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ in Absatz (3) des Anhangs der SaarLB. Bezüglich der Erläuterung des Risikomanagementsystems verweisen wir auf den Abschnitt „Risikobericht“ des Lageberichts.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Bank weist im Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ zum Abschlussstichtag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Risikovorsorge in Höhe von EUR 13.313 Mio, Eventualverbindlichkeiten in Höhe von EUR 367,2 Mio sowie unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von EUR 1.285,5 Mio aus. Diese Bestände bilden die Basis zur Bildung der Pauschalwertberichtigung unter Beachtung der „IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung. Risikovorsorge von Pauschalwertberichtigungen für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft von Kreditinstituten („Pauschalwertberichtigungen“)“ (IDW RS BFA 7). Die Pauschalwertberichtigung für latente Ausfallrisiken (PWB) im Kreditgeschäft beträgt zum Stichtag EUR 26,3 Mio.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung zur Abdeckung des latenten Ausfallrisikos von Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie von Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen erfolgt bei der Bank gemäß IDW RS BFA 7 nach einem parameterbasierten Ansatz auf Basis eines Expected-Loss-Modells. Zu den wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parametern zur Bemessung dieser Ausfallrisiken zählen insbesondere die kreditnehmerspezifische Ausfallwahrscheinlichkeit, die Verlustquote bei Eintritt des Ausfallereignisses sowie Annahmen über die erwartete Abrufquote bei Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen, die in hohem Maße ermessensbehaftet sind.

Da die Schätzungen bzw. Ermessensausübungen unter Unsicherheit vorzunehmen sind und einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe der erforderlichen Pauschalwertberichtigung haben, war es im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, dass die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter sachgerecht abgeleitet werden und ordnungsgemäß in dem Expected-Loss-Modell verarbeitet werden, sodass den latenten Adressenausfallrisiken entsprechend der handelsrechtlichen Grundsätze einer vorsichtigen Bewertung Rechnung getragen wird.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsysteins in Bezug auf die Modellierung und Kalibrierung der wertbestimmenden Annahmen und Parameter haben wir Befragungen durchgeführt und Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen, um die in dieser Hinsicht relevanten Kontrollen zu identifizieren. Anschließend haben wir die Angemessenheit, die ordnungsgemäße Implementierung und anhand von Stichproben die Wirksamkeit dieser Kontrollen geprüft. Unsere Prüfungshandlungen umfassten unter anderem Kontrollen hinsichtlich der Herleitung, Validierung und Genehmigung der verwendeten Parameter sowie der ordnungsgemäßen Anwendung der eingerichteten Ratingverfahren, um eine unter kaufmännischen Gesichtspunkten sachgerechte Schätzung der kreditnehmerindividuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten zu ermöglichen. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir

die Angemessenheit des IT-Umfelds sowie die Wirksamkeit der allgemeinen IT-Kontrollen unter Einbindung unserer KPMG IT-Spezialisten überprüft. Sofern wir Feststellungen zur Angemessenheit oder Wirksamkeit einzelner Kontrollen getroffen haben, haben wir Art und Umfang aussagebezogener Prüfungshandlungen erweitert.

Darauf aufbauend haben wir in einem zweiten Schritt aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen, die u. a. das Nachvollziehen der Validierungsergebnisse der eingesetzten Risikoklassifizierungsmodelle, die stichprobenartige Überprüfung der Datenqualität der zur PWB-Berechnung verwendeten Parameter sowie die Nachberechnung der modellhaft ermittelten PWB beinhalteten.

Abschließend haben wir die zutreffende Erfassung der Pauschalwertberichtigung im Rechnungslegungssystem und im Abschluss der Bank geprüft.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf sowie die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter bezüglich der Höhe der noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die Höhe der zu erwartenden Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten wurden sachgerecht ausgewählt und im Einklang mit den für die Bemessung von Einzelwertberichtigungen anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Verwaltungsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung zu stellenden gesonderten nichtfinanzielle Bericht, auf den im Lagebericht Bezug genommen wird.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellten Geschäftsbericht.

Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SaarLB vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der SaarLB zur Fortführung der Unternehmensaktivität zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmensaktivität, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der SaarLB vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der SaarLB zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der SaarLB vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der

Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysten und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der SaarLB abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der SaarLB zur Fortführung der Unternehmensstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die SaarLB ihre Unternehmensstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SaarLB vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellte zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsysteem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der bereitgestellten Datei „27-03-2023-17-20_xbrl_file.zip“ (SHA256-Hashwert: 06ea87e92645a2162da5fbf270546e434c9d787fc4e8bb35a44755a0e1cfa426) enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk

über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (10/2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist nachstehend weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätssicherungssystem des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitäts sicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) angewendet.

Die gesetzlichen Vertreter der SaarLB sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der SaarLB verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungs handlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungs nachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d. h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende bereitgestellte Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.

- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts ermöglichen.

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 2. Oktober 2020 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 8. Dezember 2021 vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2019 als Jahresabschlussprüfer der Landesbank Saar, Saarbrücken, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Sonstiger Sachverhalt – Verwendung des Bestätigungsvermerks

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das XHTML-Format überführte Jahresabschluss und Lagebericht – auch die im Bundesanzeiger bekanntzumachenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Benedikt Sturm.

Saarbrücken, den 31. März 2023

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Benedikt Sturm
Wirtschaftsprüfer

Benedikt Johannes Ketzler
Wirtschaftsprüfer

GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2022 in Höhe von EUR 28.871.393,49 wird in Höhe von EUR 19.521.393,49 der anderen Gewinnrücklage der SaarLB zugeführt und in Höhe von EUR 9.350.000,00 als Dividende ausgeschüttet.

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat auch im Jahr 2022 regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert. Seit Beginn des Russland-Ukraine-Krieges Ende Februar 2022 sind die potentiellen Auswirkungen ein zusätzliches wichtiges Thema in allen Verwaltungsratssitzungen und im Risikoausschuss. Dagegen trat die seit 2020 regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Corona-Pandemie aufgrund der zunehmenden Normalisierung ab Mitte 2022 wieder in den Hintergrund. Die Geschäftspolitik der Landesbank Saar und grundsätzliche Fragen der Unternehmensentwicklung wurden zwischen Verwaltungsrat und Vorstand intensiv erörtert. Der Verwaltungsrat war in Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung eingebunden und hat – soweit erforderlich – seine Zustimmung erteilt.

Darüber hinaus stand der Vorsitzende des Verwaltungsrates in regelmäßigem und intensivem Austausch mit dem Vorstand der SaarLB.

Im Berichtsjahr fand sich der Verwaltungsrat zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. An den Sitzungen hat mit Ausnahme vom 30.03.2022 regelmäßig auch die Sparkassenaufsicht teilgenommen. Der turnusgemäß neu gewählte Verwaltungsrat konstituierte sich im Rahmen eines Umlaufverfahrens Anfang September 2022.

Seit Beginn des Russland-Ukraine-Krieges Ende Februar 2022 hat sich der Verwaltungsrat in allen ordentlichen Sitzungen mit den jeweils aktualisierten Analysen und Maßnahmen der Bank zum Russland-Ukraine-Krieg befasst. Es wurden hierbei sowohl die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen (z. B. Sanktionen, Energiepreise, Inflation, u. a.) wie auch spezifische aktuelle und zukünftige Einflüsse auf die Risiko- und Geschäftsentwicklung der SaarLB ausführlich betrachtet. Weitere Themenschwerpunkte waren die kontinuierliche Berichterstattung über die Initiative 2023PLUS, Nachbesetzungen im Wirtschaftsbeirat der Bank sowie im zweiten Halbjahr 2022 die Aktualisierung der Satzung und damit verbundene Anpassungen der Geschäftsordnungen von Ausschüssen des Verwaltungsrates sowie in der Dezember-Sitzung eine Kapitalerhöhung bei der Gesellschaft S-International. In allen Sitzungen hat der Vorstand zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert.

Hierunter fallen auch die Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen, die Risikosituation und die Kapitalquoten. Die MaRisk-Risikoberichte per 30.06. wurden nach Erörterung durch den Risikoausschuss dem Verwaltungsrat Mitte Juli zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus haben die Ausschussvorsitzenden regelmäßig über die Arbeit in den Ausschüssen informiert.

Nachfragen des Verwaltungsrates hat der Vorstand unverzüglich und zur Zufriedenheit des Verwaltungsrates beantwortet.

Turnusgemäß hat sich der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 02.03.2022 mit dem vorläufigen Ergebnis des Geschäftsjahrs 2021 der Bank und der Landesbausparkasse befasst.

Im Rahmen der Sitzung am 30.03.2022 berichteten Vorstand und Jahresabschlussprüfer umfassend zum Geschäftsjahr 2021. Auf Basis der Empfehlung des Prüfungsausschusses stellte der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank und der Landesbausparkasse fest. Die gesonderte

nichtfinanzielle Erklärung sowie den zugehörigen Prüfungsbericht der Internen Revision nahm der Verwaltungsrat zur Kenntnis. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses berichtete über die Ergebnisse des vom Verwaltungsrat im Jahresabschluss 2021 bestimmten Prüfungsschwerpunktes „Steuern“; die daraus seitens der Bank abgeleiteten Maßnahmen erachtete der Prüfungsausschuss als angemessen.

Im Rahmen eines Umlaufbeschlusses des neuen Verwaltungsrates erfolgte mit Wirkung vom 09.09.2022 die Wahl des Vorsitzenden sowie der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates sowie die Wahl der Mitglieder des Prüfungs-, des Risiko- und des Vergütungskontrollausschusses.

In der September-Sitzung befasste sich der Verwaltungsrat unter anderem mit dem Halbjahresabschluss der Bank. Darüber hinaus erfolgte die Anpassung der Satzung sowie der Geschäftsordnung des Prüfungsausschusses und eine Information und Anhörung zur Bestellung eines Vergütungsbeauftragten im Rahmen der Umsetzung der Vorschriften für bedeutende Institute gemäß Institutsvergütungsverordnung.

Schwerpunktthemen der November-Sitzung waren die Erörterung und Kenntnisnahme der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der IT-Strategie für das Jahr 2023 sowie die Verabschiedung der Planung für das Jahr 2023. Darüber hinaus erörterte der Verwaltungsrat die Ergebnisse der jährlichen Evaluierung des Verwaltungsrates sowie den Bericht zu den Sonderprüfungen.

Der neue Risikoausschuss konstituierte sich in der Sitzung am 09.09.2022. Im Berichtsjahr fanden vier Sitzungen des Risikoausschusses statt. Der Risikoausschuss befasst sich mit allen wesentlichen Fragen in Zusammenhang mit der Risikostrategie und Risikosituation von Bank und Landesbausparkasse. Seit Beginn des Ukraine-Russland-Krieges wurden dessen Auswirkungen auf das Kreditportfolio der Bank sowie der LBS erörtert. Im Rahmen der Risikoanalyse des Kreditportfolios befasste sich der Risikoausschuss auch mit den Auswirkungen der Inflations- und Zinsentwicklung. Der Vorstand hat regelmäßig mit dem Risikoausschuss die MaRisk-Risikoberichte von Bank und Landesbausparkasse besprochen. Der Risikoausschuss beschloss die zustimmungsbedürftigen Einzelkredite, dies erfolgte neben den Sitzungen auch im Rahmen eines Umlaufbeschlusses. Darüber hinaus wurde der Risikoausschuss über aktuelle Entwicklungen in bedeutenden Kreditengagements sowie über das Sicherheitsniveau hinsichtlich des Cyberrisikos informiert. Der Risikoausschuss überwachte die Übereinstimmung der Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank. Darüber hinaus überprüfte er, dass die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der SaarLB sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen angemessen berücksichtigen.

Der neue Prüfungsausschuss konstituierte sich in der Sitzung am 09.09.2022. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum zweimal und behandelte in den Sitzungen insbesondere Fragen der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses. Er überwachte die Abschlussprüfung und die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss erörterte mit dem Vorstand die Berichte der Internen Revision, den Bericht zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen, den Bericht zur Compliance-Funktion gemäß WpHG, den Bericht zur MaRisk-Compliance-Funktion, den Bericht der betrieblichen Datenschutzbeauftragten und den Bericht über das Informationssicherheitsmanagement. Darüber hinaus beschäftigte sich der Prüfungsausschuss in der März-Sitzung mit den Ergebnissen und den daraus resultierenden Maßnahmen der Bank aus dem von ihm für die

Jahresabschlussprüfung 2021 festgesetzten Prüfungsschwerpunkt „Steuern“. Abschließend nahm der Prüfungsausschuss den Bericht über die BaFin-Sonderprüfung gemäß § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG zu den in Anwendung befindlichen Ratingverfahren der Landesbanken Kenntnis. Des Weiteren stimmte der Prüfungsausschuss Ende November 2022 im Rahmen eines Umlaufverfahrens dem Vorschlag zur Berichterstattung über die Abarbeitung der Feststellungen aus der Prüfung des Wertpapiergeschäfts im Kalenderjahr 2022 zu.

Der neue Vergütungskontrollausschuss konstituierte sich in der Sitzung am 05.12.2022. Themenschwerpunkte waren in der März-Sitzung der Bericht 2021 über das Vergütungssystem für Mitarbeiter sowie in der Dezember-Sitzung die im Rahmen der Umsetzung der Vorschriften für bedeutende Institute gemäß Institutsvergütungsverordnung erforderlichen Anpassungen des Vergütungssystems für Mitarbeiter, die zur Kenntnis genommen wurden. Der Vergütungskontrollausschuss beschloss am 05.12.2022 die Risikoträgeranalyse sowie die ermittelten Risikoträger der SaarLB.

Die Weiterbildung der Mitglieder des Verwaltungsrates im Jahr 2022 erfolgten durch bankinterne Referenten zu den Themen „Interne Revision sowie Praxisfall „Social Engineering“ (September) und „Landesbausparkasse“ (Dezember).

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 14. April 2023 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2022 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen. Wiederum war ein wichtiges Thema ein Rückblick auf das Jahr 2022 und der Einfluss des Ukraine–Russland- Konfliktes auf die Geschäfts- und Risikoentwicklung und die potentielle Entwicklung für das Jahr 2023.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2022 wurden durch den Abschlussprüfer, die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 am 14. April 2023 festgestellt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Im Namen der Mitglieder des Verwaltungsrates danke ich den Kunden und Geschäftspartnern der SaarLB und der Landesbausparkasse für das entgegengebrachte Vertrauen in diesem für uns alle durch den Russland-Ukraine-Krieg belastete Geschäftsjahr. Darüber hinaus dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SaarLB und der Landesbausparkasse für die im Geschäftsjahr 2022 geleistete Arbeit und ihren großen persönlichen Einsatz.

Saarbrücken, 31. März 2023

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
Jan-Christian Dreesen



Der SaarLB-Finanzbericht 2022 online
www.saarlb.de/geschaeftsbericht2022

Impressum

Herausgeber

Landesbank Saar
Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken

Redaktion

Personal und Kommunikation
E-Mail: service@saarlb.de

Gestaltung

FBO GmbH • Marketing und Digitales Business
Heinrich-Barth-Straße 27
66115 Saarbrücken

Fotos

Getty Images ©MariaPavlova (Titelmotiv),
iStock cnythzl

Landesbank Saar, Saarbrücken

ADRESSE Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
POSTFACHADRESSE 66104 Saarbrücken
FON +49 681 383-01
INTERNET www.saarlbg.de
E-MAIL service@saarlbg.de
BIC/SWIFT SALADE55
BANKLEITZAHL 590 500 00

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Koblenz

ADRESSE Peter-Klöckner-Straße 5
56073 Koblenz
FON +49 261 9521-8461
E-MAIL service@saarlbg.de

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Mannheim

ADRESSE Willy-Brandt-Platz 5 - 7
68161 Mannheim
FON +49 621 124769-10
E-MAIL service@saarlbg.de

Landesbank Saar, Vertriebsbüro Trier

ADRESSE Nikolaus-Koch-Platz 4
54290 Trier
FON +49 651 9946-6138
E-MAIL service@saarlbg.de

La Banque Franco-Allemande, Succursale de la Landesbank Saar – Strasbourg

ADRESSE Résidence Le Premium
17 - 19, rue du Fossé des Treize
67000 Strasbourg
Frankreich
FON +33 3 88 37 58 70
E-MAIL info@banque-franco-allemande.fr

La Banque Franco-Allemande, Centre d'affaires – Paris

ADRESSE 203, rue du Faubourg Saint-Honoré
75008 Paris
Frankreich
FON +33 1 45 63 63 52
E-MAIL info@banque-franco-allemande.fr

La Banque-Franco-Allemande, Centre d'affaires – Lyon

ADRESSE 2, rue Grolée
69002 Lyon
Frankreich
FON +33 3 88 37 58 70
E-MAIL info@banque-franco-allemande.fr

LBS Landesbausparkasse Saar

ADRESSE Beethovenstraße 35 - 39
66111 Saarbrücken
POSTFACHADRESSE Postfach 10 19 62
66019 Saarbrücken
FON +49 681 383-290
INTERNET www.lbs-saar.de
E-MAIL service@lbs-saar.de